

**Quantitäten der Übergänge  
von den Bachelor- in die Master-  
studiengänge in ihren Auswirkungen  
auf das Qualifikationsniveau**

Masterarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades  
Magistra Artium (M.A.)

im Studiengang Bildungsmanagement  
an der  
Erziehungswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Erfurt

eingereicht von  
**Viola Herrmann**

Berlin, im Februar 2008

Erstprüfer:

Dr. habil. Irene Lischka (HoF Wittenberg)

Zweitprüfer:

Prof. Dr. Helmut M. Niegemann (Universität Erfurt)

## **Zusammenfassung**

Der Bologna-Prozess und die damit verbundene Umstellung auf eine gestufte Studienstruktur wird von einer intensiven hochschulpolitischen Debatte begleitet. Dabei stellen die Übergänge von den Bachelor- in die Masterstudiengänge ein vergleichsweise unterbelichtetes Thema dar. Insbesondere über die Festlegungen von Übergangsquoten in die Masterstudiengänge fehlen übersichtliche Informationen und empirische Erkenntnisse. Ziel der explorativen Studie war daher eine Bestandsaufnahme der Vorgaben und Vereinbarungen für Übergangsquoten. Zudem zeigt die Untersuchung mögliche daraus resultierende Auswirkungen auf das Qualifikationsniveau.

Es wurde geprüft, ob und in welchem Maß die Übergänge auf Landesebene eingeschränkt werden. Weiter erfolgte eine Querschnittsanalyse der Übergangsregelungen auf Hochschulebene in den Fachbereichen (Wirtschafts-) Informatik an fünf ausgewählten Universitäten. Der Untersuchung dienten dabei Dokumente wie Hochschulgesetze und Prüfungsordnungen sowie eine Befragung von Akteuren aus Landesministerien und Hochschulverwaltungen. Die anschließend durchgeführten Szenarien verdeutlichen die Auswirkungen der Quotierungen für das Qualifikationsniveau. Darauf basierend wurden zur Vermeidung dieser Folgen einige Handlungsoptionen abgeleitet.

Die Studie zeigt, dass in keinem Bundesland offizielle Quoten für den Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge vorgegeben werden, jedoch in nahezu allen Ländern ‚versteckte‘ Quoten auszumachen sind. Begründet werden diese in erster Linie durch die Vorgaben, den Bachelor als Regelabschluss zu etablieren, die Studienanfängerquoten beizubehalten sowie die Betreuungsrelationen im Bachelorstudium zu verbessern. Deutlich wird dabei, dass die Übergangsquoten derzeit v.a. von den vorhandenen finanziellen und personellen Kapazitäten abhängig sind. Einige der untersuchten Universitäten haben selbst Quoten eingeführt oder diese mit dem Land vereinbart. Zu diesem Zeitpunkt scheint es an den untersuchten Universitäten jedoch noch keine damit verbundene Probleme zu geben. Anhand der erstellten Szenarien wird aber deutlich, dass sich einschränkende Quotierungen negativ auf das Qualifikationsniveau der Studierenden auswirken können. Um die tatsächlich eintretenden Auswirkungen zu überprüfen, müssten die Hochschulen in ein paar Jahren erneut untersucht werden.

## Inhaltsverzeichnis

Darstellungsverzeichnis.....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	III
<b>VORWORT.....</b>	<b>VI</b>
<b>1. Einleitung: Thematik und Vorgehensweise der Arbeit.....</b>	<b>1</b>
1. 1 Hinführung zum Thema .....	1
1. 2 Zielsetzung und Fragestellung.....	4
1. 3 Methode und Durchführung .....	5
1. 4 Aufbau der Arbeit.....	7
<b>2. Forschungsstand: Aktuelle Erkenntnisse und vorhandene empirische Studien .....</b>	<b>8</b>
2. 1 Aktuelle Erkenntnisse zum Qualifikationsniveau .....	8
2. 2 Stand der Forschung zu den Übergängen.....	10
2. 3 Fazit des Forschungsstandes.....	16
<b>Exkurs: Kapazitätsverordnung.....</b>	<b>17</b>
<b>3. Abriss: Die aktuelle Debatte um Übergangsquoten .....</b>	<b>19</b>
3. 1 Position politischer Entscheidungsträger .....	19
3. 2 Position der Hochschulen und ihrer Vertreter .....	20
3. 3 Position der Fachverbände .....	22
3. 4 Position der Unternehmen .....	22
3. 5 Position der Interessensvertreter.....	23
3. 6 Position der Studierenden.....	24
<b>4. Vorgaben und Vereinbarungen: Zugangs- und Übergangsregelungen auf Bundes- und Landesebene .....</b>	<b>25</b>
4. 1 Übergangsregelungen auf Bundesebene.....	25
4. 2 Übergangsregelungen auf Landesebene .....	27
4. 2. 1 Baden-Württemberg .....	27
4. 2. 2 Bayern.....	29
4. 2. 3 Berlin .....	30
4. 2. 4 Brandenburg .....	31
4. 2. 5 Bremen .....	32
4. 2. 6 Hamburg .....	33
4. 2. 7 Hessen.....	35
4. 2. 8 Mecklenburg-Vorpommern .....	36
4. 2. 9 Niedersachsen.....	36

4. 2. 10 Nordrhein-Westfalen .....	38
4. 2. 11 Rheinland-Pfalz .....	39
4. 2. 12 Saarland .....	40
4. 2. 13 Sachsen .....	41
4. 2. 14 Sachsen-Anhalt .....	42
4. 2. 15 Schleswig-Holstein .....	42
4. 2. 16 Thüringen .....	43
4. 3 Zusammenfassung und Fazit der Regelungen auf Landesebene .....	45
<b>5. Umsetzung: Zulassungs- und Übergangsregelungen an ausgewählten Universitäten .....</b>	<b>48</b>
5. 1 Freie Universität Berlin .....	48
5. 2 Universität Hohenheim .....	51
5. 3 Universität des Saarlandes .....	54
5. 4 Universität Hamburg .....	56
5. 5 Universität Potsdam .....	60
5. 6 Zusammenfassung und Fazit der Regelungen an den ausgewählten Universitäten .....	63
<b>6. Schlussfolgerungen: Szenarien und Handlungsoptionen .....</b>	<b>65</b>
6. 1 Szenarien: Die Bedeutung der direkten und indirekten Quoten für das Qualifikationsniveau .....	65
6. 1. 1 Trendszenario (50 %) .....	66
6. 1. 2 Negatives Extremszenario (30 %) .....	69
6. 1. 3 Positives Extremszenario (70 %) .....	70
6. 2 Handlungsoptionen: Erhöhung der Quote und Minimierung der negativen Auswirkungen auf das Qualifikationsniveau .....	73
6. 2. 1 Politik .....	73
6. 2. 2 Hochschulen .....	74
6. 2. 3 Arbeitsmarkt .....	74
<b>7. Schlussbetrachtung: Zusammenfassung, Diskussion und Ausblick .....</b>	<b>75</b>
7. 1 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	75
7. 2 Diskussion der Ergebnisse .....	76
7. 3 Ausblick .....	78
<b>Quellen: Literatur und verwendete Informationen .....</b>	<b>80</b>
A. Literatur- und Internetquellen .....	80
B. Verwendete Dokumente der Länder und Universitäten nach Bundesländern .....	90
C. Auskünfte und Informationen von Ministerien und Universitäten nach Bundesländern .....	98
<b>Anlage .....</b>	<b>100</b>

## Darstellungsverzeichnis

Darst. 1: Zusammenfassung der Regelungen auf Landesebene .....	45
Darst. 2: Übersicht FU Berlin.....	48
Darst. 3: Master Informatik .....	49
Darst. 4: Master Politik.....	50
Darst. 5: Übersicht Uni Hohenheim .....	51
Darst. 6: Master Wirtschaftsinformatik .....	52
Darst. 7: Übersicht Uni des Saarlandes .....	54
Darst. 8: Master Wirtschaftsinformatik .....	55
Darst. 9: Übersicht Uni Hamburg.....	56
Darst. 10: Master Informatik .....	57
Darst. 11. Master Politik.....	58
Darst. 12: Übersicht Uni Potsdam .....	60
Darst. 13: Master Informatik .....	61
Darst. 14: Master Politik.....	62
Darst. 15: Informatikabsolventen.....	72
Darst. 16: Politikabsolventen.....	72

## Abkürzungsverzeichnis

Abs. = Absatz

Art. = Artikel

B.A. = Bachelor of Art

BayHZG = Bayerisches Hochschulzulassungsgesetz

BDA = Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

BerlHG: Berliner Hochschulgesetz

BerlHZG = Berliner Hochschulzulassungsgesetzes

BHG = Bremisches Hochschulgesetz

BHSchG = Bayerisches Hochschulgesetz

BMBF = Bundesministerium für Bildung und Forschung

BMRPO = Rahmenprüfungsordnung der Universität des Saarlandes für BA und MA

BW = Baden-Württemberg

CHE = Centrum für Hochschulentwicklung

CNW = Curricularnormwert

DHV = Deutscher Hochschulverband

FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung  
FU Berlin = Freie Universität Berlin  
fzs = Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften e.V.  
GAL = GAL-Bürgerschaftsfraktion Hamburg  
GDCh = Gesellschaft Deutscher Chemiker e. V.  
GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
GG = Grundgesetz  
HFG = Hochschulfreiheitsgesetz  
HIS = Hochschul Informations System GmbH  
HmbHG = Hamburgisches Hochschulgesetz  
HochSchG = Hochschulgesetz  
HoF = Institut für Hochschulforschung e.V. Wittenberg  
HRK = Hochschulrektorenkonferenz  
HSchG SH = Hochschulgesetz Schleswig-Holstein  
HSG = Hessisches Hochschulgesetz  
HSG LSA = Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt  
HSPV = Hochschulprüfungsverordnung  
HZG = Hochschulzulassungsgesetz  
IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
Inf = Informatik  
k.A. = keine Angaben  
KapVO = Kapazitätsverordnung  
KMK = Kultusministerkonferenz  
LHG = Landeshochschulgesetz  
NRW = Nordrhein-Westfalen  
M.A. = Master of Art  
n.c. = Numerus Clausus  
NHG = Niedersächsisches Hochschulgesetz  
OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
o.J. = ohne Jahr  
o.V. = ohne Verfasser  
PoWi = Politikwissenschaft  
SEP = Struktur- und Entwicklungsplan  
SoSe = Sommersemester  
SZ = Süddeutsche Zeitung  
ThürHG = Thüringer Hochschulgesetz  
UG = Universitätsgesetz  
UniZS = Universitäts Zulassungssatzung  
VCI = Verband der Chemischen Industrie e.V.

VDI = Verein Deutscher Ingenieure

v.H. = von Hundert

Winf = Wirtschaftsinformatik

WR = Wissenschaftsrat

WS = Wintersemester

ZuLa = Zulassungsordnung

ZVS = Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen



## VORWORT

„Eine empirische Wissenschaft vermag niemandem zu lehren was er soll, sondern nur, was er kann und – unter Umständen – was er will“ (Max Weber)<sup>1</sup>

Was man in der deutschen Hochschullandschaft verbessern kann, lässt sich erst nach der Darstellung der bestehenden Verhältnisse und ihrer Probleme entscheiden. Als eine der ersten ‚Bologna-Studierenden‘ ist es mir ein besonderes Anliegen, die derzeitige Situation der quantitativen Übergangsregelungen von den Bachelor- in die Masterstudiengänge darzustellen. Mit meiner Arbeit möchte ich nicht die Studienstrukturreform kritisieren oder befürworten und auch keine Lösungen präsentieren, sondern anhand einer Bestandsaufnahme auf das Thema aufmerksam machen.

Die Idee zu der vorliegenden Arbeit entstand während meines Praktikums am Institut für Hochschulforschung Wittenberg (HoF) im Frühjahr 2007. Bei Gesprächen mit Dr. habil. Irene Lischka wurde ich – ergänzend zu meinen eigenen Erfahrungen – auf das Thema aufmerksam gemacht. Die Aktualität sowie die defizitäre wissenschaftliche Aufarbeitung motivierten mich zur Bearbeitung der ‚Quantitäten der Übergänge von den Bachelor- in die Masterstudiengänge in ihren Auswirkungen auf das Qualifikationsniveau‘. Mein Dank gilt daher insbesondere Dr. habil. Irene Lischka für die Betreuung dieser Arbeit. Herrn Prof. Dr. Helmut Niegemann möchte ich für die Übernahme des Zweitgutachtens danken. Die wenigen verfügbaren bzw. öffentlichen Informationen zeigen, dass es sich um ein sehr ‚sensibles‘ Thema handelt. Das Entgegenkommen einiger Akteure aus Ministerien und Universitäten, auf deren Auskünfte sich Teile der vorliegenden Arbeit stützen, ist daher besonders hoch einzuschätzen.

Eine Bestandsaufnahme in Zeiten der Reform und permanenten Veränderungen kann immer nur eine Momentaufnahme sein und aufgrund der Komplexität der Thematik keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Berlin, im Februar 2008

Viola Herrmann

---

<sup>1</sup>Weber in Winckelmann 1988: 151

## 1. Einleitung: Thematik und Vorgehensweise der Arbeit

Das deutsche Hochschulsystem steckt derzeit mitten in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Die Einführung des gestuften Studiensystems im Zuge der ‚Bologna-Reform‘<sup>2</sup> stellt dabei eines der meist diskutierten Themen dar.<sup>3</sup> Auffällig ist jedoch, dass es innerhalb dieser Debatte Felder gibt, die trotz ihrer zentralen Bedeutung nur am Rande thematisiert werden. Dazu zählt der Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge.

An dieser Schnittstelle herrschen derzeit große Unsicherheiten und Unklarheiten. Sie beziehen sich insbesondere auf die quantitativen und qualitativen Bedingungen der Übergangsmöglichkeiten, die Steuerung dieser Prozesse, die (ministeriellen) Vorgaben zu Übergangsquoten in die Masterstudiengänge sowie auf ihre Umsetzungen an den Hochschulen (vgl. Lischka 2007: 3). In der vorliegenden Arbeit wird der Frage nach den Übergangsquoten und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Studierenden und ihr Qualifikationsniveau nachgegangen.

### 1.1 Hinführung zum Thema

Wie viele Personen dürfen und sollen studieren und wie lange? Diese Fragen zählen zu den besonders interessanten und kontroversen Themen der bundesdeutschen Hochschulpolitik (vgl. Teichler 2005: 13). Deutlich wird dies aktuell im Kontext der Studienstrukturreform, wo in bezug auf die Frage nach den Quantitäten der Übergänge in die Masterstudiengänge, also der Relationen zwischen Bachelorabsolventen und Masterstudienanfänger, unterschiedliche Vorstellungen existieren. Kehm und Teichler bringen die Diskussion wie folgt auf den Punkt:

---

<sup>2</sup> Die Bologna-Erklärung, die im Jahr 1999 von 29 europäischen Bildungsministern unterzeichnet wurde, zielt u.a. darauf ab, ein einheitliches, zweistufiges Studiensystem zu schaffen, ein Leistungspunktesystem einzuführen, die Mobilität und die europäische Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung sowie die europäische Dimension in der Hochschulausbildung zu fördern (vgl. o.V. 1999).

<sup>3</sup> Zu den zentralen Themen der Hochschulreform vgl. Pasternack 2006: 40-46. Weitere Neuerungen sind beispielsweise die Einführung von Studiengebühren und hochschuleigenen Auswahlverfahren sowie die Exzellenzinitiative (vgl. dazu Spiewak/Wiarda 2008: 62).

„Während von der Seite der politischen Entscheidungsträger angestrebt wird, dass [...] nur ein sehr geringer Anteil der Bachelorabsolventen in ein Masterstudium übergeht [...], tendieren die Universitäten dazu, ihre Bachelorstudiengänge so zu gestalten, dass sie ein rein regulärer erster Schritt für ein Weiterstudium in der Masterphase sind“ (Kehm/Teichler 2005: 27).

Den Forderungen, dass jeder<sup>4</sup> seiner persönlichen Eignung und Neigung entsprechend selbst entscheiden soll, wie viel Hochschulbildung er sich leisten oder zumuten will und auf welcher der beiden Stufen er die Hochschule verlässt (vgl. Lenhardt 2005: 21), steht die Tatsache entgegen, dass ein grundsätzlicher Anspruch aller Bachelorabsolventen auf direkten Zugang zu einem Masterstudium bisher keineswegs selbstverständlich ist (vgl. Keller 2006: 376).

Betrachtet man die neuesten Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung und die Positionen der Arbeitgeber, so steht ein wachsender Bedarf an gut ausgebildeten, hoch qualifizierten Arbeitskräften außer Frage (vgl. Jahn 2007: 91, vgl. Gaetgens 2007: 402, vgl. Lücke 2007: 28).<sup>5</sup> Werden, um diesen Bedarf annähernd zu decken, (mehr) Masterabsolventen benötigt? Wenn ja, würde dies für einen uneingeschränkten Übergang in die Masterstudiengänge sprechen.

Andererseits werden Forderungen der Arbeitgeber nach jüngeren Absolventen laut, denen wiederum durch eine höhere Zahl qualifizierter Bachelorabsolventen entsprochen werden könnte. So sollte aus der Sicht der KMK der Übergang in ein Masterstudium nur für eine bestimmte Quote der Bachelorabsolventen möglich sein und durch besondere Zulassungsvoraussetzungen eingeschränkt werden. Die Mehrheit der Studierenden könnte sich somit nach ihrem ersten berufsqualifizierenden Abschluss (Bachelor) sofort in den Arbeitsmarkt integrieren. Diese Etablierung des Bachelor als Regelabschluss steht in Kontrast zu den Aussagen von Studierenden, dass ihr wichtigster Grund für die Wahl eines Bachelorstudiums die anschließende Aufnahme eines Masterstudiums sei (vgl. Krawietz 2007: 4, vgl. Grigat 2007: 276, vgl. Hachmeister et al. 2007: 4).<sup>6</sup> Das zeigt, dass viele Studierende den Bachelor-

---

<sup>4</sup> Künftig wird im fortlaufenden Text zur besseren Lesbarkeit die männliche Form gewählt, die weibliche ist stets mitgedacht.

<sup>5</sup> Über die wachsende Lücke zwischen Fachkräftebedarf und -angebot sind viele Beiträge zu finden. Ausführlicher wird auf dieses Problem in Kapitel 2.1 eingegangen.

<sup>6</sup> Die neuesten Ergebnisse des Studierenden-Online Panel HISBUS zeigen, dass im WS 2007/08 fast 4/5 aller Studierenden einen Bachelorstudiengang wählte, um im Anschluss den Master hinzuzufügen (vgl. Krawietz 2007: 4).

abschluss als ungenügend oder nicht vollwertig ansehen und dieser noch immer unter einem Akzeptanzproblem leidet (vgl. Wex 2007b: 16 f., vgl. Wiarda 2007b: 6).<sup>7</sup>

Nach aktuellem Kenntnisstand sind die Übergänge von den Bachelor- in die Masterstudiengänge bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Analysen gewesen. So lässt sich insbesondere in der Forschungsliteratur, aber auch in der Presse eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema trotz seiner Brisanz eher selten finden. Vorhandene Artikel beschäftigen sich meist nur im Zusammenhang mit anderen Fragen der Studienstrukturreform oder den Diskussionen um hochschuleigene Auswahlverfahren und Kapazitätsplanungen mit den Übergängen. Verlässliche empirische Beobachtungen zur Entwicklung bzw. Festlegung der Übergangsquoten liegen kaum vor.

Bei den Beiträgen zur Einführung einer möglichen Quote handelt es sich zumeist um Positionen und Argumente für oder gegen eine Limitierung des Übergangs bzw. für oder gegen die Etablierung des Bachelors als Regelabschluss. Es bleiben dabei jedoch viele Unklarheiten: Wie sind die Übergänge in den verschiedenen Bundesländern, an bestimmten Hochschulen und in bestimmten Fachbereichen tatsächlich geregelt? Was bedeuten diese Festlegungen für das Qualifikationsniveau der Absolventen? Wovon sind die aktuellen Übergangsquoten abhängig? Werden Masterstudiengänge zu „Elite“-Studiengängen für eine privilegierte Minderheit, während die „Masse“ der Studierenden mit dem Bachelorabschluss in den Arbeitsmarkt entlassen wird (vgl. Keller 2006: 376)?

---

<sup>7</sup> Die Berufschancen von Bachelorabsolventen und ihre Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt wurden bereits intensiv untersucht und diskutiert. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Studie des HIS, welche auf der Grundlage bundesweiter Befragungen erste Befunde zum Verbleib von Bachelorabsolventen vorstellt (vgl. Briedis 2005). Diese Studien zeichnen ein vorsichtig positives Bild der Gesamtsituation. Hinweise zur Diskussion um die Beschäftigungsfähigkeit und zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss sind bei Wex zu finden (vgl. Wex 2005: 162 ff.). Dieser Frage soll in der Arbeit nicht nachgegangen werden. Dennoch wird das Thema angesprochen, da fehlende Stellen für Bachelorabsolventen in Kombination mit niedrigen Übergangsquoten weitreichende Folgen haben würden.

## 1.2 Zielsetzung und Fragestellung

Über die tatsächlichen Festlegungen der quantitativen Relationen zwischen Bachelor- und Masterstudiengängen und ihre möglichen Folgen für den Arbeitsmarkt mangelt es also an übersichtlichen Informationen und belastbarem Wissen. Diese ‚Lücke‘ soll mit Hilfe der vorliegenden Arbeit geschlossen werden.

Das Ziel dieser Arbeit besteht somit darin:

- einleitend den Diskurs über die Übergänge in die Masterstudiengänge<sup>8</sup> zu referieren,
- einen Blick auf die tatsächlichen Regelungen und Vorgaben in den 16 Bundesländern zu werfen,
- einen Einblick in die Situation an ausgewählten Hochschulen<sup>9</sup> zu gewähren,
- auf die möglichen Folgen von Quotierungen aufmerksam zu machen.

In Anlehnung an diese Zielsetzung werden die nachfolgenden Fragestellungen untersucht:

- Welche quantitativen Vorgaben und Regelungen gibt es in den verschiedenen Bundesländern für die Übergänge?
- Gibt es eine Quote, wenn ja, welche und warum?
- Wie gehen ausgewählte Hochschulen mit den formalen Rahmenbedingungen um?
- Was könnten die Vorstellungen bzw. Festlegungen für das Qualifikationsniveau der Absolventen bedeuten?
- Welche Maßnahmen könnten zur Minimierung bzw. Vermeidung dieser Folgen beitragen?

---

<sup>8</sup> Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf konsekutive Masterstudiengänge. Traditionelle Staatsexamenstudiengänge werden dabei ausgeklammert. Insbesondere die Übergänge bei den Lehramtsstudiengängen bilden ein Thema, das eine gesonderte Bearbeitung verlangen würde.

<sup>9</sup> Obwohl sowohl die Regelungen an Universitäten als auch an Fachhochschulen sowie ihre Unterschiede von Interesse sind, konzentriert sich diese Arbeit ausschließlich auf Universitäten. Insofern sind mit dem Begriff ‚Hochschule‘ Universitäten gemeint. Vorgestellte Regelungen der Ministerien können sich dennoch auf beide Hochschularten beziehen.

Der Begriff ‚Quote‘ wird in der Literatur und Öffentlichkeit nicht einheitlich gebraucht. Die vorliegende Arbeit verwendet folgende Definition:

„Eine Übergangsquote setzt die Zahl der Studienanfänger in einem konsekutiven Masterstudiengang in Relation zur Absolventenzahl im dazugehörigen Bachelorstudiengang“ (Moog/Schowe-von der Brölie 2006: 88).<sup>10</sup>

Dementsprechend gilt als ‚starre‘ bzw. ‚offizielle‘ Quote, wenn diese Relation ministeriell vorgeschrieben wird. Unter der ‚realen Quote‘ werden die tatsächlichen Übergangsrelationen verstanden.

### 1.3 Methode und Durchführung

Die Arbeit ist explorativ angelegt und besteht aus mehreren Arbeitsschritten. Die für eine erste Bestandsaufnahme des Diskurses benötigten Daten und Informationen wurden anhand einer Dokumentenanalyse erfasst, wodurch ein großer Umfang an verschiedenen Daten erfasst werden konnte. Dabei wurden unterschiedliche Informationsquellen wie Fachliteratur, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel herangezogen. Die Vorgaben und Hinweise der 16 Bundesländer wurden anhand einer weiteren Dokumentenanalyse erhoben, die sich auf die Recherche und Auswertung von Gesetzen, Leitfäden, Stellungnahmen und Eckwerten der Landesregierungen konzentrierte. Da hierbei viele Dokumente nicht zugänglich oder nicht aktuell waren, schloss sich eine schriftliche Befragung (E-Mail-Kontakt) der Wissenschaftsministerien an. Von den angeschriebenen 16 Referenten antworteten 12 (75 %) und stellten informatives Material zur Verfügung. Ergänzend konnte auf die Rechercheergebnisse von Witte und von Stuckrad zurückgegriffen werden (vgl. 2007, vgl. Kapitel 2.2).

In einem weiteren Schritt erfolgte eine Querschnittsanalyse an zwei ausgewählten Fachbereichen (Informatik und Politikwissenschaften) an fünf Universitäten (Universitäten Hamburg, Hohenheim, Saarland, Potsdam und FU Berlin). Dafür wurde die Dokumentenanalyse auf die Informationen und statistischen Daten über die betreffenden Fachbereiche und Hochschulen in spezifischer Form erweitert. Die

---

<sup>10</sup> Ein anderes Verständnis der Quote setzt die Zahl der Studienanfänger im Master ins Verhältnis zur Anzahl der Studienanfänger im Bachelor (vgl. WR 2006: 96).

aktuellen Übergangsregelungen wurden anhand einer Internetrecherche der Prüfungs- und Studienordnungen, Universitätsgesetze, Zielvereinbarungen etc. zusammengetragen. Auch hier schloss sich eine schriftliche Befragung (E-Mail-Auskunft) bzw. ein Telefoninterview mit Hochschulmitarbeitern (Lehr- und Verwaltungspersonal) an.<sup>11</sup>

Die Aussagen der Befragten wurden in der vorliegenden Arbeit anonymisiert, d.h. ihre Namen werden nicht genannt, sondern durch Zahlen (E-Mail-Auskunft auf Landesebene) bzw. Buchstaben (E-Mail-Auskunft auf Hochschulebene) ersetzt.

Die Auswahl der Universitäten und Fachbereiche wurde dadurch beeinflusst, dass an vielen Universitäten die Umstellung auf die neue Studienstruktur noch nicht abgeschlossen ist. Daher mussten Fächerkombinationen gefunden werden, die an mehreren Universitäten bereits sowohl als Bachelor- als auch als Masterstudiengang angeboten werden. Die Auswahl der Universitäten erfolgte also in erster Linie anhand ihres Studienangebots. Außerdem wurden – soweit möglich – folgende Kriterien berücksichtigt:

- Universitäten verschiedener Bundesländer,
- Universitäten in Bundesländern mit unterschiedlichen Vorgaben,
- ost- und westdeutsche Universitäten,
- Angebot von Geistes- und Naturwissenschaften.

Ergänzend zu den Universitäten, die sowohl die gewählte Fächerkombination anbieten als auch Informationen zur Verfügung stellten (50 % der angeschriebenen Universitäten), wurden Universitäten in die Untersuchung einbezogen, die nur eines der beiden Fächer anbieten.

Diese Querschnittsanalyse zielte in erster Linie darauf ab, den aktuellen Stand der quantitativen Übergangsregelungen exemplarisch zu erfassen. Des Weiteren diene sie als Grundlage für die Entwicklung von Szenarien, worin Einschätzungen zu möglichen Entwicklungen des Qualifikationsniveaus getroffen wurden. Szenarien haben den Vorteil, dass – anders als z.B. bei statistischen Prognosen – qualitative Einschätzungen und subjektive Bewertungen miteinbezogen werden können (vgl. Pasternack 2005: 91). Da für eine detaillierte Ausarbeitung der Szenarien

---

<sup>11</sup> Der dafür entwickelte Leitfaden befindet sich als Anlage am Ende dieser Arbeit.

genauere Zahlen benötigt werden, können die hier entwickelten Szenarien lediglich Richtungshinweise und Annahmen liefern (vgl. Pasternack 2005: 92).

#### 1.4 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel. Den Fragestellungen entsprechend wurde folgender Aufbau gewählt:

Im *zweiten Kapitel* wird der aktuelle Forschungsstand zusammenfassend vorgestellt. Der darauf folgende *Exkurs* erklärt die Kapazitätsverordnung. Anschließend erfolgt in *Kapitel 3* eine Darstellung des aktuellen Diskurses um Übergangsquoten. *Kapitel 4* präsentiert die Ergebnisse der Länderanalyse, indem die Regelungen und Vorgaben durch die jeweiligen Landesministerien in allen Bundesländern aufgezeigt werden. Dieses Kapitel schließt mit einem Zwischenfazit ab und leitet über zu den tatsächlichen Festlegungen von Übergangsregelungen in ausgewählten Fachbereichen an ausgewählten Universitäten (*Kapitel 5*). In *Kapitel 6* werden drei Szenarien erstellt, die eine Ableitung möglicher daraus resultierender Auswirkungen auf das Qualifikationsniveau beinhalten. Zudem werden Maßnahmen zur Minimierung bzw. Reduzierung der Folgen aufgezeigt. Abschließend folgen eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse sowie eine Diskussion der aktuellen Regelungen und ihrer Auswirkungen. Die Arbeit endet mit einem Ausblick auf weiterführende Studien (*Kapitel 7*).



## **2. Forschungsstand: Aktuelle Erkenntnisse und vorhandene empirische Studien**

Wie eingangs bereits erwähnt, wurde der Übergang zum Masterstudium bisher wenig untersucht. Dementsprechend gibt es kaum empirisch belegte Kenntnisse über die (quantitativen) Übergangsregelungen und ihre Folgen.

Im Hinblick auf die Auswirkungen möglicher Quotierungen auf das Qualifikationsniveau werden in diesem Kapitel zunächst der Trend zur Höherqualifizierung und der zunehmende Mangel an hochqualifizierten Fachkräften thematisiert. Der darauf folgende Überblick stellt die nach aktuellem Kenntnisstand vorliegenden empirischen Untersuchungen und Beiträge vor, die sie sich zumindest teilweise mit der Thematik der Übergänge befassen.

### **2.1 Aktuelle Erkenntnisse zum Qualifikationsniveau**

Deutschland unterliegt einem dynamischen Strukturwandel. Die tiefgreifenden Veränderungen in der Erwerbsarbeit resultieren aus den demographischen Entwicklungen, den gesellschaftlichen Umstrukturierungen, den neuen technologischen Bedingungen von Arbeit und dem Wandel beruflicher Tätigkeiten und haben für Bildung und Ausbildung weitreichende Konsequenzen (vgl. Weiler et al 2003: 3, vgl. Oberliesen/Schulz 2005: 5). Dazu zählt auch die Tatsache, dass viele berufliche Tätigkeiten zunehmend auf ein immer komplexeres bzw. spezielleres Wissen angewiesen sind und die Bewältigung umfangreicher Informationen erfordern (vgl. Weiler et al 2003: 8f, vgl. Dohmen et al. 2007: 11). Der verantwortliche Umgang mit Wissen und das Management von Informationen sind seitdem zu Schlüsselqualifikationen auf dem Arbeitsmarkt geworden (vgl. Weiler et al 2003: 9). Diese Veränderungen führen zu einem steigenden Bedarf an hochqualifizierten Beschäftigten (vgl. Jahn 2007: 91, vgl. Wissenschaftsrat 2006).

Da jedoch zum einen seit 2003 die Zahl der Studienanfänger<sup>12</sup> abnimmt, zum anderen ein großer Teil von Akademikern in den nächsten Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden wird (vgl. Dohmen et al. 2007: 11), prognostiziert das Institut für Arbeitsmarktforschung und Berufsbildung einen erheblichen Mangel an Hochschulabsolventen und Fachkräften (vgl. o.V. 2007: 81).<sup>13</sup> Schon jetzt fehlen in bestimmten Fachgruppen qualifizierte Absolventen, insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften (vgl. Gaetgens 2007: 402, vgl. Brandt 2005: 12). Wenn es nicht gelingt, Arbeitsplätze mit hohem Anforderungsprofil in ausreichendem Umfang zu besetzen, „hätte [dies] für den Hochtechnologiestandort Deutschland katastrophale wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen“ (IAB 2005: 61, vgl. VDI 2007: 6).

Um den erörterten gesellschaftlichen, insbesondere arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen, Anforderungen an das Qualifikationsniveau der Erwerbspersonen gerecht zu werden, sind dringende Maßnahmen erforderlich (vgl. IAB 2005: 63, vgl. o.V. 2007: 81). Neben erhöhten Investitionen in Bildung müssen insbesondere die Studierenden- und Absolventenquoten steigen<sup>14</sup> und die Studienabbrecherquote gesenkt werden (vgl. Jahn 2007: 91, vgl. Dohmen et al. 2007: 54). Diese Zunahme soll durch die Steigerung der Studierendenzahlen im Erststudium – also dem Bachelorstudium – geschehen. Grundsätzlich muss jedoch auch die Zahl der potentiellen Teilnehmer an höheren Bildungsgängen überhaupt gesteigert werden (vgl. Dohmen et al. 2007: 12).

Ziele der Hochschulbildung sind heute nicht mehr die individuelle Persönlichkeitsentwicklung und die Herausbildung gesellschaftlicher Eliten. In einer Zeit, in der nicht mehr wie noch in den sechziger Jahren acht Prozent eines Jahrgangs studieren,

---

<sup>12</sup> Anzumerken ist, dass nach den neuesten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Studienanfängerquote für das Studienjahr 2007 bei 36,6 % des Jahrgangs lag. Damit war erstmals wieder seit dem Studienjahr 2003, als die Studienanfängerquote einen Wert von 38,9 % erreichte, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu beobachten (vgl. Statistisches Bundesamt 2007a).

<sup>13</sup> Die neue OECD-Studie zeigt, dass Deutschland bei der Ausbildung von Akademikern im Vergleich zu anderen Industrienationen immer weiter zurückfällt (vgl. OECD-Studie 2007, vgl. Taffertshofer 2007: 6). Der „zyklische Mangel an Fachkräften“ wird zudem durch einen schnelleren Aufbau neuer Firmen, Geschäftszweige und Branchen verstärkt (vgl. Kluge 2003: 69). Auch die relativ geringe Geburtenrate in Deutschland hat in langfristiger Perspektive einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots zur Folge (vgl. IAB 2005: 61).

<sup>14</sup> Ein höherer Anteil an Hochqualifizierten soll laut Bundesbildungsministerin Schavan dadurch erzielt werden, dass 40 % eines Jahrgangs studieren können und die Studienabbrecherquote von 35 % deutlich reduziert wird (vgl. FAZ 2007: 2).

sondern fast 40 %, zielt sie heute insbesondere auf die Berufsvorbereitung ab (vgl. Lischka 2001a: 150, vgl. Hartung/Wiarda 2008: 61). Das Bachelorstudium soll daher auch die Beschäftigungsfähigkeit (*Employability*) der Absolventen für verschiedene Tätigkeiten und Berufsfelder fördern (vgl. HRK 2006: 49).

In diesem Kontext ist jedoch anzumerken, dass viele Unternehmen noch keine adäquaten Einstiegspositionen für die zunehmende Zahl an Bachelorabsolventen haben schaffen können und über deren Kompetenzen und Kenntnisse noch nicht viel wissen (vgl. Cleuvers 2007: 2, vgl. Meier 2007). Fraglich ist auch, ob die Unternehmen mit Bachelorabsolventen Spitzenforschung betreiben können. Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sind mit den durch die neuen Bachelorabschlüsse bedingten Anforderungen an die Einarbeitung der Berufseinsteiger überfordert und bevorzugen daher Masterabsolventen (vgl. Meier 2007). Aufgrund der dargestellten Tatsachen, wäre eine nicht gewährleistete Durchlässigkeit in die Masterstudiengänge in besonderer Weise problematisch.

## **2.2 Stand der Forschung zu den Übergängen**

Die folgende zusammenfassende Darstellung der vorhandenen Studien greift jeweils diejenigen Aspekte auf, die für das behandelte Thema von Bedeutung sind und interessante Hinweise für die weitere Bearbeitung geben können. Wichtige Ergebnisse dieser Studien, welche die Analyse der vorliegenden Arbeit ergänzen, werden an der betreffenden Stelle direkt eingebaut.

### **„Mastermarkt nach Bologna“ (Hünig/Langer 2006)**

Die Untersuchung befasst sich mit dem ‚Mastermarkt nach Bologna‘, der „gemessen an der Zahl der Studierenden und Prüfungen zurzeit ein kleiner Markt mit vergleichsweise vielen Programmangeboten“ ist (Hünig/Langer 2006: 6). Demnach ist die weitere Entwicklung der Übergangsquote abhängig „von den rechtlichen Rahmenbedingungen, aber auch von der tatsächlichen Nachfrage, die auch durch private Angebote befriedigt werden kann“ (Hünig/Langer 2006: 7).

Anhand unterschiedlicher Übergangsquoten (40, 50 und 70 %) und Gruppengrößen (30, 60 und 90 Studierende) wird berechnet, wie groß die Nachfrage nach Master-

studienplätzen sein könnte und mit wie vielen Masterstudiengängen dieser Bedarf gedeckt werden könnte (vgl. Hünig/Langer 2006: 7). Die unterschiedlichen Ergebnisse – in Abhängigkeit von Übergangsquote und Gruppengröße – verdeutlichen, „dass die nachfrageorientierte Entwicklung des Mastermarkts eine komplexe Aufgabe darstellt, die mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist“ (Hünig/Langer 2006: 9). Besonders schwierig wird es sein, den Bedarf an Angeboten und die Nachfrage danach genau einzuschätzen. Dennoch sind die Hochschulen aufgrund der Notwendigkeit zur Profilbildung und zu einem sorgsamem Umgang mit knappen Ressourcen gezwungen, ihr Master-Portfolio nicht in willkürlichem Wachstum, sondern strategisch und erfolgsorientiert zu gestalten (vgl. Hünig/Langer 2006: 9).

Hünig und Langer weisen darauf hin, dass die Entwicklung der Übergangsquoten von mehreren Faktoren anhängig ist. Ihre Studie unterscheidet sich dabei von der vorliegenden Untersuchung, indem sie ihren Schwerpunkt auf Angebot und Nachfrage legt. Diese Punkte werden in der vorliegenden Arbeit nur rudimentär behandelt. Insofern kann die Untersuchung von Hünig und Langer als Ergänzung gesehen werden, um ein umfassenderes Bild von der Thematik zu erhalten.

### **Der Übergang vom Bachelor zum Master (Rehn 2006)**

Rehn thematisiert in ihrer Arbeit die qualitativen Hürden zum Masterstudium durch Zulassungsregelungen und die daraus resultierenden Probleme.

„Der Abschluss der letzten Bachelor-Prüfung und der Bachelor-Arbeit kann über das Ende der Bewerbungsfristen und über den Beginn der Zulassungsverfahren zu Masterstudiengängen hinaus dauern. Das führt im Extremfall, falls keine zusätzlichen Regelungen getroffen werden, zu einem Zeitverlust für die Studierenden von 1, bzw. bei Studiengängen, die nur zum Wintersemester zulassen von 2 Semestern“ (Rehn 2006: 94).

Das Ergebnis ihrer Recherche zu den qualitativen Übergangsregelungen in fünf Bundesländern verdeutlicht die – auch innerhalb der Länder – unterschiedlichen Lösungsansätze. Die meisten Länder legen sehr großen Wert auf die Bachelorabschlussnote und bevorzugen die Regelung einer bedingten Zulassung und ggfs. Exmatrikulation bei Nicht-Einreichen des Bachelorzeugnisses (vgl. Rehn 2006: 95). Um einen reibungslosen Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium zu gewährleisten und den Zielen des Bologna-Prozesses (Mobilität, verkürzte Studienzeiten)

Rechnung zu tragen, wird eine einheitliche Regelung für den Übergang auf Landesebene vorgeschlagen (vgl. Rehn 2006: 96).

Die Studie von Rehn sagt nichts zu den Quantitäten, sondern bezieht sich auf die Qualitäten der Übergänge. Sie verdeutlicht aber, dass durch festgelegte Zulassungsvoraussetzungen der Bachelor zum Regelabschluss gemacht wird und sich diese zwischen den Bundesländern unterscheiden können.

### **Aktuelle Rechtsfragen zum Bologna-Prozess (Wex 2007)**

In der Publikation von Wex wird die rechtliche Seite des Übergangs dargestellt (vgl. Wex 2007). Es geht insbesondere darum, welche der Zulassungsvoraussetzungen für den Master in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG der Berufsfreiheit eingreifen und somit unzulässig sind (vgl. Wex 2007: 6).

Zulassungsvoraussetzungen lassen sich in objektive und subjektive unterscheiden (vgl. Wex 2007: 2 f.).<sup>15</sup> Die Quote zählt zu den objektiven Zugangsvoraussetzungen und

„[...] dürfte nur ausnahmsweise und nur zur Abwehr nachweisbarer oder höchstwahrscheinlicher schwerer Gefahren für ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut unter strenger Beachtung des Übermaßverbots<sup>16</sup> geschaffen werden“ (Wex 2007: 11).

Die Aufteilung der Kapazitäten auf Bachelor- und Masterstudiengänge könnte einerseits als Notwendigkeit angesehen werden, um eine schwere ‚Gefährdung‘ des Bologna-Prozesses zu verhindern. Andererseits dürfte es starke Bedenken geben, ob das Übermaßverbot eingehalten worden ist (vgl. Wex 2007: 12). Zudem sei die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Quotierung als umstritten einzustufen (vgl. Wex 2007: 12). Zum einen sollte es in der Autonomie der Hochschulen liegen, die Verteilung der Kapazitäten auf Bachelor- und Masterstudiengänge selbst zu ent-

---

<sup>15</sup> „Objektive Zulassungsvoraussetzungen sind nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts solche, die mit den persönlichen Eigenschaften und Möglichkeiten des Berufsbewerbers nichts zu tun haben und auf deren Erfüllung er keinen Einfluss nehmen kann“ (Wex 2007: 11). „Oder die Beschränkungen hängen von der Person des Bewerbers ab und können von ihm grundsätzlich erfüllt werden, weil sie sich auf persönliche Eigenschaften, Fähigkeiten oder Leistungen beziehen (subjektive Zulassungsvoraussetzungen)“ (Wex 2007: 2 f.)

<sup>16</sup> Das Übermaßverbot zählt als das zentrale Instrument zur verfassungsrechtlichen Kontrolle des Gesetzgebers. Demnach darf dieser in die Freiheit der Bürger nur eingreifen, wenn seine Maßnahme geeignet, erforderlich und angemessen ist (vgl. Engel 2002: 103).

scheiden, zum anderen bleiben Zweifel an der Befugnis des Landesgesetzgebers, derartige Kapazitätsfestlegungen per Erlass zu regeln. Die Wahl der Ausbildungsstätte kann gemäß Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG nur aufgrund eines vorhandenen oder neuen Gesetzes eingeschränkt werden (vgl. Wex 2007b: 13).

Wex kommt also zu dem Ergebnis, dass ministeriell vorgegebene Quotierungen gegen das Recht auf Berufswahl verstoßen und daher verfassungswidrig sind (vgl. Wex 2007: 13). Die objektive Zulassungsvoraussetzung des Vorhandenseins der ausreichenden Lehrkapazität sei hingegen gerechtfertigt, da die Berufsfreiheit grundsätzlich erhalten bleibt und die einschränkenden Kriterien überprüfbar sind. Durch eine starre Quote wird jedoch von vornherein ein Teil der Studierenden von einem Masterstudium ausgeschlossen (vgl. Wex 2007: 14).

Wex Hinweise auf die rechtlichen Aspekte der Übergänge sind für die weitere Beschäftigung mit der Thematik wichtig. Es kann demnach ausgeschlossen werden, dass die Landesministerien starre Quoten vorgeben. Möglich sind jedoch ‚versteckte‘ Quotierungen, die sich durch die Kapazitätsverteilung ergeben. Inwieweit diese Möglichkeit von den Bundesländern bzw. Hochschulen umgesetzt wird, ist Teil der Recherche in den Kapiteln 4. 2 und 5 der vorliegenden Arbeit.

### **Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems (WR 2006)**

In diesen Empfehlungen legt der Wissenschaftsrat (WR) Modellrechnungen vor, die mögliche kapazitative Auswirkungen einer Umstellung auf gestufte Studiengänge zeigen. Grundlage der Berechnungen ist die Definition der Übergangsquote als Verhältnis der Zahl der Studienanfänger im Master zur Anzahl der Studienanfänger im Bachelor (vgl. WR 2006: 96). Es wird davon ausgegangen, dass für einen Masterstudiengang (vier Semester Regelstudienzeit) jeweils zwei Drittel des veranschlagten Lehraufwandes für das Bachelorstudium (sechs Semester Regelstudienzeit) zur Verfügung stehen (vgl. WR 2006: 95). Die Berechnungen verdeutlichen die Notwendigkeit der Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten und der Steigerung des Lehrangebotes um 15 bis 25 % (vgl. WR 2006: 67; 95).<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Bachelor- und Masterstudium nehmen zusammen genommen zehn Semester in Anspruch, während die bisherigen Diplomstudiengänge eine Regelstudienzeit von neun Semestern an Universitäten aufwiesen.

Der Wissenschaftsrat kritisiert, dass sich die derzeitige Diskussion um Übergangsquoten zwischen Bachelor- und Masterstudium noch zu sehr auf eine unmittelbare, nicht unterbrochene Abfolge von Bachelor- und Masterstudium konzentrierte:

„Dagegen muss das Potenzial des Systems gestufter Studiengänge, neue Abfolgen von Ausbildung und Berufstätigkeit möglich zu machen, deutlicher akzentuiert werden. Nicht der Bachelor alleine, sondern der Bachelor kombiniert mit einem vielfältigen Angebot der wissenschaftlichen Weiterbildung, soll künftig die typische Qualifikationsgrundlage hoch qualifizierter Arbeitskräfte bilden. Der Wissenschaftsrat sieht gute Gründe, dass eine Hochschulausbildung eine besonders gute Grundlage für Lebenslanges Lernen bildet“ (vgl. WR 2006: 80).

Diese berechtigte Kritik weist auf ein wichtiges Thema für eine weitere Untersuchung hin. Für die vorliegende Arbeit liefert der Wissenschaftsrat interessante Hinweise wie beispielsweise die Erkenntnis, „dass bei vorgegebenen Kapazitäten eine Verbesserung der Betreuungsqualität sehr schnell zu einem Absinken der Übergangsquote führt“ (WR 2006: 98).

### **Anpassung des Kapazitätsermittlungsrechts in den Bundesländern – Ergebnisse einer Befragung der Wissenschaftsministerien (Moog/ Schowe-von der Brelie 2006)**

Auch diese Studie befasst sich mit dem Systemwechsel bei der Kapazitätsermittlung und –planung, die im Rahmen des Bologna-Prozesses angestrebt wird. Seit der Art. 7 Abs. 6 im Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen gestrichen wurde, können die Bundesländer für alle Studiengänge, die nicht in das Verteilungsverfahren der ZVS einbezogenen sind, individuelle Regelungen erlassen: Entweder sie geben weiterhin landeseinheitliche Curricularnormwerte (CNW) vor, flexibilisieren die CNW durch Bandbreiten oder Durchschnittswerte für Fächercluster oder sie legen die Zahl der Studienanfängerplätze unmittelbar per Gesetz oder über Zielvereinbarungen mit den Hochschulen fest (vgl. Moog/ Schowe-von der Brelie 2006: 82).

Mit der Einführung gestufter Studiengänge entsteht für die Hochschulen eine neue Planungsaufgabe, da die Kapazität der Lehreinheiten nicht mehr nur zwischen den einzelnen Studienfächern, sondern auch zwischen Bachelor- und Masterbereich aufzuteilen ist (vgl. Moog/ Schowe-von der Brelie 2006: 88). Im Rahmen der durchgeführten Länderumfrage wurde daher untersucht, welche ministeriellen Vorgaben

die Hochschulen bei der Kapazitätsaufteilung zwischen Bachelor- und Masterstudiengängen zu beachten haben (vgl. Moog/ Schowe-von der Brellie 2006: 88). Haupteergebnis ist auch hier, dass die Festschreibung der Anfängerzahlen für das Bachelorstudium bewirkt, dass jede Intensivierung der Bachelorausbildung zu Lasten der für Masterstudiengänge verfügbaren Kapazität geht (vgl. Moog/ Schowe-von der Brellie 2006: 89).

### **Kapazitätsplanung in gestuften Studienstrukturen. Vergleichende Analyse des Vorgehens in 16 Bundesländern (Witte/von Stuckrad 2007)**

Diese Untersuchung von Witte und von Stuckrad analysiert ebenfalls die Veränderungen in der Kapazitätsplanung, die durch die Studienstrukturereform und die zunehmende Nachfrage nach einem Hochschulstudium entstehen. Es wird untersucht, welche Abwägungsentscheidungen in den 16 Bundesländern getroffen werden, um den Zielen der Bereitstellung ausreichender Kapazitäten für das Erststudium, dem Angebot attraktiver Masterstudienplätze und einer möglichst hohen Betreuungsintensität von Erst- und Zweitstudium gerecht zu werden. Auf Grundlage einer Dokumentenanalyse sowie Interviews werden Lösungsansätze der Länder vorgestellt und Schlussfolgerungen für eine Anpassung oder Überwindung des Kapazitätsrechts gezogen.

Hauptaussage ist auch hier, dass die meisten Länder die Priorität auf die Sicherung eines ausreichenden Angebots im Erststudium legen und gleichzeitig versuchen, die Betreuungsqualität im Rahmen des Möglichen zu verbessern. Für Masterangebote bleiben daher nur begrenzte Ressourcen übrig. Wichtig ist das Ergebnis, dass das Verhältnis von Studienplätzen im Master- zu Studienplätzen im Bachelorbereich in keinem Bundesland durch eine offizielle Quote ausgedrückt wird (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 91).

Die Ergebnisse dieser aktuellen Studie von Witte und von Stuckrad zu den Übergangsquoten werden im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit als Ergänzung eingearbeitet.



### 2.3 Fazit des Forschungsstandes

Die oben genannten Studien und Publikationen zeigen wichtige Hintergründe auf, geben Hinweise und Anregungen für die weitere Bearbeitung dieser Arbeit und tragen zu einer engeren Fragestellung bei. Zunächst ist festzuhalten, dass sich die Beiträge zum zukünftigen Fachkräftebedarf von ‚höher Qualifizierten‘ nicht auf die Unterscheidung von Bachelor- und Masterabsolventen beziehen, sondern auf Hochschulabsolventen im allgemeinen. Zu den unterschiedlichen Arbeitsmarktchancen von Bachelor- und Masterabsolventen gibt es zwar zahlreiche Einschätzungen, jedoch nur wenige fundierte Ergebnisse.<sup>18</sup>

Die Studien zu den Übergängen zeigen, dass die realen Übergangsquoten in die Masterstudiengänge von mehreren Faktoren abhängig sind. Dazu zählen zunächst die Nachfrage der Unternehmen nach Bachelorabsolventen, die Nachfrage der Studierenden nach Masterstudiengängen, das Masterangebot der Universitäten, die Anforderungen der Universitäten sowie die ministeriellen Vorgaben. Entscheidend für die quantitativen Relationen zwischen Bachelor und Master sind derzeit v.a. die Kapazitätsbestimmungen und vorhandenen Kapazitäten der Hochschulen (vgl. WR 2006, vgl. Witte/von Stuckrad 2007, vgl. Moog/ Schowe-von der Brölie).

Diesem Aspekt soll daher in der vorliegenden Arbeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Vor diesem Hintergrund ist es – insbesondere für das weitere Verständnis der landespolitischen Vorgaben und Empfehlungen – wichtig, in einem Exkurs die Kapazitätsverordnung sowie ihre mit dem Bologna-Prozess notwendig gewordenen Änderungen darzustellen.

Offen bleiben anhand der genannten Studien die konkreten Umsetzungen der landesspezifischen Vorgaben an den Universitäten. Insbesondere die Auswirkungen der Übergangsregelungen auf das Qualifikationsniveau und ihre Bedeutung für Universitäten, Studierende und Arbeitsmarkt werden nicht thematisiert.

---

<sup>18</sup> In den existierenden Studien werden zumeist intensiv die Berufschancen und die Akzeptanz von Bachelorabsolventen auf dem Arbeitsmarkt dargestellt. Die Unterscheidung von ihren Tätigkeiten und Chancen im Vergleich zu den Masterabsolventen sowie der Bedarf beider Absolventengruppen ist dahingegen nur unzureichend erfasst.

## **Exkurs: Kapazitätsverordnung**

Auf Grund des föderalen Systems findet die Planung von Studienkapazitäten auf Landesebene statt. Prägend für die Kapazitätsplanung im deutschen Hochschulsystem ist weiterhin die Kapazitätsverordnung (KapVO) aus dem Jahr 1974 (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 1, vgl. ZVS 2003, vgl. Wiarda 2007b).

Für eine effiziente Nutzung der vorhandenen Ausbildungskapazitäten werden genaue Zahlen benötigt. Grundlage der KapVO ist der Curricularnormwert (CNW), der den jährlichen Lehr- bzw. Betreuungsaufwand pro Studierenden in Abhängigkeit des jeweiligen Faches festlegt. Der angenommene Betreuungsbedarf hängt von der Zahl der Vorlesungen, Seminare und Prüfungen ab: je mehr Vorlesungen und je weniger Seminare, desto geringer der Personalaufwand, desto geringer der CNW (vgl. Wiarda 2007b). Schließlich werden alle zur Verfügung stehenden Deputatstunden der Lehrenden in dem Studiengang durch den CNW geteilt (vgl. Wiarda 2007b). CNW und das vorhandene Lehrangebot ergeben zusammen die Ausbildungskapazität eines Studienganges, d.h. die Anzahl der angebotenen Studienplätze (vgl. ZVS 2003: 1-3; 6).

Aufgrund ihrer normierenden Wirkung und des bürokratischen Berechnungs- und Kontrollaufwandes ist die KapVO bereits seit Jahrzehnten Gegenstand kritischer Diskussionen (vgl. WR 2006: 57 ff). Der Bologna-Prozess stellt die Kapazitäts- und Personalplanung von Universitäten vor zusätzliche Herausforderungen, da einerseits die Betreuungsrelationen im Bachelor verbessert werden sollen, andererseits die Kapazitäten nun zwischen Bachelor- und Masterbereich verteilt werden müssen (vgl. Moog/Vogel 2006: 17). Die Verlängerung der Regelstudienzeit bis zum Master-niveau bedeutet, dass selbst bei unveränderten Betreuungsrelationen unter der Vorgabe der Kostenneutralität nur für ca. 50 % der Absolventen grundständiger Studiengänge an Universitäten ein Masterstudium finanzierbar ist (vgl. Kirchgessner 2007: 80).

Im Zuge der Umstellung der Studiengänge auf die gestufte Struktur und die Bemühungen um eine Verbesserung der Betreuungsverhältnisse sowie um innovative und attraktive Curricula müssen die bestehenden CNW angepasst bzw. erhöht werden (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 2, vgl. Brandt 2005: 12). Derzeit ist offen, ob die Wissenschaftsministerien künftig überhaupt noch landeseinheitliche CNW fest-

setzen oder den Hochschulen Richtwerte bzw. Bandbreiten für studiengangsspezifische CNW vorgeben werden (vgl. Moog 2006: 40). Die Flexibilisierung der CNW eröffnet den Hochschulen Gestaltungsspielräume zur Umwidmung ihrer Lehrkapazitäten, wobei eine Fülle ministerieller, rechtlicher und faktischer Restriktionen zu beachten ist (vgl. Moog 2006: 62).

### **3. Abriss: Die aktuelle Debatte um Übergangsquoten**

Die Übergangsquote ist Gegenstand intensiver Diskussionen und sehr unterschiedlicher Interessenslagen der Akteure. In diesem Kapitel soll daher – auf Grundlage einer ersten Dokumentenanalyse – ein kurzer Überblick über die Positionen von politischen Entscheidungsträgern, Hochschulvertretern, Berufsverbänden, Unternehmen, Interessensvertretern und Studierenden gegeben werden. Dafür werden einige der Diskussionsbeiträge und Stellungnahmen der vergangenen Jahre vorgestellt, welche die anvisierten Übergangsquoten in die Masterstudiengänge thematisieren und die unterschiedliche Positionen deutlich machen. Durch eingefügte Zitate sollen die Akteure selbst zu Wort kommen.

#### **3.1 Position politischer Entscheidungsträger**

Aus Sicht der KMK stellt der Bachelor für die Mehrzahl der Studierenden den ersten berufsqualifizierenden Abschluss dar. Der Zugang zu einem Masterstudiengang müsse daher von weiteren Zulassungsvoraussetzungen abhängig gemacht werden (vgl. KMK 2003a: 1, vgl. KMK 2003b, vgl. KMK/BMBF 2007: 10, vgl. dazu auch Kapitel 4.1). Dabei sei jedoch darauf zu achten, den zusätzlichen Handlungsspielraum der Hochschulen nicht „durch starre Vorgaben zum Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium“ einzuengen (Thierfelder 2005: 661). Explizit festgeschrieben wird daher, dass Quotierungen nicht vorgesehen sind (vgl. KMK/BMBF 2007: 10, vgl. dazu auch Kapitel 4.1). Die Ausgestaltung des Übergangs vom Bachelor zum Master sei für ein Gelingen des gestuften Studienmodells besonders entscheidend. Dieses könne nach Thies nur dann funktionieren, wenn der „Bachelor mehr ist als ein Seitenausstieg für Abbrecher eines Studiengangs, der eigentlich bis zum Master führt – nämlich berufsqualifizierender Regelabschluss für den größten Teil der Studierenden“ (Thies 2000: 7).

Auch der Wissenschaftsrat<sup>19</sup> sieht im Bachelor den ersten berufsbefähigenden Studienregelabschluss. Da jedoch ein erheblicher Teil der Bachelorabsolventen die

---

<sup>19</sup> Als Expertengremium, das die Bundesregierung und die Regierungen der Länder berät, wird der Wissenschaftsrat hier den politischen Entscheidungsträgern zugeordnet.

Möglichkeit zu einem Masterstudium erhalten soll, seien feste Vorgaben für die Übergangsquoten nicht wünschenswert (WR 2006: 35, 56).

Deutlich gegen einen eingeschränkten Übergang spricht sich die Hamburger Bürger-schaftsfraktion GAL aus:

„Es kann nicht sein, dass es in bestimmten Fächern, und es werden die Geistes-wissenschaften sein, Quoten für die Masterstudienplätze von gerade einmal 25 % geben soll. Das hat mit dem humboldtschen Bildungsideal nichts zu tun“ (Opitz zit. n. Hanauer 2007).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die politischen Entscheidungsträger keine starre Quote anvisieren. Die beschlossene Etablierung des Bachelors als Regelabschluss führt jedoch dazu, dass nur ein Teil der Studierenden ein Masterstudium aufnehmen kann (vgl. Gützkow/Quaisser 2005: 10).

### **3.2 Position der Hochschulen und ihrer Vertreter**

Die HRK geht davon aus, dass nicht alle Studierenden direkt im Anschluss einen Masterstudiengang beginnen: „Ein Teil der Studierenden wird zunächst in das Berufsleben eintreten und unter Umständen nach oder begleitend zu einer Berufstätigkeit ein Masterstudium aufnehmen“ (vgl. HRK o. J.). Dennoch lehnt sie eine staatlich verordnete Quote ab (vgl. HRK 2005). Bezüglich der Zulassungskriterien zu den Masterstudiengängen fordert die HRK eine eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnis für die Hochschulen (vgl. HRK 2003: 77).

Einige der insgesamt 17 deutschen Fakultätentage<sup>20</sup> haben für ihr jeweiliges Studienfachgebiet ein Positionspapier zur Umstellung auf die gestufte Studienstruktur veröffentlicht (vgl. Rehburg 2006: 78, vgl. o. V. 2004: 62 ff., vgl. Lenhardt: 2005: 49). Dabei zeigen sie sich skeptisch bezüglich der ausreichenden beruflichen Qualifikation der Bachelorabsolventen und stellen die Etablierung des Bachelors als Regelabschluss in Frage (vgl. o. V. 2004: 62 ff.).

---

<sup>20</sup> Der Evangelisch-Theologische, der Katholisch-Theologische, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, der Mathematisch-Naturwissenschaftliche, der Juristische, der Philosophische, der für das Bauingenieur- und Vermessungswesen, für Maschinenbau, für Informatik, Elektrotechnik und Informationstechnik.

Diese Skepsis ist auch von Seiten der Hochschullehrenden<sup>21</sup> zu vernehmen (vgl. Rehburg 2006: 76). Vor allem in den klassischen Staatsexamensstudiengängen und den Natur- und Ingenieurwissenschaften wird – in Anlehnung an das traditionelle Diplom – im Masterabschluss das eigentliche Ziel der universitären Ausbildung gesehen. Die ‚TU 9‘, ein Zusammenschluss der nach eigenen Angaben traditionsreichsten und erfolgreichsten deutschen Technischen Universitäten, hat diese Haltung am deutlichsten zum Ausdruck gebracht (vgl. Rehburg 2006: 81). In ihrer im Oktober 2004 verabschiedeten Erklärung ‚Der Bachelor öffnet alle Türen, der Master ist das Ziel‘ kritisieren sie die Etablierung des Bachelors als Regelabschluss und fordern demzufolge einen offenen Übergang in die Masterstufe (vgl. idw 2004).<sup>22</sup>

Auch der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes forderte die KMK dazu auf, nicht länger am Bachelor als Regelabschluss festzuhalten (vgl. Lenhardt 2005: 49). Noch deutlicher wird die Position des Hochschulverbandes, hier des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, im Zusammenhang mit der Einführung von ministeriellen Quoten für den Zugang zum Masterstudium im Jahr 2005. Als Reaktion darauf erklärte der Vorsitzende Löwer, der Masterabschluss bleibe das Ziel der universitären Ausbildung (vgl. DHV 2005, vgl. 4. 2).<sup>23</sup>

Aus Sicht der Hochschulen und ihren Interessensvertretern lässt sich zusammenfassend eine deutliche Ablehnung der Quotierung aber teilweise auch der Etablierung des Bachelors als Regelabschluss feststellen.

---

<sup>21</sup> Wex weist darauf hin, „dass es ‚die‘ Hochschullehrer nicht gibt, weder als Summe von Individualisten noch als homogene Gruppe mit einheitlichen Vorstellungen. Bei der Frage, ob und in welchem Umfang Hochschullehrer die Entwicklung der neuen Studiengänge fördern und akzeptieren oder ablehnen, wird man also nur als Strömungen und Interessenlagen wahrnehmen können“ (Wex 2005: 321).

<sup>22</sup> „Zugespitzt lässt sich diese Aussage folgendermaßen zusammenfassen: Allein bei Studierenden, die ein Bachelor- und ein Masterstudium absolvieren, gehen die TU 9 davon aus, dass sie eine Ausbildung erhalten, die wissenschaftlich ernst zu nehmen ist und mit dem bisherigen Diplom mithalten kann. Die [...] TU 9 bestehen auf dem MA als Regelabschluss und wollen im Bachelorstudium stärkeren Nachdruck auf Forschungsorientierung legen“ (vgl. Lenhardt 2007: 49).

<sup>23</sup> „Der Landesverband kann keine wissenschaftsimmanenten Gründe dafür erkennen, dass in Nordrhein- Westfalen der Bachelorgrad der Regelabschluss an allen Hochschulen sein soll [...]. Auch die vom Ministerium so oft beschworene Entlassung der Universitäten in die Autonomie erweise sich wieder einmal als hohle Phrase [...]. Mit der im Erlass vorgegebenen Einengung möglicher Master-Studiengänge auf entweder konsekutive oder Weiterbildungsstudiengänge werden die im Bologna-Prozess zwischenstaatlich vereinbarten Gestaltungsspielräume in kleinlich wirkender Weise eingeengt [...]. Es ist dringend geboten, bei der in Aussicht gestellten CNW- Berechnung realistische Gruppengrößen und Betreuungsrelationen anzusetzen und keinesfalls von einer Quote für Master-Studierende an Universitäten von lediglich 50 % der Studienanfänger auszugehen“ (DHV 2005).

### 3.3 Position der Fachverbände

Auch die beruflichen Fachverbände – v.a. aus dem Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften<sup>24</sup> – haben Bedenken gegen den Bachelorabschluss geäußert. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft (vgl. Nienhaus 2007), die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) und der Verband der chemischen Industrie (VCI) sehen allein im Master den berufsqualifizierenden Abschluss:

„Im universitären Chemiestudium eröffnet der Bachelor als alleiniger Abschluss möglicherweise nur begrenzte Berufseinstiegsmöglichkeiten. GDCh und VCI gehen davon aus, dass sich in der Regel ein weiterführender Master anschließen wird. Die Masterstudiengänge in der Chemie sind Schwerpunktstudiengänge“ (Maasen 2004: 122).

Eine Quotierung von Studienplätzen für einzelne Studiengänge lehnen sie daher ab (vgl. Lenhardt 2005: 50).

### 3.4 Position der Unternehmen

Vor dem Hintergrund, dass auch die Akzeptanz der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle bei der Diskussion um Quoten spielen, werden im Folgenden Positionen von Arbeitgebern aufgezeigt, die sich in offiziellen Stellungnahmen zur Studienstrukturreform geäußert haben (vgl. Rehburg 2006: 84).

Gegen feste Übergangsquoten sprechen sich führende deutsche Unternehmen aus, die mit ihrer Erklärung ‚Bachelor Welcome‘ ihre Unterstützung für die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge zusagen (vgl. Stifterverband 2004, vgl. Maasen 2004: 94). Darin formulieren sie u.a. den folgenden Aspekt:

„Das Masterstudium darf nicht durch politisch festgelegte Übergangsquoten begrenzt werden. Über den Zugang entscheidet die Qualifikation der Bewerber, die von den Hochschulen in Auswahlverfahren überprüft wird“ (Stifterverband 2004).

---

<sup>24</sup> Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), der Verband der Elektrotechnik, Elektronik Informationstechnik e.V. (VDE), der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau (VDMA) und der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI).

Auch Daimler Chrysler als international tätiges Unternehmen vertritt diese Position:

„Der Bachelor ist als erster berufsbefähigender Abschluss an deutschen Hochschulen zu etablieren [...]. Die Zulassungsvoraussetzungen für das Masterstudium sollen [...] alleine von den Hochschulen festgelegt werden, durch Auswahl der geeigneten Studenten. Dies bedeutet weder eine Festlegung der Zahl von Masterabsolventen, noch eine Quote beim konsekutiven Übergang vom Bachelor zum Masterstudium (z.B. 20 %) (vgl. Soboll 2004).

Zusammenfassend wird deutlich, dass sich die Unternehmerseite für besondere Zulassungsvoraussetzungen und gegen Quoten für den Übergang von der Bachelor- zur Masterstufe aussprechen.

### **3.5 Position der Interessensvertreter**

Auch die Gewerkschaftsseite engagiert sich in den Fragen der Hochschulreform. Die GEW fordert eine verbindliche Zusage der Durchlässigkeit zwischen den Studiengängen und spricht sich gegen eine Regelung des Zugangs zum Masterstudium durch „Quote und Note“ aus (vgl. Köhler 2004: 6, vgl. Köhler 2006: 94 f):

„Die GEW ist der Auffassung, dass der differenzierte, in sich durchlässige tertiäre Bereich nicht durch mechanistische Regelungen beim Übergang vom Bachelor zum Master unterlaufen werden darf. Wenn der Bachelor einen eigenen Wert haben soll, dann muss er als Voraussetzung für die Zulassung zum Masterstudiengang anerkannt werden. Die Studenten sollen selbst entscheiden, mit welchem Abschluss sie die Hochschule verlassen wollen. Die „Macht- und Wettbewerbsphilosophen“ sind wenig überzeugend, wenn sie den Übergang vom Bachelor- zum Master durch staatlich verordnete Quoten oder Noten einschränken wollen“ (Köhler 2006: 95).

Aufgrund von mangelnder Akzeptanz der Bachelorabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt wäre es unverantwortlich, den frisch gebackenen Absolventen der neuen Bachelorstudiengänge eine Fortsetzung ihres Studiums durch Aufnahme eines Masterstudiums zu versagen (vgl. Keller 2006: 376 f). Als Argumente für mögliche Quotierungen werden von Seiten der GEW haushalts- und finanzpolitische Gründe genannt (vgl. Köhler 2004: 6). Auch von Seiten der Arbeitgebervertreter ist Kritik an einem eingeschränkten Zugang zum Masterstudium zu vernehmen. So macht Christoph Anz von der BDA deutlich, dass die Festlegung von Übergangsquoten zum Masterstudium bekämpft werden müssen (vgl. Anz 2006: 87).



### 3.6 Position der Studierenden

Die Studierendenvertreter kritisieren v.a. die Tendenz, dass durch die Studienstruktureform die Bildungsmöglichkeiten der Studierenden zunehmend eingeschränkt werden (vgl. Rehburg 2006: 84, vgl. Staack 2005: 17). Damit die Studierenden selbst entscheiden können, ob sie nach dem Bachelorabschluss noch ein Masterstudium aufnehmen, seien Zugangsbegrenzungen abzulehnen. Durch die zusätzliche Hürde in einem ohnehin hochselektiven Studiensystem würden bei der Einführung zweistufiger Studiengänge Ziele verfolgt werden, die nicht in Einklang mit den Zielen des Bologna-Prozesses sind (vgl. fzs 2007). Der fzs- Stellungnahme zur London-Konferenz 2007 ist folgende Kritik zu entnehmen:

„Auch der Übergang zwischen Bachelor und Master fördert neue Auswahlmechanismen zutage. Der Bachelorabschluss garantiert nicht, auch ein Masterstudium aufnehmen zu können. Fehlende Finanzmittel und politischer Wille führen zu einer geringen Anzahl an Masterstudienplätzen und vermehrten Auswahlverfahren [...]. Damit wird der Bachelor zum Regelabschluss, der auch nach 8 Jahren immer noch um die Akzeptanz bei Studierenden und in der Berufswelt ringen muss [...]. Ein klares Bekenntnis zum offenen Hochschulzugang muss konstituierend für den europäischen Hochschulraum sein. Der Zugang zu Bildung trägt maßgeblich zur Demokratieentwicklung bei. Durch den Bologna Prozess dürfen keine neuen Hürden entstehen, sondern bestehende müssen abgebaut werden.“ (fzs 2007).

#### **4. Vorgaben und Vereinbarungen: Zugangs- und Übergangsregelungen auf Bundes- und Landesebene**

Das vorliegende Kapitel stellt die Vorgaben und Vereinbarungen zu Zulassungs- und Übergangsregelungen für die Masterstudiengänge in den 16 Bundesländern dar.<sup>25</sup> Bevor im Folgenden die Ergebnisse der Länderrecherchen aufgezeigt werden, sollen zunächst die Empfehlungen und Vorgaben auf Bundesebene rekapituliert werden (vgl. 3. 1).

In der Literatur werden die Begriffe ‚Hochschulzugang‘ und ‚Hochschulzulassung‘ unterschiedlich gebraucht und definiert (vgl. Lischka 2001b: 28). Auch die Kultus- und Wissenschaftsministerien der Länder verwenden die Begriffe nicht einheitlich. Die folgenden Kapitel 4 und 5 verwenden durchgängig der Begriff ‚Hochschulzulassung‘. Darunter werden die Kriterien gefasst, „nach denen es sich entscheidet, ob jemand als qualifiziert für den Hochschulzugang angesehen wird“ (Teichler 2005: 31).<sup>26</sup>

##### **4.1 Übergangsregelungen auf Bundesebene**

Im Rahmen der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland liegt die Bildungshoheit bei den Bundesländern. Die bundespolitische Kompetenz der Rahmengesetzgebung für die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens ist im Zuge der sogenannten Föderalismusreform entfallen (vgl. Dohmen et al. 2007: 103). Dennoch gibt es Strukturvorgaben und Regelungen von Seiten des Bundes, die auf die Landesplanungen einwirken.

---

<sup>25</sup> Von besonderem Interesse sind hierbei die Übergangsregelungen. Der Vollständigkeit halber werden hier jedoch auch die Zulassungsregelungen dargestellt.

<sup>26</sup> In Anlehnung an Lischka bezeichnet der in der vorliegenden Arbeit gebrauchte Begriff ‚Hochschulzugang‘ sowohl den Prozess als auch das Ergebnis der Aufnahme des Studiums an einer Hochschule (vgl. Lischka 2001b: 30).

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

In Deutschland hat sich die KMK im Herbst 2003 – basierend auf den ‚10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland‘ (vgl. KMK 2003a) – auf Strukturvorgaben verständigt, die besondere Zulassungsvoraussetzungen beim Übergang in das Masterstudium vorsehen (vgl. KMK 2003b: 4):

„Die Zulassung zum Masterstudium soll von der fachlichen Eignung der Bewerber abhängen. Die Hochschulen können für die einzelnen Masterstudiengänge gesonderte Zulassungskriterien definieren, die neben einer häufig geforderten Mindestnote im Bachelor auch weitere Kriterien enthalten können“ (Rehn 2006: 94, vgl. KMK 2003b: 5).<sup>27</sup>

Ausgangspunkt dieser Festlegungen ist die Definition des Bachelors als Regelabschluss, der „für die Mehrzahl der Studierenden zu einer ersten Berufseinmündung“ führt (vgl. KMK 2003b: 4, vgl. KMK 2003a: 1). Die Tatsache, dass ein erster berufsqualifizierender Abschluss als zwingende Voraussetzung für einen Masterstudiengang vorgesehen wird (vgl. KMK 2003b: 4 f), bedeutet einerseits, dass der Bachelorabschluss den Zugang zum Masterstudium gewährt. Andererseits ist er jedoch genauer betrachtet nur die Berechtigung, sich um einen Masterstudienplatz zu bewerben, da Zulassungsvoraussetzungen und –verfahren spezifisch geregelt werden können (vgl. Rehn 2006: 94, vgl. KMK 2003b). Dies hat zur Folge, dass der Abschluss „die Qualität eines Rechtsanspruchs auf Zugang“ verliert und „zur notwendigen, aber nicht zur alleinigen Voraussetzung wird“ (Thierfelder 2005: 695).

Verantwortlich für die Zulassung von Studierenden zu einem Masterstudiengang sind allein die Hochschulen (vgl. Jahn 2001: 180). In den Vorgaben der KMK wird weiter festgelegt, dass sich die Länder die Genehmigung der Zulassungskriterien vorbehalten können (vgl. KMK 2003b: 4). Diese Regelungen führen dazu, dass die Zulassungsverfahren zum Masterstudium je nach Bundesland und Hochschule unterschiedlich gestaltet sein können (vgl. Rehn 2006, vgl. Kapitel 4. 2).

---

<sup>27</sup> Die konkreten Regelungen des Zugangs zu den Masterstudiengängen an deutschen Universitäten sind bei Schwarz-Hahn und Rehbarg in ihrem Beitrag zur Strukturreform in Deutschland ausführlich dargestellt (vgl. Schwarz-Hahn/Reburg 2004). Die dabei vorgestellten Vorgaben verdeutlichen die Tatsache, dass der Erwerb eines ersten akademischen Grades für die Zulassung zu einem Masterstudiengang häufig nicht ausreicht (vgl. Schwarz-Hahn/Reburg 2004: 46). Auf die Probleme, die beispielweise durch die zu früh angesetzten Bewerbungsfristen entstehen können, da zu diesem Zeitpunkt das Bachelorstudium oft noch nicht abgeschlossen ist, wird hier nicht eingegangen. Nachzulesen ist diese Problematik bei Rehn (2006).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Sowohl KMK als auch HRK haben sich explizit gegen eine starre politisch verordnete Quote für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium ausgesprochen (vgl. HRK 2005, KMK/BMBF 2007: 10, vgl. Krüger 2005: 31). Eine politisch vorgegebene Quote würde die erkennbar zunehmende Autonomie der Hochschulen auch verbieten (vgl. Alpes 2006: 303). Zudem wäre diese „starre Quotierung für den Zugang zum Master [...] mithin unverhältnismäßig und verfassungswidrig“ (Wex 2007: 7, vgl. Kapitel. 2. 2). Dennoch impliziert die oben beschriebene Festlegung, dass die Hürde zur Weiterqualifizierung durch den Masterabschluss nur von etwa der Hälfte der Bachelorabsolventen (50 %) genommen werden soll.

## **4. 2 Übergangsregelungen auf Landesebene**

Im Folgenden wird nun aufgezeigt, ob und wie die Bundesländer den Vorgaben und Empfehlungen von KMK und HRK in Form von gesetzlichen Regelungen und landespolitischen Vorgaben folgen.

### **4. 2. 1 Baden-Württemberg**

#### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Gemäß § 29 Abs. 2 LHG setzt die Zulassung zum Masterstudium einen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss voraus. Die Hochschulen legen durch eine Satzung weitere Voraussetzungen fest, insbesondere die Erfordernis überdurchschnittlicher Prüfungsergebnisse oder bestimmter Berufserfahrungen (vgl. LHG). Die verlangten Qualifikationen für das Masterstudium sind somit abhängig von der jeweiligen Hochschule sowie von der Art des Studiengangs. Handelt es sich um einen konsekutiven Master, spielt die Note des Bachelorstudiums eine entscheidende Rolle. Berufsbegleitende Masterstudiengänge setzen gewisse Berufserfahrungen voraus (vgl. Studieninfo BW).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Bevor die Initiative ‚Hochschule 2012‘ von der Landesregierung ins Leben gerufen wurde, gab es in Baden-Württemberg bezüglich der Übergangsquoten erste Verhandlungen zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und den Universitäten (vgl. E-Mail-Auskunft 1). Die Initiative basiert auf der demographischen Entwicklung der Abiturienten bis in das Jahr 2012 bzw. 2020 (vgl. Hochschule 2012). Es wird prognostiziert, dass in diesem Zeitraum die Zahl der Abiturienten, die einen Studienplatz benötigen, stark ansteigt. Deshalb hat das Ministerium die Universitäten verpflichtet, die Zahl der Studienplätze des Jahres 2005/2006 zu halten oder zu erhöhen. Da viele Universitäten 2005/2006 noch nicht von Diplom auf Bachelor umgestellt hatten, müssen die Diplomstudienplätze nun ‚eins zu eins‘ auf die Bachelorstudienplätze übernommen werden (vgl. E-Mail-Auskunft 1). Auch mit dem Solidarpakt II aus dem Jahr 2007 erklären sich die Hochschulen dazu bereit, die Umstellung auf das gestufte Studiensystem unter Beibehaltung der bisherigen Kapazitäten für Studienanfänger im Erststudium vorzunehmen (vgl. Solidarpakt II, vgl. E-Mail-Auskunft 1). In diesem Kontext wird der Bachelor als Regelabschluss gesehen.

Da für den Übergang zum Masterstudium keine Quote festgelegt wurde, können die Hochschulen über die Verteilung ihrer Kapazitäten auf die Bachelor- und Masterstudiengänge selbst entscheiden (vgl. Landtag BW 2005, vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 9). Eine Orientierung bietet den Universitäten eine Matrix des Ministeriums mit verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten von Bachelor- und Master-CNW und gemittelten rechnerischen Übergangsquoten (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 9).

Weil die verschiedenen Fächergruppen unterschiedliche Bedürfnisse haben, hält das Ministerium vorgegebene Quotierungsregelungen nicht für sinnvoll (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 10). Zudem seien die realen Übergangsquoten von folgenden Faktoren abhängig:

„Welcher Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums unmittelbar im Anschluss an das Bachelorstudium oder nach einer Phase der Berufstätigkeit ein Masterstudium aufnimmt, richtet sich nach den individuellen, auch durch die Nachfrage des Arbeitsmarkts gesteuerten Interessen der Bachelorabsolventinnen und -absolventen, nach den Qualifikationsanforderungen der Hochschulen für die Zulassung zum Masterstudium sowie nach den am jeweiligen Standort für den Masterstudiengang vorhandenen Kapazitäten“ (Landtag BW 2005).

Durch die oben genannten Regelungen und Vereinbarungen sind die „realen Spielräume“ der Universitäten dennoch als gering einzuschätzen (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 9).

#### **4. 2. 2 Bayern**

##### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Nach Art. 43 Abs. 5 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) verlangt die Zulassung zu einem Masterstudiengang einen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss. Darüber hinaus müssen die Hochschulen nach Art. 43 Abs. 5 Satz 2 BayHSchG durch eine Satzung weitere Zulassungsvoraussetzungen festlegen, insbesondere den Nachweis einer studiengangspezifischen Eignung. Durch die Ausgestaltung dieser weiteren Kriterien (wie beispielsweise ein qualifizierter Hochschulabschluss, d.h. ein mit einer bestimmten Note abgeschlossenes Hochschulstudium, Durchführung von Eignungsprüfungen etc.) stellen die Hochschulen sicher, dass nur überdurchschnittlich qualifizierten und für den Studiengang fachlich besonders geeigneten Studienbewerbern der Zugang zu einem Masterstudiengang geöffnet wird (vgl. E-Mail-Auskunft 2, vgl. BHSchG).

Ergänzend dazu legt das Bayerische Hochschulzulassungsgesetz (BayHZG) fest, dass gemäß § 6 Abs. 2 die Auswahl der Bewerber nach Bildung einer Vorabquote entsprechend Art. 5 Abs. 3 Satz 1 Nummer 1 und 2 im Rahmen des ergänzenden Hochschulauswahlverfahrens auf Grund der Maßstäbe getroffen wird, die Voraussetzung für den Zugang zu dem postgradualen Studiengang sind (vgl. BayHZG).

##### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Eine Quotierung des Zugangs zum Masterstudium sieht das Bayerische Hochschulgesetz nicht vor (vgl. BHSchG, vgl. E-Mail-Auskunft 2). Eine ungefähre Quote von 50 % ergibt sich allerdings aus den zur Verfügung stehenden Ressourcen, dem Lehrbedarf für die Bachelorstudiengänge sowie aus dem Bestreben, die Betreuungsrelationen im Bachelorstudium zu verbessern (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 16, vgl. KMK 2005: 61).

### **4. 2. 3 Berlin**

#### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Zulassungsvoraussetzung für einen Masterstudiengang ist nach § 10 Abs. 5 BerlHG der berufsqualifizierende Abschluss eines Hochschulstudiums (vgl. BerlinHG). Weitere Eignungs- und Qualifikationsvoraussetzungen dürfen nur für konsekutive Masterstudiengänge gefordert werden, wenn sie fachlich begründet werden (vgl. BerlHG). Gemäß § 10 Abs. 1 BerlHZG kann die Studienplatzvergabe durch die einzelne Hochschule nach dem Ergebnis eines von der Hochschule durchzuführenden Auswahlverfahrens und nach Länge der Wartezeit vorgenommen werden (vgl. BerlHZG). In § 10b wird zudem festgeschrieben, dass der Übergang von Bachelorstudiengängen in Masterstudiengänge ohne Zeitverzögerung durch die Hochschulen gesichert werden muss.

#### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Das Land Berlin hat im Jahr 2005 im Rahmen der Umstellung auf die neue Studienstruktur mit den Universitäten eine Vereinbarung im Sinne eines ‚Qualitätspaktes zur Verbesserung der Lehre‘ abgeschlossen. Inhalt dieser Vereinbarung ist die weitgehende Erhaltung der Aufnahmekapazitäten bei gleichzeitiger Verbesserung der Betreuungsverhältnisse (vgl. E-Mail-Auskunft 3).

Eine ausführliche Darstellung der getroffenen Vereinbarungen bezüglich der Aufnahmekapazitäten, Betreuungsverhältnisse und Übergangsquoten findet sich in den Leistungsberichten zur Erfüllung der Hochschulverträge für die Jahr 2005 und 2006. Die folgenden Ausführungen sind – soweit nicht anderes gekennzeichnet – den Leistungsberichten entnommen (vgl. Leistungsbericht 2005: 16 ff, vgl. Leistungsbericht 2006: 18):

Die Universitäten haben sich zu einer durchschnittlichen Verbesserung des CNW um 15 % in allen Fächergruppen der Bachelor- und Masterstudiengänge und im Durchschnitt der drei Universitäten bereit erklärt. Eine Übergangsquote ist in Berlin nicht vorgegeben (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 21). Unter Einbeziehung der Finanzentwicklung und der Umstellung auf die neuen Studiengänge sowie der oben dargestellten Vereinbarungen ergeben sich für die drei Universitäten jedoch Auf-

nahmekapazitäten und rechnerische Übergangsquoten für Masterstudiengänge, gemessen an der Zahl der Studienanfänger in konsekutiven Bachelorstudiengängen.<sup>28</sup>

Die rechnerische Übergangsquote beträgt für alle drei Universitäten durchschnittlich 54 %.<sup>29</sup> Die einzelnen Quoten unterscheiden sich nach Fachbereichen und liegen in den Geistes- und Naturwissenschaften bei 50 %, in den Ingenieurwissenschaften bei 78 % (vgl. Leistungsbericht 2005: 16). Angestrebt wird für die Zukunft (Soll-Struktur 2009) diese durchschnittliche Übergangsquote von 54 % beizubehalten (vgl. Leistungsbericht 2005: 18, vgl. Leistungsbericht 2006: 18).

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Betreuung und der Verkürzung der Studienzeiten wird von den Universitäten eine signifikante Erhöhung der Erfolgsquote erwartet (vgl. Leistungsbericht 2005: 18). Die Universitäten haben sich in einer gemeinsamen Erklärung auf eine Erfolgsquote von 70 % verpflichtet, die dazu führt, dass von 100 Studienanfängern 70 zum Abschluss kommen (vgl. Leistungsbericht 2005: 18). Bei der vereinbarten Übergangsquote von 50 % in den Geistes- und Naturwissenschaften, können von diesen 70 Bachelorabsolventen 50 das Masterstudium aufnehmen. Dies bedeutet, dass rund 70 % der Bachelorabsolventen die Möglichkeit haben werden, ein konsekutives Masterstudium aufzunehmen (vgl. Leistungsbericht 2005: 18).

#### **4. 2. 4 Brandenburg**

##### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Die Hochschulprüfungsverordnung (HSPV) des Landes regelt in § 6 Abs. 2, dass die Zulassungsvoraussetzung für den Master ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss ist. Weitere besondere Voraussetzungen regeln die Hochschulen in ihren Satzungen (vgl. postalische Auskunft, vgl. HSPV).

##### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

In Brandenburg bestehen keine normativen Vorgaben für das Verhältnis von Bachelor- zu Masterstudiengängen (vgl. postalische Auskunft, vgl. Witte/von

<sup>28</sup> Eine genauere Darstellung der Situation an der FU Berlin erfolgt in Kapitel 5.

<sup>29</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die hier verwendete Quote auf das Verhältnis von Studienanfängern in den Bachelor- und Masterstudiengängen bezieht.



Stuckrad 2007: 27). Die Landesregierung hat bewusst auf die Festlegung von Quoten verzichtet (vgl. postalische Auskunft).

Die Übergangsquote vom Bachelor- zum Masterstudium legen die Hochschulen ausgehend von den zur Verfügung stehenden Kapazitäten, der Festlegung des Bachelors als Regelabschluss und einem annähernden Konstanthalten der Studienanfängerplätze (Bachelor) selbst fest (vgl. postalische Auskunft, vgl. Wanka 2004, vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 27). Sie kann daher zwischen unterschiedlichen Studiengängen einer Hochschule, aber auch zwischen gleichen Studiengängen verschiedener Hochschulen variieren (vgl. postalische Auskunft). So ist in den Naturwissenschaften eine höhere Übergangsquote vorstellbar als in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Auch im gleichen Fach werden in Abhängigkeit vom Profil des Masterstudiengangs unterschiedliche Übergangsquoten für sinnvoll erachtet (vgl. Wanka 2005). Werden erst durch den Masterabschluss erforderliche Qualifikationen erworben (z.B. für den Zugang zum Vorbereitungsdienst für ein Lehramt oder für die Eintragung in die Architektenrolle), sollen die Hochschulen mehr Kapazitäten für die Masterstudiengänge einplanen (vgl. postalische Auskunft).

#### **4. 2. 5 Bremen**

##### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Gemäß § 33 Abs. 6 setzt der Zugang zu einem konsekutiven oder nichtkonsekutiven Masterstudiengang ein abgeschlossenes berufsqualifizierendes Hochschulstudium voraus. Weitere Zulassungsvoraussetzungen werden von den Hochschulen bestimmt (vgl. BHG 2007).

##### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Bezüglich Übergangsquoten oder Vorgaben zur Verteilung der Kapazitäten gibt es in Bremen zunächst keine expliziten Regelungen (vgl. Rehn 2006: 62, vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 31). Jedoch gelten die ‚Ländergemeinsamen Strukturvorgaben‘ der KMK, die für die Universität Bremen in einem Schreiben des Senators für Bildung und Wissenschaft noch spezifiziert wurden (vgl. E-Mail-Auskunft 4, vgl. Dörhage

2007). Die folgenden Angaben beziehen sich – soweit nicht anders gekennzeichnet – auf dieses Schreiben:

Der Bachelor wurde als Regelabschluss eines Hochschulstudiums festgelegt. Die Kapazität für Studienanfängerplätze in konsekutiven Masterstudiengängen zu Bachelorstudienanfängerplätzen soll dem gemäß ein Verhältnis von ‚eins zu zwei‘ (50 %) erreichen. Durch die Annahme, dass 70 % der Bachelorstudierenden ihr Studium erfolgreich abschließen, steht somit rechnerisch für ungefähr 70 % der Absolventen ein Masterstudienplatz zur Verfügung. Nach Ablauf einer Einführungsphase ist die Einhaltung dieser Annahmen zu überprüfen.

Eine Reduzierung der Anfängerkapazitäten (gegenüber den Absolventen der traditionellen Diplom- oder Magisterstudiengänge) liegt nicht im Interesse des Landes (vgl. Wissenschaftsplan 2007: 17). Bei der Kapazitätsbemessung muss daher angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Nachfrage nach Studienplätzen gewährleistet sein, dass alle vorhandenen personellen Ressourcen ausgeschöpft werden und der quantitative Schwerpunkt der Ausbildung in den grundständigen Bachelorstudiengängen liegt. Unter Berücksichtigung der spezifischen Aufgabenstellung der Universität muss dann abgewogen werden, wie viel Ausbildungskapazität der bisherigen grundständigen Studiengänge in den Masterprogrammen eingesetzt wird. Angestrebt werden zudem hochschulübergreifende Masterangebote (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 31).

## **4. 2. 6 Hamburg**

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

In § 5 Abs.1 und 2 sowie § 6 HZG werden die möglichen Regelungen für Auswahlverfahren festgeschrieben. Gemäß § 9 HZG gelten diese Paragraphen auch für die Vergabe von Studienplätzen in Masterstudiengänge. Das Ergebnis des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses ist in die Entscheidung einzubeziehen (vgl. HZG).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Wie die Behörde für Wissenschaft und Forschung mitteilte, erfolgt die Verteilung der Kapazitäten auf Bachelor- und Masterstudiengänge im Rahmen der Hochschul-

autonomie auf der Ebene der Hochschulen (vgl. E-Mail-Auskunft 5). Andererseits gibt es Dokumente, die den Einfluss der Behörde verdeutlichen: Im Rahmen eines Gutachtens zur Strukturreform der Hamburger Hochschulen wurden hochschularten- und fächerspezifische Übergangsquoten definiert (vgl. Kommissionsempfehlungen 2003: 116). Der Bedarf an Bachelor- und Masterabsolventen wurde hierfür aus den prognostizierten Arbeitsmarktentwicklungen abgeleitet (vgl. Moog/von der Schowe 2006: 88). Im Durchschnitt geht die Kommission davon aus, dass bei Nachweis entsprechender Qualifikationen etwa die Hälfte der Bachelorabsolventen ein Masterstudium aufnehmen wird – mit deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Fächern (vgl. Kommissionsempfehlungen 2003: 20):

„Die vorgeschlagenen Master-Anteile unter den Bachelorabsolventen variieren je nach Aufgabenfeld und Hochschultyp zwischen 20 und 90 %. So sind insbesondere in den Aufgabenfeldern Medizin und Ingenieurwissenschaften (ohne Informatik), aber auch in den Rechtswissenschaften sowie in den Erziehungswissenschaften hohe Master-Anteile zwischen 75 und 90 % anzunehmen, während – abhängig vom späteren Berufsbild – Master-Anteile beispielsweise bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 30 bzw. 40 % wesentlich niedriger ausfallen werden“ (Kommissionsempfehlungen 2003: 116).

Die Aufnahme eines Masterstudiums dürfe nach Ansicht der Kommission nicht automatisch nach dem Bachelorabschluss erfolgen, weil dadurch die Studienzeit generell verlängert werde (vgl. Kommissionsempfehlungen 2003: 21).

Inzwischen leiten Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Hamburger Hochschulen und dem Wissenschaftssenator aus dem Gutachten Zielzahlen für die Aufnahmekapazitäten im Bachelor- und Masterbereich und somit auch Übergangsquoten ab. Da der Bachelor als Regelabschluss gesehen wird, sollte die durchschnittliche rechnerische Übergangsquote bei einer hochschulweiten Berechnung unter 50 % liegen (vgl. Moog/von der Schowe 2006: 88, vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 38).

Zusätzliche Aufnahmekapazitäten für Masterangebote werden durch eine leichte Erhöhung der Lehrdeputate sowie durch die Kombination verbleibender Kapazitäten aus den einzelnen Studiengängen in stark interdisziplinär angelegte Masterstudiengänge angestrebt (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 38).

## 4. 2. 7 Hessen

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Im Hessischen Hochschulgesetz sind keine Hinweise auf die Zulassungsregelungen zu den Masterstudiengängen zu finden (vgl. HSG).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Die Relation der Kapazitäten für Bachelor- und Masterstudiengänge wird in Hessen ministeriell nicht vorgegeben (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 41). Dennoch ergibt sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Vorgaben eine Übergangsquote, welche die Autonomie der Universitäten bei der Einrichtung von Masterstudiengängen einschränkt und nicht allen Bachelorabsolventen ein Masterstudium ermöglicht (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 41 f):

Einerseits richten sich die Vorgaben nach den ‚Ländergemeinsamen Strukturvorgaben‘ der KMK (vgl. E-Mail-Auskunft 6). Andererseits wurden – ausgehend von den bestehenden Kapazitäten – Regelungen für die Berechnung der Kapazitäten in den Bachelor- und Masterstudiengängen getroffen (vgl. Rehn 2006: 62). Zudem schreiben alle Zielvereinbarungen zwischen dem Ministerium und den Universitäten fest, dass die Anzahl der Studienanfänger (im Bachelor) durch die Umstellung auf die gestuften Studiengänge nicht reduziert wird, soweit nicht in n.c.- Fächern auf Grund einer abnehmenden Studienanfängerquote niedrigere Zulassungszahlen festgelegt werden müssen.<sup>30</sup> Ergänzend dazu sollen die grundständigen Regelstudienzeiten verkürzt werden. Studiengänge, die auf einen Master als Regelabschluss zielen – wie beispielsweise die Lehramtsstudiengänge – sind von dieser Regelung ausgenommen. Ein vergleichsweise hoher Übergang soll hier durch zusätzliche staatliche Mittel ermöglicht werden (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 42).

---

<sup>30</sup> Alle Zielvereinbarungen sind abzurufen unter der folgenden URL:  
[http://www.hmwk.hessen.de/irj/HMWK\\_Internet?cid=cfc17f51b4f7b9fa0d746c2c7944909](http://www.hmwk.hessen.de/irj/HMWK_Internet?cid=cfc17f51b4f7b9fa0d746c2c7944909).

#### **4. 2. 8 Mecklenburg-Vorpommern**

##### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Laut § 11 Abs. 3 LHG wirken Hochschule und Staat bei der Regelung des Hochschulzugangs zusammen. Für die postgradualen Studiengänge ist in § 30 Abs. 2 LHG folgendes festgeschrieben:

„Die Zugangsvoraussetzungen für postgraduale Studiengänge werden von der Hochschule durch Satzung geregelt. Dabei kann bestimmt werden, welche Vorbildungsnachweise, Studienzeiten, Zeiten berufspraktischer Tätigkeit und Prüfungsergebnisse vorliegen müssen“.

Die speziellen Zulassungsvoraussetzungen für einen Masterstudiengang sind nach § 38 Abs. 10 in den jeweiligen Prüfungsordnungen zu regeln.

##### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Das Land schreibt explizit keine Übergangsquote zwischen Bachelor- und Masterstudium vor. Betont wird jedoch die Bedeutung des Bachelors als Regelabschluss. Daher soll die Einrichtung von Masterstudiengängen nicht flächendeckend erfolgen, sondern strukturelle Kriterien (z.B. in der bis 2010 umzustellenden Lehrerbildung oder in der Medizin), die Bedarfsentwicklung am Arbeitsmarkt und die hochschulischen Profilbildung berücksichtigen (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 47).

#### **4. 2. 9 Niedersachsen**

##### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Die Zulassungsberechtigung zu Masterstudiengängen setzt gemäß § 18 Abs. 7 NHG einen Bachelorabschluss oder gleichwertigen Abschluss sowie eine besondere Eignung voraus. Vertieft der Masterstudiengang das vorherige Studium fachlich in derselben Richtung, wird die besondere Eignung insbesondere auf der Grundlage des Ergebnisses der Bachelorprüfung festgestellt. Die genauen Bestimmungen sollen die Hochschulen in einer Ordnung festlegen (vgl. NHG).

Demzufolge wurden im Jahr 2006 folgende drei Musterordnungen für den Zugang und die Zulassung zu den konsekutiven Masterstudiengängen erstellt, die den Hoch-

schulen als Leitfaden und Orientierungshilfe bei der Erstellung dieser Ordnungen dienen sollen:

- „Musterordnung 1: der Zugang und die Zulassung richten sich nur nach der Bachelor-Note,
- Musterordnung 2: der Zugang richtet sich nur nach der Bachelor-Note, während sich die Zulassung zum Teil nur nach der Note und zum Teil nach kombinierten Kriterien richtet,
- Musterordnung 3: der Zugang und die Zulassung richten sich nach kombinierten Kriterien“.

Darüber hinaus bestehen vielfältige Abwandlungs- und Entscheidungsspielräume für die Hochschulen (vgl. Musterordnungen).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Im Rahmen von Zielvereinbarungen wurden hochschulspezifische Regelungen getroffen (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 51). In den ‚Eckwerten für die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen‘ vom 18.5.2004 werden auf Grundlage der ‚Ländergemeinsamen Strukturvorgaben‘ der KMK für diese Zielvereinbarungen folgende Hinweise gegeben:

„Der Bachelor ist der Regelabschluss eines Hochschulstudiums und soll somit für die Mehrzahl der Absolventen einen (ersten) Berufszugang eröffnen. Die Kapazität für konsekutive Master-Studiengänge soll dem gemäß grundsätzlich auf höchstens 50 v.H. der Bachelor-Absolventenzahl bemessen werden. Nur in begründeten Fällen (Förderung des wissenschaftlichen oder künstlerischen Nachwuchses, Arbeitsteilung zwischen Hochschulen) kommen höhere Übergangsquoten in Betracht“ (Bologna-Erlass I).

Dabei wird betont, dass die 50 %-Quote lediglich eine Planungsgröße sei, die über alle Hochschularten und Studiengänge hinweg angestrebt wird, also nicht für ein einzelnes Fach oder einen einzelnen Studiengang gelte. Daher könne sie nicht als starre Übergangsquote von den Bachelor- in den Masterbereich angesehen werden (vgl. Bologna-Erlass II, vgl. Moog/von der Schowe 2006: 88, vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 51).

Da der Bachelor als Regelabschluss gesehen wird, soll die Ausbildung in den grundständigen Studiengängen als quantitativer Schwerpunkt festgelegt werden

(vgl. Bologna-Erlass II). Voraussetzung ist hierbei, dass die Anzahl der Bachelorabsolventen gegenüber den herkömmlichen Diplom- oder Magister-Studiengängen nicht vermindert wird (vgl. Bologna-Erlass I). Bei der Einrichtung von konsekutiven Masterstudiengängen ist daher unter Beachtung der Grundrechte nach Art. 12 GG und der spezifischen Aufgabenstellung der Hochschule sorgfältig abzuwägen, wie viel Ausbildungskapazität der bisherigen grundständigen Studiengänge in Masterprogrammen eingesetzt wird.<sup>31</sup> Ausreichend Kapazitäten für die Bachelorstudiengänge können aus Sicht des Ministeriums zudem dadurch geschaffen werden, „dass sich die in Betracht kommenden Hochschulen untereinander darüber abstimmen, in geeigneten Fällen hochschulübergreifende Masterangebote einzurichten, um einer Kleinteiligkeit dieser Programme entgegenzuwirken“ (Bologna Erlass III).

#### **4. 2. 10 Nordrhein-Westfalen**

##### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Gemäß Art. 1, § 49, Abs. 7 HFG ist für die Zulassung zu einem Studiengang, der mit einem Mastergrad abgeschlossen wird, ein erster berufsqualifizierender Abschluss, auf dem der Masterstudiengang aufbaut, nachzuweisen (vgl. HFG).

##### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Die Landesregierung NRW machte im Jahr 2005 auf sich aufmerksam, als sie in einem Erlass zum ersten Mal konkrete Zahlen für die Verteilung der Lehrkapazitäten für Bachelor- und Masterstudiengänge nannte (vgl. Brandt 2005: 11). Darin wurden die Universitäten aufgefordert, 80 % ihrer Kapazitäten für die Bachelor- und 20 % für die Masterstudiengänge einzuplanen. Diese Regelung bedeutet, dass von den Bachelorabsolventen nur etwa 50 % ein Masterstudium aufnehmen können (vgl. Hanft/Pechar 2005: 58, vgl. Kaube 2005: 33, vgl. Brandt 2005: 11). Das

<sup>31</sup> „Bei der Reakkreditierung der Masterangebote soll unter Anlegung strenger Maßstäbe geprüft werden, ob sich das bereits akkreditierte Master-Angebot unter dem Gesichtspunkt der studentischen Nachfrage und einer optimalen Nutzung der verfügbaren Kapazitäten als sachgerecht und effizient erweist. Bei der Neukonzeption von Masterangeboten soll die Hochschule grundsätzlich prüfen, inwieweit diese als drittfinanzierte Weiterbildungsstudiengänge außerhalb der Kapazitätsbilanz angeboten werden können. Damit wird zugleich dem Ziel Rechnung getragen, im Zuge einer weiteren Hochschulentwicklung der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung einen höheren Stellenwert beizumessen“ (Bologna-Erlass III).

Wissenschaftsministerium verteidigte die Pläne damit, dass die Hochschulen „durch das Grundgesetz und ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet seien, ausreichende Ressourcen für die Erstausbildung zu reservieren“ (Himmelrath 2005). Diese „flexible Regelung“ lege ausdrücklich keine Quote fest, sondern sei nur ein Orientierungsrahmen für die Hochschulen (vgl. Himmelrath 2005). Inzwischen wurde dieser Erlass aufgehoben. Seitdem werden keinerlei Übergangsquoten für den Zugang zum Masterstudium mehr festgelegt, sie ergeben sich jedoch rechnerisch aus verschiedenen Vereinbarungen und Vorgaben:

Im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarungen für den Zeitraum von 2007 bis 2010 wurden mit den Hochschulen Vereinbarungen über die Aufnahmekapazitäten getroffen, nach denen die bisherigen Studienanfängerzahlen beibehalten werden sollen (vgl. E-Mail-Auskunft 8). Zudem wird – bei konstanter Finanzierung – eine Verbesserung der Betreuungsrelationen im Bachelorstudium angestrebt. Um dennoch einem angemessenen Anteil der Bachelorabsolventen ein Masterstudium zu ermöglichen, wurde eine durchschnittliche Übergangsquote von 50 % an allen Universitäten festgelegt, jedoch nicht explizit festgeschrieben (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 55). Es liegt in der Autonomie der Hochschulen, ihr Studienangebot derart auszugestalten, dass diese Maßgabe erfüllt wird (vgl. E-Mail-Auskunft 8). Daher können fachspezifische Übergangsquoten erheblich abweichen. Zudem ist es den Hochschulen freigestellt, in einigen Fächern gar keine Masterstudiengänge anzubieten (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 56).

#### **4. 2. 11 Rheinland-Pfalz**

##### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

In § 19 Abs. 4 des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes (HochSchG) ist geregelt, dass die Zulassung für einen Masterstudiengang einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss und weitere besondere Kriterien voraussetzt. Über die genaue Ausgestaltung dieser Zulassungsvoraussetzungen entscheiden die Hochschulen (vgl. HochSchG, vgl. E-Mail-Auskunft 9).



### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

In Rheinland-Pfalz wurden keine speziellen länderspezifischen Vorgaben erlassen.<sup>32</sup> Grundlage für die Einführung der neuen Studiengänge bilden die ‚Ländergemeinsamen Strukturvorgaben‘ der KMK und das rheinland-pfälzische Hochschulgesetz.

Es wurde bewusst darauf verzichtet, Vorgaben für Übergangsquoten vom Bachelor ins Masterstudium zu erlassen, um den Gestaltungsspielraum der Hochschulen nicht einzuengen. Im Hinblick auf die allgemein anerkannte hochschulpolitische Zielsetzung, die Studienanfängerquote zu erhöhen, wurde jedoch mit den Hochschulen vereinbart, dass durch die Einführung der neuen Studiengänge die bisherige Aufnahmekapazität für Studienanfänger nicht verringert werden darf (vgl. E-Mail-Auskunft 9).

## **4. 2. 12 Saarland**

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Gemäß § 69 Abs. 5 des Universitätsgesetzes (UG) hat derjenige die Zulassungsberechtigung zu weiterführenden Studiengängen und Masterstudiengängen, der hierzu besonders geeignet ist. Das bedeutet, dass die Zulassung zu konsekutiven Masterstudiengängen nicht nur den Bachelorabschluss oder einen äquivalenten Abschluss voraussetzt, sondern von einer Eignungsprüfung, einem qualifizierten Notendurchschnitt oder anderen geeigneten Verfahren abhängig zu machen ist (vgl. UG).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Für die Universität des Saarlandes bestehen bezüglich der Übergänge von Bachelor in Masterstudiengänge keine Vorgaben im engeren Sinne (vgl. E-Mail-Auskunft 10, vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 67).<sup>33</sup> Das hängt zum einen damit zusammen, dass sich der Sachverhalt je nach Fachrichtung unterschiedlich darstellt. Zum anderen vertritt das Land die Auffassung, dass nur entsprechend qualifizierten

---

<sup>32</sup> Interessant ist die Aussage des Wissenschaftsministeriums, worin betont wird, dass dies „im Gegensatz zu anderen Ländern“ so sei (vgl. E-Mail-Auskunft 9).

<sup>33</sup> Im Bundesland Saarland gibt es nur eine Universität. Eine genauere Darstellung ihrer Situation erfolgt in Kapitel 5.

Bachelorabsolventen der Zugang zum Masterstudium ermöglicht werden sollte (vgl. E-Mail-Auskunft 10). Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft erwartet, dass zwischen 30 und 40 % der Bachelorabsolventen ein Studienplatz in Masterprogrammen der Universität des Saarlandes angeboten werden kann (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 67 f.).

Im Vordergrund der saarländischen Bemühungen steht die Verbesserung der Qualität des Studienangebots. Die Quantität findet insbesondere in zweierlei Hinsicht Berücksichtigung: Zum einen sollen die bestehenden freien Kapazitäten ausgelastet werden, zum anderen wird vorgeschrieben, die bisherige Gesamtzahl der Studierenden durch die Einführung der gestuften Studienstruktur nicht zu reduzieren.

## **4. 2. 13 Sachsen**

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Im Sächsischen Hochschulgesetz sind keine Hinweise auf die Zulassungsregelungen zu den Masterstudiengängen zu finden (vgl. SächsHG).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Die Einführung von Bachelorstudiengängen zielt in erster Linie auf eine Erhöhung der Absolventenzahlen und -quoten (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 71). Da das Ministerium nicht von einer massiven Nachfrage in den Masterstudiengängen ausgeht, wird mit einer Relation der Kapazitäten von Master- zu Bachelorangeboten zwischen 50 und 80 % gerechnet, die jedoch nicht als ministerielle Vorgabe zu verstehen ist (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 71).

Um trotz der gering Kapazitäten ein ausreichendes Masterangebot bereitzustellen, wird die vermehrte Einführung von interdisziplinären Masterstudiengänge und Selbststudienphasen empfohlen (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 71). Der Bedarf des Arbeitsmarktes sowie allgemeine wirtschafts- und forschungspolitische Ziele sollen insbesondere durch Masterstudienangebote in Technik- und Naturwissenschaften berücksichtigt werden (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 73).

## **4. 2. 14 Sachsen-Anhalt**

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Das Hochschulgesetz des Landes setzt in § 27 Abs. 7 fest, dass die Voraussetzung für die Zulassung in einem Masterstudiengang an einer Hochschule der Nachweis eines Bachelorabschlusses, eines Hochschuldiploms, eines Magisterabschlusses oder eines mit einer staatlichen Prüfung abgeschlossenen Studienganges ist. Darüber hinausgehende Zulassungskriterien, die den besonderen Erfordernissen des Studienganges Rechnung tragen sollen, sind in den jeweiligen Studien- und Prüfungsordnungen zu regeln (vgl. HSG LSA).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

In Sachsen-Anhalt gibt es keine unmittelbaren Vorgaben für die Übergänge (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 75, vgl. Rehn 2006: 62 f). Eine Begrenzung der Übergangsquoten in die Masterstudiengänge ergibt sich jedoch aus dem Ziel, sowohl die Lehre als auch die Betreuungsrelationen in den Bachelorstudiengängen zu verbessern (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 75 f).

Zusätzliche Kapazitäten für Masterstudiengänge schafft das Ministerium durch eine veränderte Allokation der Gelder. Durch die Verlagerung grundständiger Studiengänge an andere Hochschulen sollen in Einzelfällen die Kapazitäten des Diplom- bzw. Bachelorstudiengangs für die Einrichtung von Masterangeboten genutzt werden können (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 76).

## **4. 2. 15 Schleswig-Holstein**

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Gemäß § 49 Abs. 5 HSchG SH sind für die Zulassung zu einem Masterstudiengang in der Regel besondere Voraussetzungen in der Prüfungsordnung festzulegen. Der § 58 Abs. 2 gibt weiter vor, dass Voraussetzung für die Zulassung zu weiterbildenden Masterstudiengängen nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 grundsätzlich ein Hochschulabschluss sowie berufspraktische Erfahrungen von einem Jahr sind. Die Hochschule regelt in der Prüfungsordnung, unter welchen Voraussetzungen Personen, die dem

Bachelorabschluss vergleichbare Kompetenzen in der beruflichen Praxis erworben haben, zu dem weiterbildenden Masterstudiengang zugelassen werden können (vgl. HSchG SH).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

In Schleswig-Holstein gibt es keine expliziten Vorgaben für eine Quote (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 79, vgl. Rehn 2006: 63). Folgende Annahmen und Zielsetzungen führen aber dazu, dass die Kapazitäten überwiegend für die Bachelorstudiengänge eingesetzt werden müssen: Zum einen sollen die Eingangskapazitäten gehalten und die Betreuungsrelationen im Bachelor gegenüber dem bisherigen Diplom verbessert werden (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 79). Zum anderen wird angenommen, dass nicht 100 % der Bachelorabsolventen einen Masterstudienplatz erhalten (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 80).

## **4. 2. 16 Thüringen**

### **Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Gemäß § 44 Abs. 3 Thür HG richtet sich die Zulassung zu einem Masterstudiengang nach den allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen sowie weiteren in den Studien- oder Prüfungsordnungen geregelten besonderen Zulassungsvoraussetzungen, insbesondere überdurchschnittlich guten Prüfungsergebnissen im ersten Hochschulstudium oder entsprechenden Berufserfahrungen. Ergänzend dazu schreibt § 60 Abs. 1 fest, dass zum Studium in postgradualen Studiengängen und in konsekutiven Masterstudiengängen ein erster Hochschulabschluss oder ein Abschluss einer staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademie berechtigt (vgl. Thür HG).

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Für die Verteilung der Kapazitäten in Bachelor- und Masterangeboten werden keine expliziten Vorgaben gemacht. Eine enge Auslegung der ‚KMK-Strukturvorgaben‘ zum Übergang in das konsekutive Masterstudium setzt jedoch überdurchschnittliche Studienleistungen im Bachelor sowie die Etablierung des Bachelors als Regelabschluss voraus (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 86). Zusätzliche Kapazitäten für den

Masterbereich sollen durch eine curriculare Verzahnung in Bachelor- und Masterstudiengängen erzeugt werden (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 85).

Als Anreiz zur Beschleunigung des Umstellungsprozesses werden in Thüringen die Universitäten bzw. Fakultäten honoriert, die viele Studierende in Bachelor- und Masterstudiengängen vorweisen (vgl. Witte/von Stuckrad 2007: 89). Dies steht im Widerspruch zur Anforderung, nur einen bestimmten Anteil der Bachelorabsolventen zum Masterstudium zuzulassen.

### 4.3 Zusammenfassung und Fazit der Regelungen auf Landesebene

Bundesland	verbindliche Quote	unverbindliche Quote	individuelle Quote	Verankerung
Baden-Württemberg	–	–	✓	Initiative Hochschule 2012; Solidarpakt II
Bayern	–	✓ (ca.50 %)	–	Allg. Vorgaben <sup>34</sup>
Berlin	✓ (54 % bzw. 70%) <sup>35</sup>	–	–	Leistungsberichte zur Erfüllung der Hochschulverträge
Brandenburg	–	–	✓	Allg. Vorgaben
Bremen	–	✓ (60 %)	–	Spezifizierte Ländergemeinsame Strukturvorgaben, Richtschnur Uni Bremen
Hamburg	–	✓ (unter 50 %)	–	Ziel- und Leistungsvereinbarung
Hessen	–	–	✓	Allg. Vorgaben
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	Allg. Vorgaben
Niedersachsen	–	✓ (ca.50 %)	–	Eckpunkte für die Einführung von BA- und MA-Studiengängen, Zielvereinbarungen
Nordrhein-Westfalen	–	✓ (ca.50 %)	–	Ziel- und Leistungsvereinbarungen
Rheinland-Pfalz	–	✓	✓	Allg. Vorgaben
Saarland	–	–	✓ (Annahme: 30-40 %)	Allg. Vorgaben
Sachsen	–	–	✓ (Annahme: 50-80 %)	Allg. Vorgaben
Sachsen-Anhalt	–	–	✓	Allg. Vorgaben
Schleswig-Holstein	–	–	✓ (Annahme: unter 100 %)	Allg. Vorgaben
Thüringen	–	–	–	Allg. Vorgaben

– nicht vorhanden      ✓ vorhanden

Darst. 1: Zusammenfassung der Regelungen auf Landesebene (eigene Darstellung)

<sup>34</sup> Dazu zählen die Vorgaben, die Studienanfängerzahlen konstant zu halten, den Bachelor als Regelabschluss zu etablieren und die Betreuungsrelationen im Bachelorstudium zu verbessern.

<sup>35</sup> Die 54 %-Quote bezieht sich auf das Verhältnis von Studienanfängern in den Bachelor- und Masterstudiengängen, die 70 %-Quote meint die Relation von Bachelorabsolventen und Masterstudienanfängern.

Zusammenfassend kann zunächst festgehalten werden, dass es in fast allen Ländern besondere Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge gibt, wodurch der Bachelor automatisch zum Regelabschluss wird. In den Hochschulgesetzen von Hessen und Sachsen sind keine Hinweise auf Zulassungsvoraussetzungen zu finden, die sich explizit auf die Masterstudiengänge beziehen. In Nordrhein-Westfalen wurde nur die Erfordernis eines ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses gesetzlich verankert. Kein Landesministerium schreibt für den Übergang zwischen den Bachelor- und Masterstudiengängen offizielle Quoten vor. Da bei begrenzten Kapazitäten jedoch Vorgaben für deren Verteilung auf Bachelor- und Masterstudiengänge gemacht werden, lassen sich in nahezu allen Bundesländern ‚versteckte‘ Quoten ableiten. Dabei üben die Wissenschaftsministerien entweder einen direkten oder indirekten Einfluss aus.

Anhand der Zusammenfassung in Darstellung 1 wird deutlich, dass sich diese Quoten in drei Kategorien einteilen lassen: Ein direkter Einfluss zeigt sich in Bundesländern, wo entweder verbindliche Vereinbarungen zwischen Ministerium und Universitäten getroffen wurden (‚verbindliche Quote‘) oder unverbindliche Vorgaben bzw. Empfehlungen (‚Planungsgrößen‘) gemacht werden (‚unverbindliche Quote‘). Ein indirekter Einfluss findet sich in Bundesländern, wo keine konkreten Zahlen genannt werden, allein die allgemeinen Vorgaben jedoch automatisch zu einer Quote führen (‚individuelle Quote‘). Während eine verbindliche Quote nur in Berlin der Fall ist, gibt es in fünf Bundesländern eine unverbindliche und in acht Bundesländern eine individuelle Quote. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind die Vorgaben sehr vage gehalten, so dass nicht von einer Quote gesprochen werden kann.<sup>36</sup>

Die Begründungen der Einschränkungen verdeutlichen die Tatsache und bestätigen damit die aus dem aktuellen Forschungsstand abgeleitete Hypothese (vgl. Kapitel 2. 2), dass die Quotierungen insbesondere von den finanziellen und personellen Kapazitäten abhängig sind. Durch Vorgaben, die Betreuungsrelationen im Bachelorstudium zu verbessern sowie die Zahl der Studienanfängerplätze im Bachelorstudium gegenüber den bisherigen Aufnahmekapazitäten nicht zu reduzieren, stehen in allen Bundesländern weniger Kapazitäten für die Masterphase zur Verfügung. Gemäß der

---

<sup>36</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Feststellung auch daraus resultieren kann, dass über diese beiden Bundesländer die wenigsten Informationen recherchiert werden konnten.

Einstufung des Bachelors als Regelabschluss werden damit Masterstudiengänge faktisch zu Ergänzungsangeboten, welche die Hochschulen mit den nicht durch die Bachelorausbildung gebundenen Kapazitäten bestreiten müssen (vgl. Moog 2006: 46). Einige Bundesländer verweisen zudem auf die Bedeutung des Arbeitsmarkts für die Entwicklung von Masterstudienplätzen (Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen).

Mit diesen direkten oder indirekten Vorgaben bzw. Vereinbarungen haben die Landesministerien nur eine quantitative Verteilung zwischen Bachelor- und Masterstudienplätzen festgelegt. Im Ergebnis führen diese aber zu den befürchteten Quotierungen des Übergangs in die Masterstudiengänge. Demzufolge sind die Universitäten nicht mehr frei, das Verhältnis von Bachelor- und Masterstudiengängen nach ihren Vorstellungen zu gewichten. Die ministeriellen Vorgaben lassen also von der vielbeschworenen Autonomie der Hochschulen nicht viel übrig und schränken die Zulassungsmöglichkeiten in die Masterstudiengänge deutlich ein.<sup>37</sup>

Dem durch die Studienreform entstandenen Druck auf die Kapazitäten und den Problemen ihrer Verteilung auf Bachelor- und Masterstudiengänge entgegenzuwirken, ist eine Herausforderung für die Landespolitik sowie für die Hochschulen selbst. Wie die Universitäten selbst die Übergänge regeln, zeigt der folgende Blick auf ausgewählte Universitäten.

---

<sup>37</sup> Die weiteren Folgen der Quotierungen werden in Kapitel 6 ausführlich thematisiert.



## 5. Umsetzung: Zulassungs- und Übergangsregelungen an ausgewählten Universitäten

Dieses Kapitel zeigt die Zulassungsregelungen und Vorgaben für die quantitativen Übergänge bzw. die realen Quoten an folgenden Universitäten:

- Freie Universität Berlin
- Universität Hohenheim
- Universität des Saarlandes
- Universität Hamburg
- Universität Potsdam

Anhand einer Übersichtstabelle werden zunächst die Universitäten vorgestellt. Anschließend erfolgt eine Darstellung der allgemeinen Vorgaben. Die konkreten Regelungen werden anhand der Fachbereiche (Wirtschafts-) Informatik und/oder Politikwissenschaft aufgezeigt. Auch die Studiengänge werden durch eine Tabelle portraitiert. Aufgrund der kleinen Stichprobe können die Ergebnisse der Untersuchung nicht als allgemeingültig betrachtet werden.

### 5.1 Freie Universität Berlin

Gründungsjahr	1948
Abschlüsse	Bachelor und Master, Staatsexamen, Diplom und Magister (auslaufend) (→ Umstellung abgeschlossen)
Studierende	34.000
Fakultäten	14 Fachbereiche (→ Volluniversität)
Bundesland	Berlin
Übergangsquote des Landes	50 bzw. 70 %

Darst. 2: Übersicht FU Berlin (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.fu-berlin.de](http://www.fu-berlin.de))

#### Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge

§ 3 der Zulassungsordnung setzt fest, dass die studiengangsspezifischen Zulassungsvoraussetzungen in den einzelnen Zulassungs- und Studienordnungen geregelt werden (vgl. Zulassungsordnung FU).

### Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge

Wie in Kapitel 4. 2 dargestellt, wurden in Berlin Vereinbarungen bezüglich der Aufnahmekapazitäten, Betreuungsverhältnisse und Übergangsquoten getroffen. Für die FU Berlin wurde eine allgemeine Übergangsquote von 50 %, sowohl in den Geistes- als auch in den Naturwissenschaften vereinbart (vgl. Kapitel 4. 2, vgl. Leistungsbericht 2005: 18, vgl. Leistungsbericht 2006: 18). Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die hier verwendete Quote auf das Verhältnis von Studienanfängern in den Bachelor- und Masterstudiengängen bezieht. Die Annahme, dass nur 70 % aller Bachelorstudierenden einen Abschluss machen werden, führt rechnerisch zu einer Übergangsquote von 70 % (vgl. Kapitel 4. 2, vgl. Leistungsbericht 2005: 18, vgl. Leistungsbericht 2006: 18).

### Ausgewählte Studiengänge

Informatik	
Abschluss	Master of Science (M.Sc.)
Studienbeginn	WS und SoSe
Studienplätze	20 (WS 2006/07)
Zulassungsbeschränkung	ja
Auswahlverfahren	ggfs. Auswahlgespräche
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 3: Master Informatik (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.fu-berlin.de](http://www.fu-berlin.de))

### Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang

Die bisherige Ordnung sah eine ‚überdurchschnittliche Leistung‘ als Zulassungsvoraussetzung für den Masterstudiengang vor. Diese Einschränkung gilt aufgrund des neuen Berliner Hochschulzulassungsgesetzes nicht mehr.

Seit dem Sommersemester 2007 wird jeder zum Masterstudiengang Informatik zugelassen, der den Bachelorabschluss Informatik an der FU Berlin oder einen vergleichbaren Abschluss vorweisen kann (vgl. Studienordnung Inf § 2 Abs. 2, vgl. Satzung Inf § 4 Abs 1). Die Gesamtnote des Abschlusses soll ‚gut‘ oder besser sein. Die Zulassung zum Studium kann im Falle einer schlechteren Gesamtnote auch er-

folgen, wenn die besondere Befähigung durch andere fachbezogene Leistungen nachgewiesen wird (vgl. Studienordnung Inf § 2 Abs. 2). Übersteigt die Zahl der Bewerber die Anzahl der verfügbaren Studienplätze, so werden die meisten Plätze über die Bachelornote, die restlichen über Auswahlgespräche und die Länge der Wartezeit vergeben.

Die Zahl der für den Masterstudiengang Informatik zur Verfügung stehenden Studienplätze wird in der Zulassungsordnung der Freien Universität Berlin für jeden Zulassungstermin neu bestimmt (vgl. Satzung Inf § 2 Abs. 1).

### **Quantitativer Übergang vom Bachelor- in den Masterstudiengang**

Für die Zulassung zum Wintersemester 2006/07 gab es gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung für den Studiengang Informatik 20, im Bachelorstudium 70 Studienplätze (vgl. Zulassungsordnung FU). Angenommen, es gibt auch 70 Bachelorabsolventen, die ein Masterstudium aufnehmen wollen, bedeutet dies eine reale Übergangsquote von fast 30 %. Geht man davon aus, dass nicht alle Bachelorstudienanfänger auch absolvieren, sondern nur 70 %, dann gäbe es 49 Bachelorabsolventen. Wenn davon 20 einen Master aufnehmen können, läge die Quote unter der vereinbarten Quote von 50 %.

Politikwissenschaften	
Abschluss	Master of Arts (M.A.) (Diplom auslaufend))
Studienbeginn	nur WS
Studienplätze	k.A.
Zulassungsbeschränkung	ja
Auswahlverfahren	k.A.
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 4: Master Politik (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.fu-berlin.de](http://www.fu-berlin.de))

### **Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang**

Der Masterstudiengang Politikwissenschaft ist konsekutiv und setzt einen Abschluss im Bachelorstudiengang Politikwissenschaft oder einen gleichwertigen anderen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss voraus. Weitere Informationen zur Zulassung und den Auswahlverfahren stehen noch nicht zur Verfügung. Da der Studiengang erst zum Wintersemester 2007/08 eingeführt wurde, kann bezüglich der quantitativen Relationen noch keine Information gegeben werden.

## **5.2 Universität Hohenheim**

Gründungsjahr	1818
Abschlüsse	Bachelor, Master, Staatsexamen und Diplom (→ Umstellung noch nicht abgeschlossen)
Studierende	6.315
Fakultäten	3 (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Agrarwissenschaften, Naturwissenschaften) → keine Volluniversität
Bundesland	Baden-Württemberg
Übergangsquote des Landes	individuelle Quote

Darst. 5: Übersicht Uni Hohenheim (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-hohenheim.de](http://www.uni-hohenheim.de))

### **Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge**

Für alle an der Universität Hohenheim angebotenen zulassungsbeschränkten Masterstudiengänge führt die Universität Hohenheim ein Auswahlverfahren durch. Die genauen Zulassungsvoraussetzungen finden sich in den jeweiligen Zulassungsordnungen.

### **Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge**

Die Universität Hohenheim hat in ihrem Struktur- und Entwicklungsplan (STEP) selbst Übergangsquoten von 60-80 % von den Bachelor- in die Masterstudiengänge festgelegt (vgl. E-Mail-Auskunft A). Genauere Informationen sind (noch) nicht zugänglich, da bis zum heutigen Tag noch keine Genehmigung des STEP durch das Wissenschaftsministerium erfolgt ist. Daher steht er nur Mitgliedern und

Angehörigen der Universität Hohenheim und einem vorab festgelegten Personenkreis zur Verfügung (vgl. E-Mail-Auskunft B).

### Ausgewählter Studiengang

Wirtschaftsinformatik	
Abschluss	Master of Science (M.Sc.)
Studienbeginn	nur WS
Studienplätze	20 (WS 2006/07)
Zulassungsbeschränkung	ja
Auswahlverfahren	hochschuleigenes Auswahlverfahren
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 6: Master Wirtschaftsinformatik (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-hohenheim.de](http://www.uni-hohenheim.de))

### Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang

Voraussetzung für die Zulassung ist ein Bachelorabschluss in Wirtschaftsinformatik bzw. der Abschluss eines mindestens dreijährigen Hochschulstudiums im Bereich Wirtschaftsinformatik, der an einer deutschen Hochschule erworben wurde. Der vorliegende Abschluss muss überdurchschnittlich (2,5 oder besser) sein (vgl. Zulassungsordnung Winf).

Übersteigt die Zahl der qualifizierten Bewerber die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze, so wird gemäß § 5 der Zulassungsordnung eine Auswahl nach den folgenden Kriterien getroffen und eine Rangliste erstellt:

- Art, Ausrichtung und Gesamtnote der Abschlussprüfung,
- besondere fachliche Eignung,
- Berufsausbildung, praktische Tätigkeit oder sonstige Leistungen (vgl. Zulassungsordnung Winf).

### Quantitativer Übergang vom Bachelor- in den Masterstudiengang

§ 1 Abs. 1 der Zulassungsordnung setzt fest, dass im Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik insgesamt 20 Studienplätze pro Jahr zur Verfügung stehen, im Bachelorstudiengang 60 (vgl. Zulassungsordnung Winf). Angenommen, die Studienplätze im

Bachelor würden voll ausgeschöpft, alle Studierenden absolvierten, wollten einen Master aufnehmen und erfüllten die dafür erforderlichen Voraussetzungen, dann könnte nur ein Drittel der Bachelorabsolventen zum Masterstudium zugelassen werden.

Geht man jedoch davon aus, dass nicht alle 60 Bachelorstudienanfänger auch einen Abschluss erlangen, sondern nur 70 %, dann gäbe es 42 Bachelorabsolventen. Bei der festgelegten Zahl von 20 Studienplätzen im Master ergibt sich dadurch eine Quote von ca. 50 %, die unter der hochschulintern festgelegten Quote liegt. Zum Wintersemester 2006/2007 gab es für die 20 zur Verfügung stehenden Plätze genau 42 Bewerbungen (vgl. Bewerbungsstatistik). Die Universität wies jedoch darauf hin, dass bislang jeder qualifizierte Bewerber für den Masterstudiengang zugelassen werden konnte. Daher stellen sich auch Fragen über mögliche Anpassungen derzeit nicht (vgl. E-Mail-Auskunft C).

Von Seiten der Universität wurde zudem die Tatsache betont, dass die Zahl von 60 Studienplätzen nicht mit 60 Absolventen pro Jahr gleichzusetzen sei. Zum einen sei der Bachelorstudiengang derzeit nicht voll ausgelastet, zum anderen gäbe es mehr Abgänge als Zugänge. Dadurch liegen auch die Absolventenzahlen deutlich unter den zur Verfügung stehenden 60 Studienanfängerplätzen (vgl. E-Mail-Auskunft C). Die geringen Studierendenzahlen im Bachelorstudium können auch durch einen Blick auf die Studierendenstatistik betätigt werden: Im Wintersemester 2006/2007 gab es vier Studierende im 6. Semester, 12 im 7. und zwei im 8. Semester (vgl. Studierendenstatistik).

Zudem erfüllt nur ein Teil der Absolventen die Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang, einige starten direkt in den Beruf, andere machen den Master an einer anderen Universität. Auf der anderen Seite kommen allerdings auch Bewerber von außerhalb dazu. Das Ganze sei in einem jungen Studiengang ein dynamischer Prozess. Die entsprechenden Studienplatzzahlen wurden bei der Einführung des Studiengangs festgelegt, die damit beauftragten Personen haben in der Zwischenzeit die Universität verlassen (vgl. E-Mail-Auskunft C). Weiter wurde auf das Landeshochschulgesetz verwiesen, das den Bachelorabschluss als Regelabschluss vorsieht und die Festlegung der Übergangsquoten dem Ermessen der jeweiligen Hochschulen überlässt (vgl. Kapitel 4. 2).

### 5.3 Universität des Saarlandes

Gründungsjahr	1947
Abschlüsse	Bachelor, Master, Staatsexamen, Diplom und Magister (→ Umstellung noch nicht abgeschlossen)
Studierende	1.295 in BA oder MA (WS 2006/07)
Fakultäten	8 Fakultäten → Volluniversität
Bundesland	Saarland
Übergangsquote des Landes	Individuelle Quote

Darst. 7: Übersicht Uni des Saarlandes (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-saarland.de](http://www.uni-saarland.de))

#### Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge

Die Zulassung zu einem konsekutiven Masterstudiengang setzt den Bachelorabschluss oder einen äquivalenten Abschluss voraus und ist insbesondere von einer Eignungsprüfung, einem qualifizierten Notendurchschnitt oder anderen geeigneten Verfahren abhängig zu machen. Näheres ist durch die studiengangsspezifische Prüfungsordnung zu regeln (vgl. BMRPO).

#### Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge

Für die quantitativen Relationen macht das Ministerium der Universität keine expliziten Vorgaben (vgl. telefonische Auskunft, vgl. Kapitel 4.2). Das Universitätsgesetz (UG) regelt in § 7 Abs. 2, dass die angestrebte Zahl der Studienplätze und der Absolventen der einzelnen Studiengänge in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen festgelegt werden (vgl. UG). Im Rahmen dieser Ziel- und Leistungsvereinbarung strebt die Universität des Saarlandes an, die durchschnittliche Studiendauer der Vollzeitstudierenden zu senken (vgl. E-Mail-Auskunft 10, vgl. Ziel- und Leistungsvereinbarungen II: 3 f).

Die Universität selbst hat keine flächendeckende Quote (vgl. telefonische Auskunft). Das liegt v.a. daran, dass noch nicht alle Studiengänge auf die neue Bachelor- und Masterstruktur umgestellt bzw. einige erst neu eingeführt worden sind. Daher lässt sich eine Tendenz der quantitativen Übergänge noch nicht ablesen. Deutlich wird dies beispielsweise in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in denen

im Prüfungsjahr 2006 erst drei Studierende einen Bachelorabschluss und kein Studierender einen Masterabschluss erworben haben.

Aktuell werden die Masterstudienplatzzahlen in Absprache mit den Fächern – je nach vorhandenen Kapazitäten – berechnet. Verwiesen wird zudem auf die Problematik bei den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Die geringe Zahl der Masterstudierenden liege hier nicht an fehlenden Kapazitäten, sondern an mangelndem Interesse der Studierenden, was auch schon in den Bachelorstudiengängen zu beobachten ist (vgl. telefonische Auskunft).

### Ausgewählter Studiengang

Wirtschaftsinformatik	
Abschluss	Master of Information Systems (M.A.)
Studienbeginn	WS und SoSe
Studienplätze	k.A.
Zulassungsbeschränkung	ja (n.c.)
Auswahlverfahren	hochschuleigenes Auswahlverfahren
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 8: Master Wirtschaftsinformatik (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-saarland.de](http://www.uni-saarland.de))

### Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang

Gemäß § 2 der Studienordnung setzt die Aufnahme des Masterstudiengangs den Nachweis eines qualifizierten Bachelorabschlusses (bzw. einer äquivalenten Qualifikation) voraus. Als qualifiziert gilt ein Bachelorabschluss in Wirtschaftsinformatik mit dem Notendurchschnitt von 3,0 oder besser (vgl. Studienordnung WInf.).

### Quantitativer Übergang vom Bachelor- in den Masterstudiengang

Der Studiengang unterliegt bereits im Bachelor in den ersten beiden Semestern einer Zulassungsbeschränkung (n.c.) von maximal 60 Studienplätzen pro Studienjahr (vgl. Gesamtdruck WInf.). Da jedoch derzeit diese Zahl nicht ausgeschöpft wird, können alle Bewerber, die die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen, ein Masterstudium aufnehmen.



#### 5.4 Universität Hamburg

Gründungsjahr	1919
Abschlüsse	Bachelor, Master, Staatsexamen und Diplom (→ Umstellung noch nicht abgeschlossen)
Studierende	38.893 (WS 2006/2007)
Fakultäten	6 Fakultäten → Volluniversität
Bundesland	Hamburg
Übergangsquote des Landes	unter 50 %

Darst. 9: Übersicht Uni Hamburg (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-hamburg.de](http://www.uni-hamburg.de))

#### Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge

Gemäß § 17 UniZS wird zu einem Masterstudiengang im Sinne der § 54 und 56 HmbHG nur zugelassen, wer das dafür erforderliche Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen hat. Näheres regeln die Fakultäten für ihre Masterstudiengänge in einer Satzung gemäß § 10 Abs. 1 HZG, für nichtkonsekutive Masterstudiengänge in der jeweiligen Prüfungsordnung. Dort können weitere Zulassungsvoraussetzungen vorgesehen werden.

Nach § 18 UniZS erfolgt die Auswahl der Bewerber für einen Masterstudiengang – für den Fall, dass mehr Bewerberinnen und Bewerber die Zulassungsvoraussetzungen nach § 17 erfüllen – nach festgelegten Kriterien, durch die der Grad der Eignung und Motivation für den gewählten Studiengang und den angestrebten Beruf bestimmt wird. Dabei ist das Ergebnis des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses in die Auswahlentscheidung einzubeziehen (vgl. UniZS).

#### Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge

Unter Beachtung der in den Kommissionsempfehlungen aufgeführten Studienanfänger- und Absolventenzielzahlen hat das Präsidium der Universität Hamburg gemäß § 79 Abs. 2 Satz 5 HmbHG einen Struktur- und Entwicklungsplan (STEP) für die Universität erstellt (vgl. Kommissionsempfehlungen 2003, vgl. HmbHG). Der STEP ist die Grundlage für die Entwicklung der Universität bis zum Jahr 2012, insbesondere des wissenschaftlichen Personals und der Bachelor- und Masterstudiengänge.

Wie in Kapitel 4. 2 beschrieben, ist die absolventenbezogene ‚Masterquote‘ Gegenstand der Verhandlungen zwischen Hochschulen und Wissenschaftsbehörde. In diesem Zusammenhang machte die Universität Hamburg im Sommer 2007 auf sich aufmerksam, als ihre Präsidentin eine Übergangsquote von 80 % forderte, der Senat hingegen an der Quote von lediglich 50 % festhielt (vgl. Hanauer 2007). Im ausgehandelten Kompromiss wurde die geforderte ‚Masterquote‘ von 80 % nicht in allen Fakultäten eingeführt, sondern 95 % in den traditionellen Staatsexamenstudiengängen, 80 % in den Naturwissenschaften und 60 % in den restlichen Studiengängen (vgl. Hönisch 2007).

Finanziert werden diese ausgehandelten Quoten einerseits durch zusätzliche Gelder des Landes, andererseits hat sich die Universität zu einer Optimierung bei der Lehrkapazität verpflichtet. 110 Stellen von Wissenschaftlern, die bisher nicht in den Kapazitätsplanungen berücksichtigt waren, müssen zusätzlich für die Lehre eingesetzt werden und die Lehrverpflichtung der Professoren soll angehoben werden. Ergänzend könnten auch die Studiengebühren positiv auf die Entwicklung der Übergangsquoten eingewirkt haben (vgl. Kain 2007).

### Ausgewählte Studiengänge

Informatik	
Abschluss	Master of Science (M.Sc.)
Studienbeginn	WS und SoSe
Studienplätze	31 (WS 2007/08)
Zulassungsbeschränkung	ja (n.c.)
Auswahlverfahren	nein
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 10: Master Informatik (eigene Darstellung, Datengrundlage: [www.uni-hamburg.de](http://www.uni-hamburg.de))

### Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang

Eine Zulassung zum Masterstudiengang Informatik an der Universität Hamburg setzt einen Bachelorabschluss im konsekutiven Bachelorstudiengang Informatik der Universität Hamburg oder in einem vergleichbaren Studiengang an einer anderen deutschen Universität voraus. In Verbindung mit dem Nachweis zusätzlicher beson-

derer informatikbezogener Leistungen (z.B. einschlägige Praktika, Berufserfahrungen oder Arbeitsergebnisse) ist auch ein weit überdurchschnittlicher Bachelorabschluss in einem anderen Fach möglich. Die Abschlussnote in dem zugangsberechtigenden Bachelorstudiengang sollte mindestens ‚gut‘ sein. In Ausnahmefällen gilt die Zulassungsvoraussetzung auch bei einer schlechteren Abschlussnote als erfüllt, wenn besondere fachbezogene Leistungen nachgewiesen werden (z.B. Berufserfahrungen oder einschlägige Qualifikationen, die über die Studienleistungen des konsekutiven Bachelorstudiengangs Informatik der Universität Hamburg hinaus gehen) (vgl. Satzung Zugang Inf).

### **Quantitativer Übergang vom Bachelor- in den Masterstudiengang**

Für den Bachelorstudiengang Informatik gab es gemäß der Kapazitätsberechnungen der Fakultät für das Wintersemester 2007/2008 insgesamt 89 Studienanfängerplätze. Für den Masterstudiengang Informatik standen insgesamt 31 Plätze zur Verfügung (vgl. Zulassungsverordnung).

Bei einer vollen Ausschöpfung der Studienplätze bedeutet dies eine reale Übergangsquote von 25 %. Geht man davon aus, dass nur 70 % das Bachelorstudium absolvieren, gäbe es 62 Bachelorabsolventen. Wenn davon 31 einen Master aufnehmen können, ergäbe sich eine Quote von 50 %. Diese rechnerische Quote liegt deutlich unter der für Naturwissenschaften vereinbarten Quote von 80 %.

Politikwissenschaft	
Abschluss	Master of Science (M.Sc.)
Studienbeginn	nur WS
Studienplätze	30 (WS 2007/07)
Zulassungsbeschränkungen	ja
Auswahlverfahren	ja
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 11: Master Politik (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-hamburg.de](http://www.uni-hamburg.de))

**Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang**

Die Aufnahme eines Masterstudiums setzt einen überdurchschnittlichen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss im Fach Politikwissenschaft oder in einem Studiengang mit entsprechendem politikwissenschaftlichem oder sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt voraus. Zusätzlich ist der Nachweis englischer Sprachkompetenz zu erbringen (vgl. Satzung Zugang PoWi). Der Bewerbung sind zudem eine schriftliche Begründung der Studien- und Berufszielwahl, zwei Gutachten von Hochschullehrern und gegebenenfalls Arbeitszeugnisse, sonstige Empfehlungsschreiben oder Nachweise beizulegen (vgl. Satzung Zugang PoWi). Diese bilden die Kriterien für ein Auswahlverfahren, wenn die Zahl der geeigneten Bewerber die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze übersteigt (vgl. Satzung Zugang PoWi).

**Quantitativer Übergang vom Bachelor- in den Masterstudiengang**

Für den Bachelorstudiengang Politikwissenschaft gab es gemäß der Kapazitätsberechnungen der Fakultät für das Wintersemester 2007/2008 insgesamt 85 Studienanfängerplätze, für den Masterstudiengang Politikwissenschaft insgesamt 30 (vgl. Zulassungsverordnung).

Werden alle Studienplätze belegt, ergibt sich daraus eine Übergangsquote von ungefähr 35 %. Wenn nicht alle Bachelorstudienanfänger absolvierten, sondern nur 70 %, dann gäbe es 60 Bachelorabsolventen. Bei 30 Studienanfängerplätzen im Master wäre das eine Quote von 50 %. Auch diese rechnerische Quote liegt unter der für Geisteswissenschaften vereinbarten 60 %-Quote.

### 5.5 Universität Potsdam

Gründungsjahr	1991
Abschlüsse	Bachelor, Master, Staatsexamen, Diplom und Magister, (→ Umstellung noch nicht abgeschlossen)
Studierende	18.880 (WS 07/08)
Fakultäten	5 (→ keine Volluniversität)
Bundesland	Brandenburg
Ministerielle Vorgaben	individuelle Quote

Darst. 12: Übersicht Uni Potsdam (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-hamburg.de](http://www.uni-hamburg.de))

#### Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge

Gemäß § 16 Abs. 1 der Rahmenordnung für das Bachelor- und Masterstudium regelt der Prüfungsausschuss die Einzelheiten des Bewerbungsverfahrens. Die Zulassung muss nach Abs. 2 in der Regel versagt werden, wenn die angemessenen Vorleistungen (in der Regel mindestens der Bachelorabschluss) im Sinne der Rahmenordnung nicht erfüllt sind (vgl. Rahmenordnung BAMA).

#### Quantitativer Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge

Die Übergangsquote vom Bachelor- zum Masterstudium legt die Universität ausgehend von den zur Verfügung stehenden Kapazitäten, der Etablierung des Bachelors als Regelabschluss und einem annähernden Konstanthalten der Studienanfängerplätze (Bachelor) selbst fest (vgl. postalische Auskunft, vgl. Kapitel 4. 2). Dies geschieht beispielsweise durch die Festsetzung der Studienanfängerplätze im Masterstudium.

### Ausgewählte Studiengänge

Master Informatik	
Abschluss	Master of Arts (M.A.) (Immatrikulation im Diplom noch möglich)
Studienbeginn	Winter- und Sommersemester
Studienplätze	keine Vorgaben
Zulassungsbeschränkungen	ja
Auswahlverfahren	ja
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 13: Master Informatik (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-potsdam.de](http://www.uni-potsdam.de))

### Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang

Voraussetzung für die Zulassung ist der Bachelorabschluss im Fach Informatik (Note 2,5 oder besser) an einer deutschen Universität oder ein gleichwertiger Abschluss. In einem Motivationsschreiben muss der Bewerber die Beweggründe für seine Bewerbung darlegen. Dabei ist darauf einzugehen, welche Spezialisierung durch das Masterstudium angestrebt werden soll und welche der an der Universität Potsdam vertretenen Spezialisierungsrichtungen in diesem Zusammenhang besonders interessant erscheinen. Der Bewerbung sind zudem zwei Gutachten von Hochschullehrern beizufügen. In der Regel kann eine Aufnahme in das Masterstudium nicht erfolgen, wenn es in der gewünschten Spezialisierung keinen Hochschullehrer gibt, der an der Universität Potsdam als Betreuer tätig werden kann oder die Stelle nicht mehr ausreichend lange besetzt ist. (vgl. Homepage der Uni Potsdam).

### Quantitativer Übergang vom Bachelor- in den Masterstudiengang

Im Wintersemester 2006/07 gab es keine festgelegte Zahl der Masterstudienplätze. Es haben sich 10 Studierende für den Master beworben – zwei davon haben sich anschließend eingeschrieben (vgl. Statistik I). Im Wintersemester 2007/08 waren 22 Studierende immatrikuliert, davon keiner im ersten Fachsemester (vgl. Statistik II). Diese Zahlen verweisen darauf, dass der Umstellungsprozess auf die gestufte Studienstruktur hier noch nicht abgeschlossen ist. Diese Tatsache kann durch die Absolventenzahlen untermauert werden. Im Prüfungsjahr 2006 gab es bei nur sechs Bachelorabsolventen noch 34 Diplomabsolventen (vgl. Statistik III).

Master Politikwissenschaft	
Abschluss	Master of Arts (M.A.)
Studienbeginn	nur Wintersemester
Studienplätze	25 (WS 2006/07)
Zulassungsbeschränkungen	ja
Auswahlverfahren	ggfs. ja
Regelstudienzeit	4 Semester

Darst. 14: Master Politik (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.uni-potsdam.de](http://www.uni-potsdam.de))

### **Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang**

Das forschungsorientierte Studium im Masterstudiengang Politikwissenschaft baut auf dem Bachelorstudium Politik und Verwaltung an der Universität Potsdam oder äquivalenten Bachelorstudiengängen anderer Hochschulen auf. Gemäß § 6 der Ordnung für das Masterstudium Politikwissenschaft (Ordnung PoWi) wird der Abschluss des Bachelorstudiums Politik und Verwaltung im Erstfach an der Universität Potsdam oder ein mindestens gleichwertiger berufsqualifizierender Studienabschluss ähnlicher Fachrichtung an einer anderen Universität vorausgesetzt. In Ausnahmefällen kann eine Zulassung auch von Fachhochschulabsolventen erfolgen, wenn sie die erforderliche Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit nachweisen (vgl. Ordnung PoWi). Ein weiteres Kriterium ist der Nachweis von Englischkenntnissen. Übersteigt die Zahl der geeigneten Bewerber die Zahl der festgesetzten Studienplätze, wird gemäß § 7 Abs. 1 der Ordnung eine Rangfolge erstellt, die bisherige Noten, Referenzschreiben, ein Motivationsschreiben, bisherige relevante Berufs- und Praxistätigkeiten und einschlägige Auslandserfahrung im Studium berücksichtigt (vgl. Ordnung PoWi).

### **Quantitativer Übergang vom Bachelor- in den Masterstudiengang**

Im Wintersemester 2006/07 gab es 25 Masterstudienplätze. Dafür haben sich zwei Studierende beworben – einer davon hat sich anschließend eingeschrieben (vgl. Statistik I). Im Wintersemester 2007/08 waren erst neun Studierende immatrikuliert, davon fünf im ersten Fachsemester.

Im Prüfungsjahr 2006 gab es noch keine Bachelorabsolventen im Fach Politik und Verwaltung. Hingegen gab es noch 62 Diplom- und 35 Magisterabsolventen (vgl. Statistik III). Im Wintersemester 2007/08 waren bereits 200 Studierende im Bachelorstudiengang immatrikuliert, 81 davon im ersten Fachsemester (vgl. Statistik III).

## **5.6 Zusammenfassung und Fazit der Regelungen an den ausgewählten Universitäten**

In den vorhergehenden Abschnitten konnte gezeigt werden, dass es an einigen Universitäten verbindliche Übergangsquoten gibt (FU Berlin, Uni Hamburg, Uni Hohenheim), die über 50 % liegen. Diese werden in den Zielvereinbarungen (FU Berlin) oder im Struktur- und Entwicklungsplan (Uni Hohenheim) festgeschrieben. Bei zwei der Universitäten wurden diese Zahlen mit dem Land vereinbart (Uni Hamburg und FU Berlin). Die Universität Hohenheim hat die Quote selbst festgelegt. Das Land Baden-Württemberg gibt – außer den allgemeinen Vorgaben – keine Quote vor. Die Universitäten Potsdam und Saarland haben – wie auch auf der jeweiligen Landesebene – keine Vorgaben.

Bei einem Blick auf die festgelegte Anzahl der Masterstudienplätze bzw. auf die Zulassungsbeschränkungen ergibt sich jedoch häufig eine rechnerische Übergangsquote, die niedriger als die offizielle Quote ist (z.B. Informatik an der FU Berlin und der Uni Hamburg sowie Wirtschaftsinformatik an der Uni Hohenheim).

Anders als angenommen, scheint es derzeit an den ausgewählten Universitäten bezüglich der quantitativen Übergänge noch keine Probleme zu geben.<sup>38</sup> Diese Tatsache ergibt sich daraus, dass die gestuften Studiengänge noch sehr neu sind und es noch nicht genügend Bachelorabsolventen für die Masterstudienplätze gibt. Da es aktuell an den untersuchten Universitäten weniger potentielle Masterstudierende als Studienplätze gibt, kann – vorausgesetzt sie erfüllen die Zulassungsvoraussetzungen – allen Bewerbern ein Masterstudienplatz ermöglicht werden.

---

<sup>38</sup>

Demgegenüber gibt es bei den qualitativen Zugängen bereits Probleme. Hier ist auf die Studie von Rehn zu verweisen (vgl. Rehn 2006, Kapitel 2. 2).



Folglich bestimmt also derzeit v.a. die Nachfrage der Studierenden nach Masterstudiengängen die reale Übergangsquote. Dies ist insbesondere in den Naturwissenschaften der Fall, wie die Untersuchung der (Wirtschafts-) Informatikstudiengänge der Universitäten Hohenheim, Saarbrücken und Potsdam gezeigt hat. Die Abhängigkeit der Höhe der Übergangsquoten bzw. der Anzahl von Masterstudiengängen und -studienplätzen von den zur Verfügung stehenden Kapazitäten verdeutlichen die Untersuchungen der Universitäten Hamburg und Potsdam.

Da der Umstellungsprozess noch nicht abgeschlossen und die Stichprobe sehr klein ist, lassen sich bezüglich folgender Aspekte keine verbindlichen Aussagen treffen: Es können keine Unterschiede zwischen den Bundesländern und zwischen den Fachbereichen ausgemacht werden. So gibt es an der Universität Hamburg in den Naturwissenschaften höhere Übergangsquoten als in den Geisteswissenschaften, an der FU Berlin gibt es keine Unterschiede. Weiter lassen sich keine konkreten Angaben darüber machen, inwieweit die festgelegten oder derzeitigen realen Übergangsquoten gehalten werden können, wenn es eine zunehmende Anzahl an Bachelorstudierenden geben wird. Die Aufgabe, genügend Kapazitäten für die Bachelorstudiengänge und zusätzlich ein ausreichendes Angebot an Masterstudiengängen und -studienplätzen bereitzustellen, wird jedoch in den nächsten Jahren eine große Herausforderung für die Hochschulen darstellen.

## 6. Schlussfolgerungen: Szenarien und Handlungsoptionen

Wie in Kapitel 4. 2 dargestellt wurde, haben die meisten Bundesländer Vorgaben für den quantitativen Übergang von den Bachelor- in die Masterstudiengänge. Es stellt sich nun die Frage, welche Folgen diese Quotierungen haben und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden könnten.

### 6.1 Szenarien: Die Bedeutung der direkten und indirekten Quoten für das Qualifikationsniveau

Mit Hilfe der Szenario-Technik werden im Folgenden Zukunftsbilder verschiedener quantitativer Regelungen entworfen und bewertet. Diese beinhalten mögliche Auswirkungen von Quotierungen auf das Qualifikationsniveau. Um die Folgen quantitativ zu verdeutlichen, werden zudem für jedes Szenario anhand der Absolventenzahlen der Fachbereiche Informatik und Politikwissenschaft konkrete Hochrechnungen durchgeführt, die am Ende dieses Unterkapitels durch eine Grafik visualisiert werden.<sup>39</sup>

Entworfen werden folgende Szenarien:

- Trendszenario: die Fortschreibung der durch die ‚KMK-Strukturvorgaben‘ implizierten Quote sowie der auf Landesebene mehrheitlichen (unverbindlichen) Quote (50 %-Quote),
- negatives Extremszenario: der ungünstigste Entwicklungsverlauf (30 %-Quote),
- positives Extremszenario: die bestmögliche Zukunftsentwicklung (70 %-Quote).

---

<sup>39</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Rechnungen keinesfalls als Prognosen oder Vorhersagen gesehen werden können. Die Tatsache, dass die Umstellung an vielen Hochschulen noch nicht abgeschlossen ist, und somit parallel weiterhin Diplom- und Masterstudierende immatrikuliert sind, führt zudem zu teilweise noch sehr geringen Absolventenzahlen in den Bachelorstudiengängen.

### 6. 1. 1 Trendszenario (50 %)

Aufgrund der dargestellten Verordnungen wird es zukünftig voraussichtlich mehr Studierende geben, jedoch mit einer deutlich verkürzten Studiendauer (vgl. Kapitel 4). Wenn für 50 % der Studierenden demnächst „ein Erststudium zugleich ein Kurzstudium und ein Letztstudium“ (Kaube 2005: 33) sein wird, kann das auf Kosten ihrer Qualifikation gehen. Es stellt sich beispielsweise die Frage, wie in drei Jahren Absolventen ausgebildet werden können, die auch zu einer eigenen, kritisch reflektierten Bewertung von Sachverhalten fähig sind:

„Eine Universität darf sich nicht damit zufrieden geben, fachliche Kenntnisse zu vermitteln. In einem akademischen Studium sollen die Studenten auch dazu gebracht werden, über das Gelernte nachzudenken. Sie sollen lernen, Fragen zu stellen, Zweifel anzumelden, Kritik zu äußern [...]. Eine Hochschule, die nur auf abfragbares Wissen aus ist und ihren Studenten nicht das Denken lehrt, ist eine Schrumpfform der Universität“ (vgl. Morkel 2000: 21 f.).

Problematisch ist außerdem, dass ein Studium von nur drei Jahren – das dabei auch noch die Studierenden gut qualifizieren soll – straff organisiert sein muss. Daher „fallen den neuen Bachelorstudiengängen häufig Praxissemester und Freiräume für ein selbstorganisiertes Studium zum Opfer“ (Keller 2007: 47). Zudem fehlt häufig die Zeit für einen Auslandsaufenthalt oder um andere Fachbereiche kennen zu lernen. Schwierig wird dieses ‚straffe Studium‘ insbesondere für Studierende, die Praktika absolvieren oder sich ihr Studium selbst finanzieren müssen oder für Studierende, die ein Kind zu betreuen haben. Es stellt sich daher die Frage, ob ein Studium weiterhin in Abhängigkeit von privaten Interessen und Lebenssituationen organisiert werden kann. Denn:

„[...] gerade durch dieses flexible Studieren eignen sich Studierende die allseits geforderten Schlüsselqualifikationen an. Der Erfolg der Studienreform hängt somit auch davon ab, inwiefern Studierenden weiterhin über solche Handlungsräume verfügen“ (Bloch/Lischka 2007: 63).

Durch eine Übergangsquote von 50 % würde ein interdisziplinäres und eigenständig gestaltetes Studium nur der Hälfte der Studierenden ermöglicht werden (vgl. Staack: 2005: 22).

Mit dem Erreichen des Bachelorabschlusses stehen die Absolventen vor einer entscheidenden Frage: Weiterstudieren, die Erwerbstätigkeit aufnehmen oder ins Aus-

land gehen? Früher fiel das Auslandssemester zumeist in die Phase nach dem Grundstudium und die Studierenden kehrten vor der Magister- bzw. Diplomprüfung nach Deutschland zurück (vgl. Trotier 2007: 48). Seit der Studienstrukturreform bietet sich nach dem Bachelorabschluss ein Studium im Ausland an. Eine Übergangsquote von nur 50 % in die deutschen Masterstudiengänge fördert ein solches Verhalten. Es ist aber fraglich, ob die Studierenden nach den zwei Jahren im Ausland mit ihrem Mastertitel zurück in die Heimat kommen, denn „bei guten Fachkräften fragt man nirgendwo mehr nach der Staatszugehörigkeit“ (Trotier 2007: 48). Die Entscheidung für ein Masterstudium ins Ausland zu gehen wird in Zukunft auch abhängig davon sein, welche Möglichkeiten der deutsche Arbeitsmarkt den Bachelorabsolventen bietet.

Zudem machen Quotierungen den Weg frei für mehr Privathochschulen und gebührenpflichtige Masterstudiengänge. Denn wenn weiterhin deutlich mehr als die Hälfte der Bachelorabsolventen einen Masterabschluss anstrebt, muss – bei einer Quote von 50 % – ein Teil der Absolventen Angebote wählen, die nicht staatlich finanziert werden (vgl. Hüning/Langer 2006: 8). Die Tatsache, dass sich dies jedoch nicht jeder leisten kann, würde eine rückläufige Entwicklung bei der Verwirklichung eines wichtigen bildungspolitischen Ziels bedeuten, nämlich die seit Jahrzehnten angestrebte soziale Chancengleichheit beim Hochschulzugang.

Eine zukunftsweisende Standortsicherung im Hochlohnland Deutschland ist nur gesichert, wenn der Bereich innovativer, anspruchsvoller neuer Technologien intensiviert wird. Dies setzt hochqualifizierte und nicht mittelqualifizierte Abschlüsse voraus (vgl. Brandt 2005: 10). Es bleibt derzeit fraglich, ob nicht erst in der Masterstufe intensives und zielgerichtetes beruflich verwertbares Wissen für den Arbeitsmarkt vermittelt werden kann, und ob nicht erst hier die Interessen von Studierenden und Arbeitgebern voll zum Zuge kommen (vgl. Weiler et al. 2003: 17). Eine Übergangsquote von 50 % an den Universitäten würde den „Anteil der Höchstqualifizierten verringern und das Fachkräfteproblem der Unternehmen verstärken“ (Clevers 2007: 1). Insbesondere der Mangel an benötigten Ingenieuren auf traditionellem Diplomniveau würde sich verschärfen. Wenn es zunehmend mehr Bachelorabsolventen gibt, ihre Akzeptanz aber nicht weiter steigt, könnte es zu einem ‚Abrutschen‘ der Absolventen in geringer qualifizierte Beschäftigungen kommen. Dies hätte weitreichende Folgen für das gesamte Bildungs- und Beschäf-

tigungssystem und würde sich auf dem Arbeitsmarkt als starke „Verdrängungskonkurrenz von oben“ auswirken (vgl. Sietzen 2004: 8).

### **Rechenbeispiel**

An den deutschen Universitäten haben im Prüfungsjahr 2006 insgesamt 1.027 Studierende einen Bachelorabschluss in Informatik erworben. Im Fach Politikwissenschaften waren es 193 (vgl. Statistisches Bundesamt 2007b). Bei einer Quote von 50 % könnten derzeit somit 513 Studierende einen Masterstudiengang in Informatik anschließen. Ein Masterstudienplatz im Fach Politikwissenschaften stünde 96 Bachelorabsolventen zur Verfügung.

Geht man weiter davon aus, dass die bisherige Anzahl an Studienplätzen für Diplom- und Magisterstudiengänge künftig auch bei der gestuften Studienstruktur beibehalten wird, und sich auch die Absolventenquote nicht verändern wird, ergibt sich folgende Rechnung:

Im Prüfungsjahr 2006 gab es im Fachbereich Informatik insgesamt 5.054 Diplom- und Magisterabsolventen. Zusammen mit den 1.027 Bachelorabsolventen sind das insgesamt 6.081 (vgl. Statistisches Bundesamt 2007b). Geht man von dieser Zahl zukünftiger Bachelorabsolventen aus, könnte bei einer 50 %-Quote davon nur die Hälfte einen Masterabschluss erwerben, also 3.040 Studierende. Im Fachbereich Politikwissenschaft haben im Jahr 2006 insgesamt 2.167 einen Diplom- oder Magisterabschluss erworben. Zählt man die 193 Bachelorabsolventen dazu, ergibt sich eine Zahl von 2.360. Bleibt diese Zahl der Absolventen auch zukünftig für die Bachelorstudierenden annähernd konstant, würden bei einer 50 %-Quote nur 1.180 Studierende einen Masterstudienplatz bekommen.

### **Fazit**

Die Zahlen verdeutlichen eine starke Verringerung des Anteils der Hochschulabsolventen auf einem hohen Niveau (traditionelle Diplom- bzw. Magisterstufe). Aufgrund der bisherigen Entwicklungen scheint dieses Szenario für die Zukunft am wahrscheinlichsten. Die beschriebenen Folgen würden sich nur dann ergeben, wenn auch die Rahmenbedingungen (z.B. Arbeitsmarktchancen) gleich blieben.

### **6. 1. 2 Negatives Extremszenario (30 %)**

Dieses Szenario beinhaltet alle Folgen und Auswirkungen des Trendszenarios in verschärfter Form. Sehr problematisch wirkt sich eine besonders niedrige Übergangsquote auf den Wissenschaftsstandort Deutschland aus:

Basierend auf der Annahme, dass immer nur ein Teil der Masterabsolventen eine Promotion anstrebt, wird bei einer Übergangsquote von 30 % auch der Anteil potentieller Promovenden deutlich geringer. Dieses Problem wird verschärft, wenn Bachelorabsolventen ihren Master im Ausland machen und anschließend für eine Promotion nicht nach Deutschland zurückkehren. Geht man aber davon aus, dass Hochschulen u.a. darauf abzielen, „wissenschaftlichen Nachwuchs heranzuziehen und Wissen auf hohem Niveau sowie die Methoden seines Erwerbs zu vermitteln“ (Dierkes/Merkens 2002: 32), wären die geringen Übergangsquoten hier kontraproduktiv. Durch die Beschränkung des Zugangs zum Masterstudium verlören die deutschen Universitäten zunehmend ihren wissenschaftlichen Nachwuchs und müssten – im schlimmsten Fall – ihre Forschungstätigkeit und Drittmiteleinwerbung größtenteils einstellen. Die Folgen wären weitreichend: Eine Reduzierung der Forschungsmittel wäre zusätzlich zu den Problemen des Wirtschaftsstandortes kontraproduktiv (vgl. Brandt 2005: 10, vgl. Kapitel 2. 1) und die Studierenden müssten sich mit Studienbedingungen mit immer weniger Forschungsanschluss abfinden. Außerdem bedarf es genau dieser Geldquellen, um zusätzliche Kapazitäten für mehr Masterstudienplätze zu gewinnen.

### **Rechenbeispiel**

Ausgehend von den in Kapitel 6. 1. 1 genannten Zahlen, könnten bei einer Quote von 30 % derzeit insgesamt 308 Studierende einen Masterstudiengang in Informatik und 58 Studierende in Politikwissenschaften aufnehmen.

Geht man auch hier von einer zukünftig unveränderten Zahl der Absolventen aus, ergibt sich folgende Rechnung:

Bei einer gleichbleibenden Anzahl von insgesamt 6.081 Absolventen im Fachbereich Informatik und 2.360 im Fachbereich Politikwissenschaft, würden bei einer

30 %-Quote nur 1.824 Bachelorabsolventen einen Masterstudienplatz in Informatik und 708 in Politikwissenschaft bekommen.

### **Fazit**

Die Zahlen verdeutlichen, dass sich die Anzahl der Masterabsolventen gegenüber den bisherigen Absolventenzahlen mit Diplom- bzw. Magisterniveau deutlich reduzieren würde. Derzeit ist nicht anzunehmen, dass sich 70 % der Studierenden mit dem Bachelorabschluss zufrieden geben werden. Denn, wenn der Zugang zur Masterstufe restriktiv geregelt und dadurch nur einer kleinen, elitären Minderheit eingeräumt wird, schränkt dies ihre Möglichkeiten der Partizipation an Hochschulbildung deutlich ein. Aus finanzieller Sicht würde dieses Szenario (Übergangsquote von 30-50 %) nach Leszczensky bedeuten, dass die Universitäten trotz des höheren Betreuungsaufwandes mit den bestehenden Mitteln auskommen würden (vgl. Kirchgessner 2007: 80). Aufgrund der in Kapitel 3 dargestellten Positionen ist jedoch anzunehmen, dass sich dieses Szenario nicht durchsetzen wird, da sich die Interessenvertreter, die Fachverbände aber auch die Studierenden dagegen wehren würden. Zudem sind die in Kapitel 4. 2 dargestellten verbindlichen und unverbindlichen Übergangsquoten festgeschrieben und werden sich in Zukunft – insbesondere zugunsten niedriger Quoten – nicht ändern lassen.

#### **6. 1. 3 Positives Extremszenario (70 %)**

Wenn nicht alle Bachelorabsolventen die Aufnahme eines Masterstudiums anstreben, würde die in diesem Szenario angenommene Übergangsquote bedeuten, dass annähernd jeder Studierende nach dem Bachelor- auch ein Masterstudium anschließen kann, wenn er dies möchte. Die Folgen der anderen Szenarien würden daher nicht oder nur bedingt eintreten. Durch die Möglichkeit, ein Masterstudium aufzunehmen, hätte die Mehrheit der Studierenden die Chance auf ein interdisziplinäres und vertiefendes Studium, das auf die im Bachelor vermittelten Grundlagen aufbaut. Nach dem Bachelorstudium haben sich die Ziele der Studierenden meist konkretisiert und könnten in einem geeigneten Masterstudium spezifiziert werden.

Durch die genannten landespolitischen Vorgaben, die Studienanfängerkapazitäten bei der Umstellung auf Bachelor und Master beizubehalten, könnte bei einer hohen Übergangsquote die Zahl der Absolventen auf dem bisherigem universitärem Diplom- bzw. Magisterniveau annähernd gehalten werden. Somit würde sich der Anteil der Höchstqualifizierten nicht wesentlich reduzieren und das Fachkräfteproblem der Unternehmen nicht verschärft werden.

### **Rechenbeispiel**

Bei einer Quote von 70 % könnten derzeit basierend auf den oben genannten Zahlen (vgl. Kapitel 6. 1. 1) insgesamt 719 Studierende einen Masterstudiengang in Informatik und 135 in Politikwissenschaften aufnehmen.

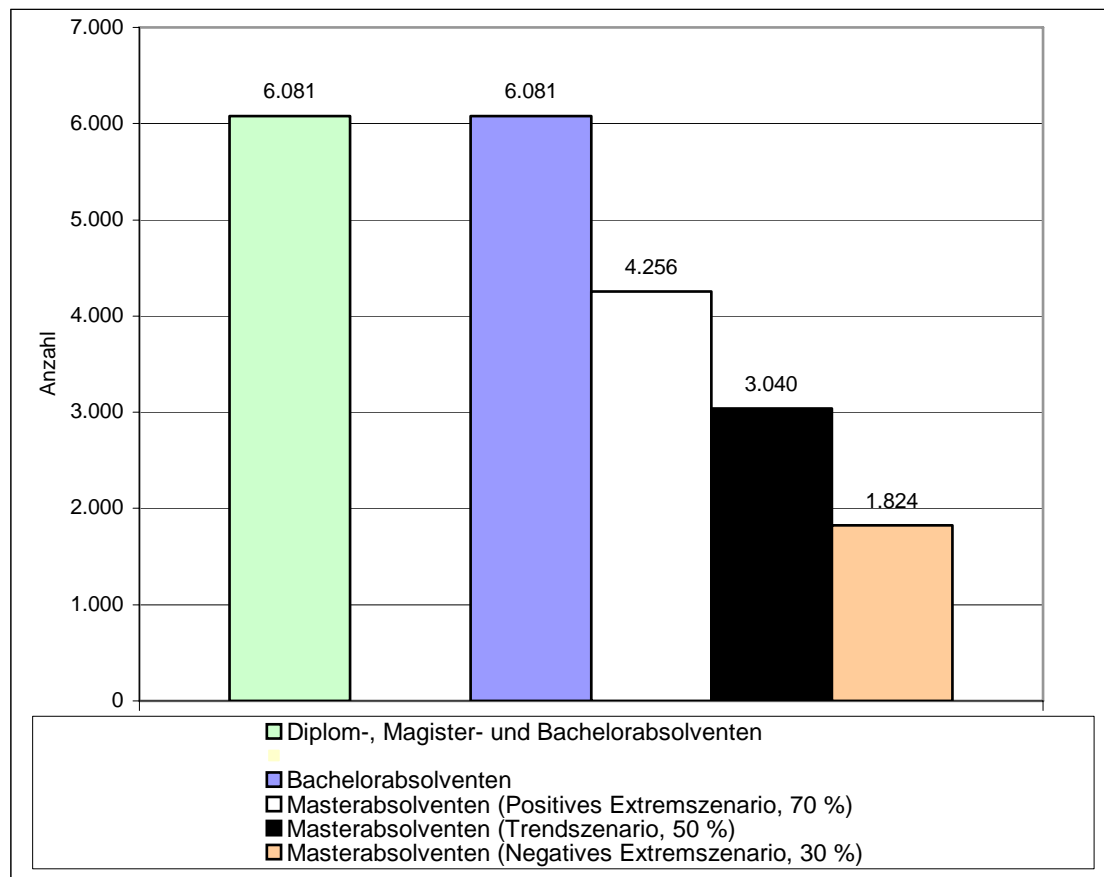
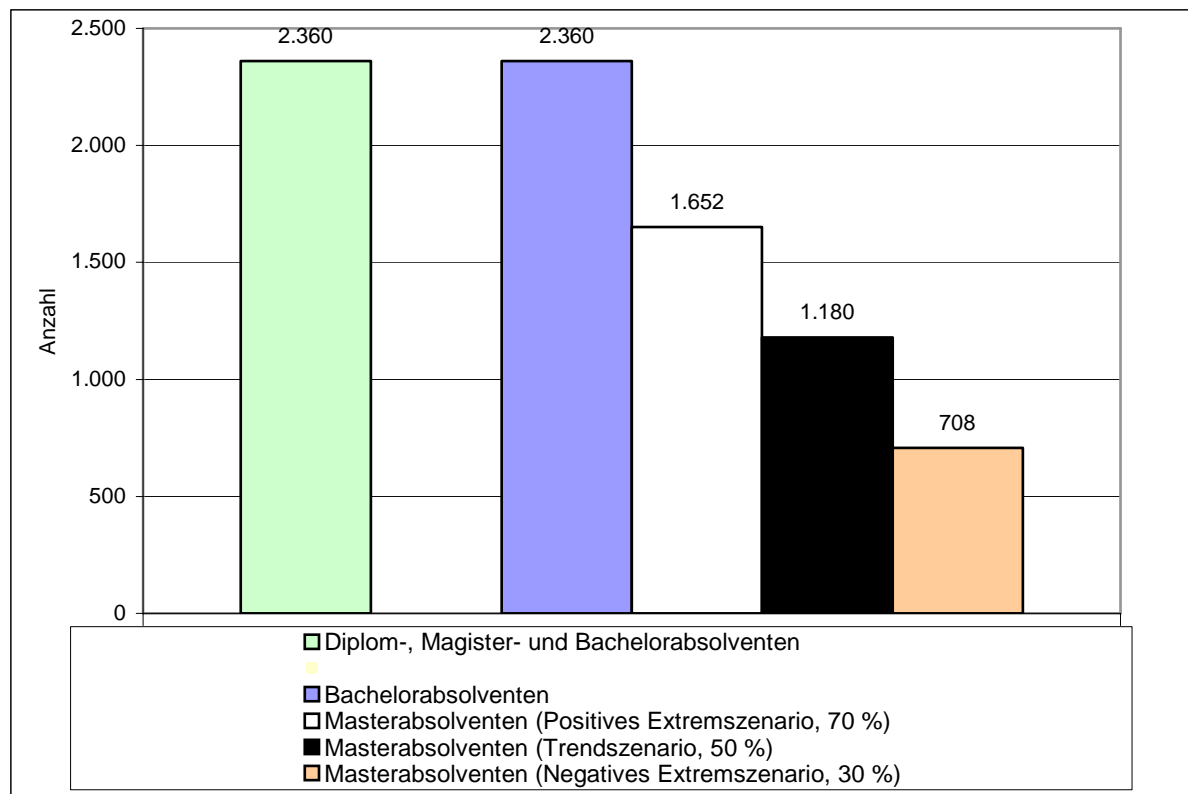
Ausgehend von einer konstanten Zahl der Studienanfängerplätze, ergeben sich bei einer Übergangsquote von 70 % zukünftig folgende Zahlen:

Bei einer gleichbleibenden Anzahl von insgesamt 6.081 Absolventen im Fachbereich Informatik und 2.360 im Fachbereich Politikwissenschaft, würden bei einer 70 %-Quote insgesamt 4.256 einen Masterstudienplatz in Informatik und 1.652 in Politikwissenschaft bekommen.

### **Fazit**

Die Anzahl der Absolventen mit einem Studienabschluss, der dem bisherigen Diplom- bzw. Magisterniveau entspricht, würde sich in diesem Fall nicht wesentlich verringern. Fast alle Studierenden könnten ihren Studienverlauf frei wählen und ihre gewünschten Qualifikationen erwerben. Bei einem Blick auf einige politische Ziele der Studienstrukturreform, wie beispielsweise kürzere Studiengänge und mehr Absolventen in kürzerer Zeit, fällt jedoch auf, dass diese dann nicht erreicht worden wären. Zudem würde eine flächendeckende Quote von 70 % die Kapazitätsprobleme deutlich verschärfen. Daher ist anzunehmen, dass sich dieses Szenario nicht ergeben wird. Eine Ausnahme könnten die Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften bilden (vgl. Kapitel 5), wodurch unter der Voraussetzung, dass es ausreichend Studienanfänger im Bachelor gibt, der Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften in diesem Bereich annähernd gedeckt werden könnte.



Darst. 15 Informatikabsolventen (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.destatis.de](http://www.destatis.de))Darst. 16: Politikabsolventen (eigene Darstellung, Datenquelle: [www.destatis.de](http://www.destatis.de))

## **6.2 Handlungsoptionen: Erhöhung der Quote und Minimierung der negativen Auswirkungen auf das Qualifikationsniveau**

Im Folgenden werden Maßnahmen vorgestellt, durch welche kurz-, mittel- und/oder langfristig eine Annäherung an das positive Extremszenario erreicht werden könnte. Dabei wird überlegt, welcher Beitrag auf politischer und auf Hochschulebene geleistet werden kann. Unter der Annahme, dass sich auch weiterhin das Trendszenario durchsetzen wird, muss insbesondere der Arbeitsmarkt reagieren, um wenigstens einige der dargestellten Folgen zu minimieren bzw. zu vermeiden.

### **6.2.1 Politik**

Wie in Kapitel 4 dargestellt wurde, sind die Übergangsquoten in erster Linie von den finanziellen und personellen Kapazitäten abhängig. Daher muss bei Überlegungen für mögliche Handlungsempfehlungen dieser Aspekt besonders berücksichtigt werden. Der einfachste – aber am schwierigsten durchführbare – Weg wäre eine Erhöhung dieser Kapazitäten. Wenn es mehr qualifizierte Absolventen geben soll, dann müssen die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden:

„Zusätzliche Kapazitäten werden im System gestufter Studiengänge – da einer erheblichen Zahl von Bachelor- Absolventen ein Masterstudium ermöglicht werden soll – für eine Erhöhung der Übergangsquote vom Bachelor zum Master benötigt“ (Wissenschaftsrat 2006: 67).

Es bedarf daher intensiver Überlegungen, wie von den Ländern ausreichende Studienplatzkapazitäten bereitgestellt werden können. Ob die Studiengebühren einen Beitrag zur Lösung der Kapazitätsprobleme leisten werden, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden.<sup>40</sup>

---

<sup>40</sup> „Die erwartbaren Studiengebühreneinnahmen schlossen die akute Finanzierungslücke der Hochschulen zu lediglich einem Viertel bis einem Drittel und die strategische Finanzierungslücke zu lediglich 10 Prozent. Mithin: Die Studiengebührendiskussion mit der Erwartung zu verknüpfen, damit ließen sich die Finanzprobleme der deutschen Hochschulen bewältigen, muss angesichts des Missverhältnisses der Geldbeträge Erstaunen hervorrufen“ (Hüttmann/Pasternack 2005: 59).

### 6. 2. 2 Hochschulen

Eine Maßnahme auf Hochschulebene gegen zu geringe Übergangsquoten ist die Einschränkung der Fächervielfalt, sowohl in den Bachelor- als auch v.a. in den Masterstudiengängen. Die Universitäten könnten sich auf bestimmte Fächer konzentrieren, dadurch Kapazitäten sparen und für ausgewählte Masterstudiengänge bereitstellen. Dabei sollten sie sich mit den anderen Universitäten absprechen, um ein Überangebot an gleichen Masterstudiengängen zu vermeiden. Dies würde aber die dringend notwendige Mobilität voraussetzen, um (wenigstens) innerhalb Deutschlands ohne Probleme und Zeitverlust an eine andere Universität wechseln zu können.

Seit sich der Staat zunehmend aus der Verantwortung für den Hochschulbereich zurückzieht, müssen die Hochschulen die Lücke zwischen wachsenden Anforderungen und zur Verfügung stehenden Ressourcen selbst schließen (vgl. Zechlin 2007: 115). Für die notwendige Erhöhung der Effizienz und Effektivität ihrer Arbeit sind insbesondere neue Steuerungs- und Managementmethoden von zentraler Bedeutung.<sup>41</sup>

### 6. 2. 3 Arbeitsmarkt

Gerade wenn es nicht möglich sein wird, die Übergangsquoten zu erhöhen, ist die Akzeptanz des Bachelorabschlusses bei allen Beteiligten unvermeidlich. Dafür müssen die Universitäten die neuen Studiengänge inhaltlich und qualitativ überzeugend ausrichten: „eine schlichte ‚Umetikettierung‘ des Vordiploms in einen Bachelor darf es nicht geben“ (Hundt 2007: 46). Wichtig ist auch, dass die Unternehmen ausreichend über die neuen Abschlüsse informiert werden. Sie sollten den Bachelorabsolventen attraktive Arbeitsmarktperspektiven bieten., um das Bachelorstudium als individuell ‚lohnend‘ erscheinen zu lassen (vgl. Kerst et al. 2005: 53). Umgekehrt könnten günstige Arbeitsmarktchancen für Bachelorabsolventen auch den Nachfragedruck auf die Masterstudiengänge verringern. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass die Unternehmen mehr Bachelorabsolventen einstellen und ihnen einen Arbeitsplatz anbieten, der mit einer vom Unternehmen finanzierten Weiterbildung oder einer Traineeestelle verbunden ist.

---

<sup>41</sup> Vgl. hierzu ausführlich Zechlin 2007.

## **7. Schlussbetrachtung: Zusammenfassung, Diskussion und Ausblick**

Die Untersuchung ergab interessante, sowohl erwartete als auch überraschende Befunde. Bevor diese diskutiert werden sollen, erfolgt zunächst eine zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Ergebnisse, welche die eingangs der Untersuchung gestellten Fragen beantwortet. Abschließend werden die Grenzen der vorliegenden Arbeit und Anregungen für weitere Untersuchungen aufgezeigt.

### **7.1 Zusammenfassung der Ergebnisse**

Inhaltlich lassen sich die Ergebnisse der Arbeit folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Darstellung des aktuellen Forschungsstandes (Kapitel 2) sowie der unterschiedlichen Positionen (Kapitel 3) verdeutlicht die Aktualität und die zentrale Bedeutung der behandelten Thematik. Die wenigen wissenschaftlichen Analysen zeigen zudem die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den quantitativen Übergängen.
- Die ‚Strukturvorgaben‘ der KMK implizieren eine durchschnittliche Übergangsquote von 50 % (Kapitel 4. 1).
- Restriktive Zulassungsregelungen zum Masterstudium machen in fast allen Bundesländern den Bachelor zum Regelabschluss (nicht eindeutig in Hessen, Sachsen und Nordrhein-Westfalen) (Kapitel 4. 2).
- Obwohl es keine starren ministeriellen Quotenvorgaben gibt, sind in fast allen Bundesländern ‚versteckte‘ Quoten zu erkennen (Kapitel 4. 2). Diese unterscheiden sich zwischen den Bundesländern bezüglich ihrer Verbindlichkeit.
- Bestätigt werden konnte die durch die Darstellung des aktuellen Forschungsstandes abgeleitete Hypothese, dass die Übergangsquoten in den Bundesländern insbesondere von den finanziellen und personellen Kapazitäten abhängig sind. Wirtschaftlicher Bedarf, Angebot und insbesondere Nachfrage treten dabei in den Hintergrund (Kapitel 4).
- Einige Bundesländer geben Hinweise darauf, wie trotz knapper Kapazitäten mehr Masterstudienplätze geschaffen werden können (z.B. inter-

disziplinar angelegte Masterstudiengänge in Hamburg oder hochschulübergreifende Masterangebote in Bremen, Kapitel 4. 2).

- Aufgrund unzureichender Erfahrungen im Übergang – die ersten Kohorten durchlaufen gerade erst diese Station – sowie mangelnder Auskunftsbereitschaft der Universitäten können die tatsächlichen Regelungen an den Universitäten noch nicht zufriedenstellend erfasst werden (Kapitel 5).
- Einige der untersuchten Universitäten haben Übergangsquoten (über 50 %) festgelegt, die rechnerischen Quoten sind jedoch geringer (Kapitel 5).
- Unterschiede zwischen den Fachbereichen lassen sich (noch) nicht ausmachen (Kapitel 5).
- Derzeit haben die untersuchten Universitäten keine Probleme mit den quantitativen Übergängen. Diese zeichnen sich jedoch für die kommenden Jahre ab (Kapitel 5).
- Auch die Untersuchung an den Universitäten bestätigt die Abhängigkeit der Quoten von den Kapazitäten und verdeutlicht den derzeitigen Einfluss von Angebot und Nachfrage (Uni Saarbrücken) (Kapitel 5)
- Insbesondere für die Studierenden und ihr Qualifikationsniveau lassen sich weitreichende Folgen der Quotierungen ableiten. Die angestrebte Erhöhung des Anteils der Hochqualifizierten erweist sich unter den genannten Bedingungen als schwierig (Kapitel 6. 1).
- Zur Vermeidung dieser Folgen wurden in Kapitel 6. 2 zusammenfassende Handlungsoptionen formuliert.

## 7.2 Diskussion der Ergebnisse

Verantwortlich für die Vorgaben und Vereinbarungen zur Begrenzung der Übergänge sind derzeit v.a. die fehlenden Kapazitäten (vgl. Kapitel 4. 2). Da aufgrund der Engpässe in den öffentlichen Haushalten die vorhandenen Personalkapazitäten nicht erhöht werden können, müssen die im Zuge des Bologna-Prozesses eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge überwiegend mit den vorhandenen Ressourcen angeboten werden (vgl. Moog 2006: 40). Aufgrund einer steigenden Nachfrage nach

Hochschulbildung und einer angestrebten Verbesserung der Betreuungsrelationen im Bachelorstudium, ist jedoch von einem zunehmenden Personenaufwand in den Bachelorstudiengängen auszugehen (vgl. Thierfelder 2005: 661). Für die Masterstudiengänge bleiben daher nur noch wenige Kapazitäten übrig.

Damit trotz der Kapazitätsprobleme mehr Studierende einen Studienplatz bekommen können, muss die durchschnittliche Studiendauer verkürzt werden. Ein Weg, das zu erreichen, ist die Einführung offizieller oder versteckter Quoten für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium. Die Studienstrukturreform darf jedoch nicht für das politische Ziel benutzt werden, bei gleichbleibenden Bildungsinvestitionen mehr Personen die Möglichkeit eines Hochschulstudiums zu ermöglichen. Werden die personellen und finanziellen Ressourcen der Hochschulen nicht erhöht, kann in Zukunft keine ausreichende Zahl an Masterstudienplätzen angeboten werden (vgl. Moog 2006: 52, vgl. WR 2006, 56). Problematisch wird dies für die Universitäten spätestens in ein paar Jahren, wenn eine zunehmende Zahl an Bachelorabsolventen in die Masterstudiengänge ‚drängt‘. Daher müssen schon jetzt Maßnahmen überlegt und angeregt werden, wie größere Übergangsquoten erreicht werden können (vgl. Kapitel 6. 2).

Zudem zielt die Studienstrukturreform auf eine bessere Anpassung des Studiums auf den Arbeitsmarkt. Dieser Ansatz überzeugt im Konzept, inwieweit er in der Realität verwirklicht wird, bleibt zu prüfen. Denn wenn der Zugang zum Masterstudium beschränkt wird, auf dem Arbeitsmarkt aber nicht genügend Stellen für Bachelorabsolventen zur Verfügung stehen, wird das gestufte Studienmodell scheitern. Fraglich bleibt jedoch weiterhin, ob eine zunehmende Anzahl kürzer ausgebildeter Bachelorabsolventen dem fachlichen und wissenschaftlichen Niveau, das der Arbeitsmarkt verlangt, besser entspricht als ein größeres Angebot an Masterabsolventen (vgl. Lenhard 2005: 46).

Das Bachelorstudium darf keine akademische Sackgasse für die Absolventen sein, denn dann hätte die Studienstrukturreform nicht gegriffen. Doch die Unsicherheit, mit einem dreijährigen Abschluss plötzlich genau in solch einer Sackgasse zu stehen, ist weiterhin ein zentrales Thema für die Studierenden. Es bleibt zu hoffen, dass Bachelorabsolventen „nicht in den Geruch geraten, das volle akademische Studium nicht geschafft zu haben“ (Morkel 2000: 85) und als „zertifizierte Studienabbrecher“ gelten (Reischmann 2007: 29).

Bei aller Kritik darf jedoch Folgendes nicht vergessen werden: Durch die Einführung des Bachelors als Regelabschluss und die damit verbundene Verkürzung der Regelstudienzeit auf sechs Semester, kann jetzt auch ein steigender Anteil der Personen eines Alterjahrgangs ein Studium aufnehmen, die früher keine Chance auf ein Studium hatten, die heute aber eine fundierte akademische Ausbildung brauchen, um einen guten Arbeitsplatz zu finden.

Den Studierenden muss ermöglicht werden, ihre individuelle Bildungs- und Berufsbiografie selbst zu bestimmen. Sie dürfen dabei nicht von einer (direkten oder indirekten) Quote gebremst werden. Das kann einerseits bedeuten, dass sie nach dem Bachelor eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen, sie müssen andererseits aber auch die Möglichkeit bekommen, direkt im Anschluss ein Masterstudium zu beginnen. Dies setzt insbesondere die Akzeptanz der Bachelorabsolventen auf dem Arbeitsmarkt voraus. Zudem ist anzunehmen, dass sich durch ein ausreichendes und akzeptables Angebot an Stellen für Bachelorabsolventen auch die Nachfrage nach Masterstudiengängen verringern wird. Die reale Übergangsquote würde dann also niedriger als 100 % sein.

Unter den derzeitigen Voraussetzungen schließen direkte und indirekte Übergangsquoten zum Master einen großen Teil der Studierenden von einem qualifizierten Abschluss aus. Der Zugang zu einem Masterstudiengang muss jedoch für alle Studierenden mit einem berufsqualifizierenden Abschluss ohne zusätzliche Hindernisse möglich sein.

### **7.3 Ausblick**

Die für diese Studie bereits erhobenen Daten können als Grundlage für weitere Analysen dienen, denn hier liegen viele Möglichkeiten für sinnvolle Forschungsaktivitäten.

Insbesondere wäre von Interesse zu erfahren, wie sich die Situation an den Universitäten, in den einzelnen Fachbereichen und auf dem Arbeitsmarkt in ein paar Jahren darstellt. Dabei könnten erneut die vorgegebenen und realen Übergangsquoten erfasst, und darauf basierend Einschätzungen zu möglichen Entwicklungen des Qualifikationsniveaus getroffen werden. Ob der Fachkräftebedarf mit der zu-

nehmenden Zahl von Bachelorabsolventen gedeckt werden kann, bleibt abzuwarten. Hierfür müssten die Bedeutung der gestuften Studiengänge für berufliche Tätigkeiten sowie die Akzeptanz der neuen Studienabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren erfasst werden. Eine weitere Untersuchung könnte auch die Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen einbeziehen. Interessant wäre auch, traditionelle Staatsexamenstudiengänge wie die Lehrer- oder Juristenausbildung genauer zu analysieren. Untersuchungsrelevanz besitzt zudem die Frage, inwieweit ausländische Studierende bei eingeschränkten ‚Masterquoten‘ die Möglichkeit haben, ein Masterstudium in Deutschland aufzunehmen. Und nicht zuletzt bietet sich auch das Thema der ‚Öffnung der Hochschulen‘ für eine weitere Studie an. Dafür sind sowohl Aspekte wie die soziale Selektion als auch die Aufnahme eines weiterbildenden Masterstudiengangs von entsprechend qualifizierten Bewerbern ohne Hochschulabschluss von zentraler Bedeutung.

Mit der Studienstruktureform wurde beschlossen, das Hochschulsystem auf Bachelor und Masterstudiengänge umzustellen. Von einer Quote war keine Rede. Aber es besteht aufgrund der oben dargestellten Kapazitätsprobleme weiterhin keine Sicherheit, dass von Verschärfungen direkter oder indirekter Quoten Abstand genommen wird. Die eigentliche Bewährungsprobe der neuen Studiengänge und der Übergangsregelungen steht noch aus und sie können daher erst in ein paar Jahren bewertet werden. Es ist anzunehmen, dass auch in Zukunft der Zugang zu einem Masterstudiengang nicht allen Bachelorabsolventen ermöglicht wird. Dennoch bleibt zu hoffen, dass die Probleme der quantitativen Übergänge bald für alle Beteiligten zufriedenstellend gelöst werden und die Studierenden ihre Erwartungen in bezug auf die Fortsetzung und Vertiefung ihres Studiums mit einem Master nicht relativieren müssen. Die Regelungen, ihre Umsetzungen und Konsequenzen sollten weiterhin aufmerksam beobachtet werden.



## Quellen: Literatur und verwendete Informationen

### A. Literatur- und Internetquellen

Alpes, G. W. (2006): Besser macht's der Master. In: Deutsches Ärzteblatt 7/2006. Köln: Verlag Deutsches Ärzteblatt, S. 303-305

Anz, C. (2006): Statements zur Podiumsdiskussion: Perspektiven der Hochschulentwicklung in Deutschland im Lichte des Bologna-Prozesses. In: HRK (Hrsg.): Perspektiven der Hochschulentwicklung in Deutschland im Lichte des Bologna-Prozesses. Dokumentation der 35. Jahrestagung des Bad Wiesseer Kreises, 5.Mai-8.Mai 2005. Beiträge zur Hochschulpolitik 3/2006. Bonn: HRK, S. 86-92

BDA (2003): Memorandum zur gestuften Studienstruktur.  
URL: [http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/MemorandumzurgestuftetenStudiens/\\$file/Memorandum%20BA\\_MA\\_deutsch.pdf](http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/MemorandumzurgestuftetenStudiens/$file/Memorandum%20BA_MA_deutsch.pdf)  
(Zugriff am 21.12.2007)

Bloch, R./Lischka, I. (2007): Veränderte Bedingungen, veränderte Studierentscheidungen, verändertes Studierverhalten? Studierendenforschung und Studienreform. In: Kreckel, R./Pasternack, P. (Hrsg.): 10 Jahre HoF. Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung 1/2007. Wittenberg: HoF, S. 58-64

Bortz, J./Döring, N. (2002): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer-Verlag, 3. Aufl.

Brandt (2005): Positionspapier des VDI Berlin Brandenburg zur Entwicklung des Bologna Prozesses. Bachelor/Master. Parlamentarischer Abend Berlin Brandenburg am 30.11.2005.  
URL: <http://www.vdi-bb.de/bvbb/projekte/hschul/PPBMNov05.pdf> (Zugriff am 14.11.2005)

Briedis, K. (2005): Der Bachelor als Sprungbrett? Erste Ergebnisse zum Verbleib von Absolventen mit Bachelorabschluss. In: Leszczensky, M./Wolter, A. (Hrsg.): Der Bologna-Prozess im Spiegel der Hochschulforschung. Hannover: HIS, S. 39-48

Cleuvers, B. (2007): Fachkräftemangel und neue Qualifikationen als Herausforderungen für Bildungs- und Beschäftigungssystem, Pressemeldung vom 5.02.2007.  
URL: [http://www.innovations-report.de/html/berichte/bildung\\_wissenschaft/bericht-78190.html](http://www.innovations-report.de/html/berichte/bildung_wissenschaft/bericht-78190.html) (Zugriff am 12.11.2007)

- DHV (2005): Stellungnahme des Landesverbands NRW des Deutschen Hochschulverbands zum Erlass des MWF von NRW vom 16.02.2005, AZ 211, zur Einführung gestufter Studiengänge, hier: Landesspezifische Strukturvorgaben.  
URL: <http://www.hochschulverband.de/cms/fileadmin/pdf/resolutionen/NRW-Strukturvorgaben%20.pdf> (Zugriff am 31.09.2007)
- Dierkes, M./Merkens, H. (2002): Zur Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland. Berlin: WZB
- Dohmen, D. et al. (2007): Höherqualifizierungs- und Bildungsstrategien anderer Länder. Studie im Rahmen der Berichterstattung zur Technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. FiBS-Forum Nr. 36. Berlin: FiBS
- Drake, H. (2003): Bachelor- und Master. Über den Umbau des deutschen Studiensystems und das angloamerikanische Vorbild. In: Schwarz, S. (Hrsg.): Universities of the future – Transatlantischer Dialog, Reader/DAAD Dok&Mat, Band 45. Bonn: DAAD, S. 183-201
- Engel, C. (2002): Das legitime Ziel als Element des Übermaßverbots. Gemeinwohl als Frage der Verfassungsdogmatik. In: Brugger, W. et al. (Hrsg.): Gemeinwohl in Deutschland, Europa und der Welt, Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat 24. Baden-Baden, S. 103-172
- Farhauer, O. (2003): Qualifizierung, Betriebsspezifität und Arbeitslosigkeit. Wirkungen der Globalisierung, neuen Ökonomie und Europäisierung auf den Faktor Arbeit. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- FAZ (2007): OECD: Deutschland muss mehr Akademiker ausbilden. Bildungsbericht prognostiziert Ingenieur- und Lehrermangel. Schavan nennt Hochschulabsolventenquote von 40 Prozent als Ziel. In: FAZ vom 19.09.2007, S. 2
- fzs (2007): Stellungnahme zur Bolognafolgekonzferenz Mai 2007 in London.  
URL: [http://www2.fzs.de/uploads/stellungnahme\\_zur\\_bolognafolgekonzferenz\\_mai\\_2007\\_in\\_london.pdf](http://www2.fzs.de/uploads/stellungnahme_zur_bolognafolgekonzferenz_mai_2007_in_london.pdf) (Zugriff am 12.10.2007)
- Freimuth, A. (2005): Eine Universität ist keine Berufsausbildungsakademie. In: Forschung & Lehre 10/2005. Bonn: DHV, S. 544-545
- Gaetgens, P. (2007): Deutschland im Bremserhäuschen? Bologna – ein europäisches Projekt im Endspurt. In: Forschung & Lehre 7/2007. Bonn: DHV, S. 401-405
- Grigat, F. (2007): Masterplan ohne Mastermind? Zum aktuellen Stand des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen. In: Forschung & Lehre 5/2007. Bonn: DHV, S. 276-278
- Gützkow, F./Quaißer, G. (2005): Denkanstöße zum Bologna-Prozess. In: Gützkow, F./Quaißer, G. (Hrsg.): Jahrbuch Hochschule gestalten 2005. Denkanstöße zum Bologna-Prozess. Bielefeld: UniversitätsVerlag Webler, S. 9-16

- Hachmeister, C.-D. (2007): Einflussfaktoren der Studienentscheidung. Eine empirische Studie von CHE und EINSTIEG, CHE-Arbeitspapier Nr. 95. Gütersloh: CHE
- Hanauer, F. (2007): Uni bietet nur jedem Dritten Master-Abschluss an. In: Welt-Online vom 14.06.2007.  
URL: [http://www.welt.de/hamburg/article946693/Uni\\_bietet\\_nur\\_jedem\\_Dritten\\_Master-Abschluss\\_an.html](http://www.welt.de/hamburg/article946693/Uni_bietet_nur_jedem_Dritten_Master-Abschluss_an.html) (Zugriff am 17.11.2007)
- Hanft, A./Pechar, H. (2005): Zugänge und Übergänge im Hochschulsystem. In: Hanft, A./Müskens, I. (Hrsg.): Bologna und die Folgen für die Hochschulen. Bielefeld: UniversitätsVerlag Webler, S. 52-68
- Hartung, M.J./Wiarda, J.-M. (2008): Der große Feldversuch. In: Die ZEIT vom 17.01.2008, S. 61
- Himmelrath, A. (2005): Kein Zutritt zur Meisterklasse? Spiegel-Online. Unispiegel vom 5.04.2005.  
URL: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,349850,00.html> (Zugriff am 3.01.2008)
- Hönisch, T. (2007): Pressemeldung vom 27.09.2007.  
URL: [http://www.asta-uhh.de/42.0.html?&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=212&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=da1d83bb0a](http://www.asta-uhh.de/42.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=212&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=da1d83bb0a) (Zugriff am 3.11.2007)
- HRK (o. J.): Homepage der Hochschulrektorenkonferenz. Bologna-Zentrum. FAQs.  
URL: <http://www.hrk-bologna.de/bologna/de/home/2031.php> (Zugriff am 12.12.2007)
- HRK (2003): Im europäischen Hochschulraum – Sachstand und Strategien der deutschen Hochschulen in Vorbereitung der Berlin-Konferenz am 18./19.September 2003. Entschließung des 200. Plenums der HRK vom 08.Juli 2003. In: HRK (Hrsg.): Bologna Reader. Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004. Bonn: HRK, S. 69-83
- HRK (2005): HRK fordert, Finanzierung der Hochschulen auf neue Grundlage zu stellen. Abschluss der Jahresversammlung in München, Pressemitteilung der HRK vom 3.05.2005.  
URL: <http://www.hrk.de/de/presse/2559.htm> (Zugriff am 8.01.2007)
- HRK (Hrsg.) (2006): Glossary on the Bologna Process. English – German – Russian. Beiträge zur Hochschulpolitik 7/2006. Bonn: HRK
- Hünig, L./Langer, M. (2006): Der Mastermarkt nach Bologna. Den Markt für Master-Programme verstehen, Strategien gestalten. Arbeitspapier Nr. 81. Gütersloh: CHE.  
URL: [http://www.che.de/downloads/Mastermarkt\\_AP81.pdf](http://www.che.de/downloads/Mastermarkt_AP81.pdf) (Zugriff am 12.10.2007)

- Hüttmann, J./Pasternack, P. (2005): Studiengebühren nach dem Urteil. In: HoF-Arbeitsbericht 5/2005. Wittenberg: HoF
- Hundt, D. (2007): Offene Türen für den Bachelor. In: HRK (Hrsg.): Fit für die Welt. Die deutschen Hochschulen auf dem Weg zum Europäischen Hochschulraum. HRK: Bonn, S. 46
- IAB (2005) (Hrsg.): IAB Handbuch. Analysen, Daten, Fakten. IAB: Nürnberg
- idw (2004): Der Bachelor öffnet alle Türen, der Master ist das Ziel, Pressemeldung des Informationsdienst Wissenschaft vom 15.10.2004.  
URL: <http://idw-online.de/pages/de/news87403> (Zugriff am 12.10.2007)
- Jahn, H. (2001): Neue Studiengangsmodele – neue Modelle des Hochschulzugangs? In: Lischka, I./ Wolter, A. (Hrsg.): Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen. Weinheim: Beltz, S. 177-186
- Jahn, D. (2007): Hochschulausbildung und Qualifizierung des Wissenschaftlichen Nachwuchses in Europa. In: HRK (Hrsg.): Die deutschen Hochschulen zwischen Bundesländern und Europa. HRK-Jahresversammlung 2006. Beiträge zur Hochschulpolitik 2/2007. Bonn: HRK, S. 91-94
- Kaube, J. (2005): Abspeisung des Bachelors. In: FAZ vom 8.04.2005, S. 33
- Kehm, B./Teichler, U. (2005): Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Betrachtungen im internationalen Vergleich. In: Alesi et al. (Hrsg.): Bachelor- und Masterstudiengänge in ausgewählten Ländern Europas im Vergleich zu Deutschland. Bonn/Berlin: BMBF, S.24-39
- Keller, A. (2006): Staatlich angeordnete Studienstrukturreform. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland. In: Meyer, H. (Hrsg.): Der Dezzennien-Dissens. Die deutsche Hochschulkontroverse als Verlaufsform. Berlin: trafo verlag, S. 371-387
- Keller, A. (2007): Der Beruf im Mittelpunkt. In: HRK (Hrsg.): Fit für die Welt. Die deutschen Hochschulen auf dem Weg zum Europäischen Hochschulraum. Bonn: HRK, S. 47
- Kerst, C. et al. (2005): Implementation der neuen Studiengänge – Stand und Auswirkungen auf Studierbereitschaft und Studierchancen. In: Gützkow, F./Quaißer, G. (Hrsg.): Jahrbuch Hochschule gestalten 2005. Denkanstöße zum Bologna-Prozess. Bielefeld: UniversitätsVerlag Webler, S. 39-62
- Kirchgessner, K. (2007): Damit muss man rechnen. In: Die ZEIT vom 25.10.2007, S. 80

- Kluge, G. (2003): Geisteswissenschaften in der Wirtschaft – das ist kein Widerspruch. In: Keisinger, F./Seischab, S. (Hrsg.): Wozu Geisteswissenschaften? Kontroverse Argumente für eine überfällige Debatte. Frankfurt: Campus Verlag, S. 66-73
- KMK (2003a): 10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.06.2003. In: HRK (Hrsg.): Bologna Reader. Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, 5. Aufl., Bonn: HRK, S. 34-36
- KMK (2003b): Ländergemeinsame Strukturvorgaben. In: HRK (Hrsg.): Bologna Reader. Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, 5. Aufl., Bonn: HRK, S. 69-83
- KMK (2005): Realisierung der Ziele des Bologna-Prozesses – Fortschreibung der Übersicht zur Einführung gestufter Studiengänge. Länderumfrage Stand September 2005. In: HRK (Hrsg.): Bologna Reader II. Neue Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Beiträge zur Hochschulpolitik 5/2007. Bonn: HRK, S. 54-67
- KMK/BMBF (2007): Bologna-Prozess. Nationaler Bericht 2005 bis 2007 für Deutschland und Nationaler Aktionsplan zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen von KMK und BMBF.  
URL: [http://www.bmbf.de/pub/nationaler\\_bericht\\_bologna\\_05-07.pdf](http://www.bmbf.de/pub/nationaler_bericht_bologna_05-07.pdf) (Zugriff am 12.01.2008)
- Köhler, G. (2004): Stellungnahme der GEW für die Anhörung „Bologna-Prozess“ des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzungen am 3. Mai 2004 in Berlin. Frankfurt: GEW Dokumente Hochschule und Forschung
- Köhler, G. (2006): Abschaffungen überwinden, neue Formen der Kooperation suchen. In: HRK (Hrsg.): Perspektiven der Hochschulentwicklung in Deutschland im Lichte des Bologna-Prozesses. Dokumentation der 35. Jahrestagung des Bad Wiesseer Kreises, 5.Mai - 8.Mai 2005. Beiträge zur Hochschulpolitik 3/2006. Bonn: HRK, S. 93-98
- Krawietz, M. (2007): Bachelor! Was sonst? Abschlussarten deutscher Studienanfänger im WS 07/08. HISBUS-Online Panel. HISBUS-Kurzinformation Nr. 17. Hannover: HIS.  
URL: <https://hisbus.his.de/hisbus/docs/hisbus17.pdf> (Zugriff am 10.01.2008)
- Krüger, C. (2005): Auslese ja, Quote nein. In: DUZ. Das unabhängige Hochschulmagazin 06/2005. Berlin: RAABE, S. 31-33

- Landesverband NRW (2005): Stellungnahme des Landesverbands NRW des Deutschen Hochschulverbands zum Erlass des MWF von NRW vom 16.02.2005, AZ 211, zur Einführung gestufter Studiengänge, hier: Landesspezifische Strukturvorgaben.  
URL: <http://www.hochschulverband.de/cms/fileadmin/pdf/resolutionen/NRW-Strukturvorgaben%20.pdf> (Zugriff am 10.11.2007)
- Lenhardt, G. (2005): Hochschulen in Deutschland und in den USA. Deutsche Hochschulpolitik in der Isolation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Lischka, I. (2001a): Gründe der Studienentscheidung und Erwartungen zum Übergang in den Beruf. Aspekte der Generierung hochschulischer Qualitätsziele. In: Olbertz, J.-H. et al. (Hrsg.): Qualität – Schlüsselfrage der Hochschulreform. Weinheim: Beltz, S. 147-184
- Lischka, I. (2001b): Hochschulzugang – Schnittstelle zwischen Hochschule, Gesellschaft, Individualebene. In: Lischka, I./ Wolter, A. (Hrsg.): Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen. Weinheim: Beltz, S. 27-40.
- Lischka, I./Lewin, D.(2006): Hochschulzugang – neue Chancen oder Risiken? Veränderungen beim Hochschulzugang durch hochschuleigene Auswahlverfahren. In: Meyer, H. (Hrsg.): Der Dezennien-Dissens. Die deutsche Hochschulkontroverse als Verlaufsform. Berlin: trafo verlag, S. 317-332
- Lischka, I. (2007): Prozesse der Zugänge zu den Masterstudiengängen (unveröffentlichtes Manuskript). Wittenberg: HoF
- Lücke, M. (2007): Die Chancen der offenen Türen. Die Wissensgesellschaft Deutschland ist auf internationale Fachkräfte angewiesen. In: Handelsblatt vom 30.08.2007, S. 8
- Maassen, O. T. (2004): Die Bologna-Revolution. Auswirkungen der Hochschulreform in Deutschland. Frankfurt am Main: Bankakademie-Verlag
- Meier, K. (2007): Neu auf dem Arbeitsmarkt. Unternehmen sind unsicher, was Bachelorabsolventen können. In: Kölner Stadtanzeiger vom 30.01.2007
- Mayer, K. U. (2003): Das Hochschulwesen. In: Cortina, K.S. et al. (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 581-624
- Moog, H. (2006): Kapazitätseffekte und Lehrkräftebedarf. In: Moog, H./Vogel, B. (Hrsg.): Bachelor- und Masterstudiengänge. Materialien zur Organisation und Ressourcenplanung. Forum Hochschule 1/2006. Hannover: HIS, S. 39-64
- Moog, H./Vogel, B. (2006): Herausforderungen für Organisation und Ressourcenplanung. in: Moog, H./Vogel, B. (Hrsg.): Bachelor- und Masterstudiengänge. Materialien zur Organisation und Ressourcenplanung. Forum Hochschule 1/2006. Hannover: HIS, S. 1-20

- Moog, H./Schowe-von der Brelie, B. (2006): Anpassung des Kapazitätsermittlungsrecht in den Bundesländern. Ergebnisse einer Befragung der Wissenschaftsministerien, in: Moog, H./Vogel, B. (Hrsg.): Bachelor- und Masterstudiengänge. Materialien zur Organisation und Ressourcenplanung. Forum Hochschule 1/2006. Hannover: HIS, S. 81-94
- Morkel, A. (2000): Die Universität muss sich wehren. Ein Plädoyer für ihre Erneuerung. Darmstadt: Primus Verlag
- Nienhaus, G. U. (2007): Die Physik auf Bologna-Kurs. Eine Umfrage der Konferenz der Fachbereiche Physik (KFP) gibt einen Überblick über die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge.  
URL: [http://www.dpg-physik.de/presse/pressemit/2007/pdf/ba-ma\\_pj-okt-2007.pdf](http://www.dpg-physik.de/presse/pressemit/2007/pdf/ba-ma_pj-okt-2007.pdf) (Zugriff am 13.11.2007)
- Oberliesen, R./Schulz, C. (2005): Leben planen – Zukunft gestalten. Auseinandersetzung mit der Arbeits- und Berufswelt. In: Engelhardt, H. (Hrsg.): Schulmagazin 5 bis 10. Heft 1. München: Oldenbourg Schulbuchverlag, S. 5-8.
- OECD (2007): Education at a Glance 2007. OECD Indicators.  
URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/4/55/39313286.pdf> (Zugriff am 10.01.2008)
- o.V. (1999): Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister vom 19. Juni 1999 in Bologna.  
URL: [http://www.bmbf.de/pub/bologna\\_deu.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bologna_deu.pdf) (Zugriff am 22.02.2008)
- o.V. (2004): Bachelor als Regelabschluss? Positionen der Fakultätentage. In: Forschung & Lehre 2/2004. Bonn: DHV, S. 62-65
- o.V. (2007): Fachkräftelücke wird größer. In: Der Spiegel vom 3.09.2007, S. 81
- Pasternack, P. (2005): Wittenberg als Bildungsstandort. In: HoF- Arbeitsbericht 7/05. Wittenberg: HoF
- Pasternack, P. (2006): Qualität als Hochschulpolitik. Leistungsfähigkeit und Grenzen eines Policy-Ansatzes. Bonn: Lemmens
- Preuß, R. (2006): Voll beschäftigt mit Personalmangel. In: Süddeutsche Zeitung vom 28.09.2007, S. 3
- Rehburg, M. (2006): Hochschulreform und Arbeitsmarkt. Die aktuelle Debatte zur Hochschulreform und die Akzeptanz von konsekutiven Hochschulabschlüssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt.  
URL: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/03624.pdf> (Zugriff am 16.11.2007)

- Rehn, K. (2006): Der Übergang vom Bachelor zum Master. In: HRK (Hrsg.): Bologna Reader II. Neue Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, Beiträge zur Hochschulpolitik 5/2007. Bonn: HRK, S. 93-104
- Reischmann, J. (2007): Eine Widerrede. Der BA/MA-Unsinn. In: Nuissl, E. (Hrsg.): Die Studiengänge. In: DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung 3/2007. Bielefeld: W. Bertelsmann, S. 28-29
- Schwarz-Hahn, S./Rehburg, M. (2004): Bachelor und Master in Deutschland – Empirische Befunde zur Studienstrukturereform. Münster: Waxmann
- Sietzen, E. (2004): Studieren in Europa. Bologna und die Folgen. Über Studienreform, Elitebildungen und Einsparungen im Hochschulbereich. Ekd-Ansätze 3/2004, S. 8-11.  
URL: [http://www.ekd.de/esg/esg\\_downloads/ansaetze\\_3-04-Schwerpunkt-Thema.pdf](http://www.ekd.de/esg/esg_downloads/ansaetze_3-04-Schwerpunkt-Thema.pdf) (Zugriff am 12.01.2008)
- Soboll, H. (2004): HRK-Jahresversammlung 2004, Wissenschaftlicher Nachwuchs, Arbeitssitzung 4.5.2004, Forum II, „Verantwortung wahrnehmen“.  
URL: [http://www.hrk.de/de/download/dateien/Horst\\_Soboll.pdf](http://www.hrk.de/de/download/dateien/Horst_Soboll.pdf) (Zugriff am 14.11.2007)
- Speiwak, M./Wiarda, J.-M. (2008): Runderneuert. In: Die ZEIT vom 17.01.2008, S. 62
- Staack, S. (2005): Gespräch mit Sonja Staack und Clemens Klockner. Der Bologna-Prozess in Hochschulgestaltung und Hochschulpolitik. In: Gützkow, F./Quaißer, G. (Hrsg.): Jahrbuch Hochschule gestalten 2005. Denkanstöße zum Bologna-Prozess. Bielefeld: UniversitätsVerlag Webler, S. 17-38
- Statistisches Bundesamt (2007a): 4 % mehr Studienanfänger im Studienjahr 2007, Pressemitteilung Nr. 502 vom 12.12.2007.  
URL: [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2007/12/PD07\\_502\\_213,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2007/12/PD07_502_213,templateId=renderPrint.psml) (Zugriff am 12.11.2007)
- Statistisches Bundesamt (2007b): Bildung und Kultur. Prüfungen an Hochschulen. Fachserie 11, Reihe 4.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Stifterverband (2004): Bachelor Welcome. Erklärung führender deutscher Unternehmen zur Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse in Deutschland. Berlin: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.  
[http://www.stifterverband.de/pdf/bachelor\\_welcome\\_070604.pdf](http://www.stifterverband.de/pdf/bachelor_welcome_070604.pdf) (Zugriff am 12.10.2007)
- Storm, A. (2007): Grußwort. In: HRK (Hrsg.): Die deutschen Hochschulen zwischen Bundesländern und Europa. HRK-Jahresversammlung 2006. Beiträge zur Hochschulpolitik 2/2007. Bonn: HRK, S. 32-39



- Taffertshofer, B. (2007): Deutsches Bildungssystem fällt weiter zurück. Neuer OECD-Bericht rügt geringe Zahl von Studenten. Bildungsministerin Schavan kündigt weitere Reformen an. In: Süddeutsche Zeitung vom 19.09.2007, S. 6
- Teichler, U. (2005): Hochschulsysteme und Hochschulpolitik. Quantitative und strukturelle Dynamiken, Differenzierungen und der Bologna-Prozess. Münster: Waxmann
- Thierfelder, R. (2005): Erhebliche Kapazitätsprobleme. Über die Zugangsvoraussetzungen der gestuften Studienstruktur. In: Forschung & Lehre. Bonn: DHV S. 658-661
- Thies, E. (2000): Für die Hürde zwischen Bachelor und Master. In: DUZ. Das unabhängige Hochschulmagazin, 5/2000. Berlin: RAABE, S. 7
- Trotier, K. (2007): Der seltsame Mannheimer Politologenschwund. Einmal Master ohne Rückfahrschein: Immer mehr Studenten wechseln nach dem ersten Abschluss ins Ausland. In: FAZ vom 5.10.2007, S. 48
- Turner, G. (2001): Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Zur Geschichte der Hochschulreform im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Berlin: Duncker&Humblot.
- VDI (2007): Bilanz des "Mager-Managements". Arbeitsmarkt: Manfred Schweres kritisiert Unternehmen, die die Nachwuchsgewinnung bei Ingenieuren mehr hemmten als förderten. In: Vdi Nachrichten vom 14.09.2007, S. 6
- Weber, M.: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Winckelmann, J. (1988) (Hrsg.): Max Weber. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 146-214
- Weegen, M. (2005): Der Schweinezyklus lebt. Oder: Warum ein rasches Absolventenhoch langfristig Akademikermangel verursachen kann. In: Das Hochschulwesen 2/ 2005. Bielefeld: UniversitätsVerlag Weblar, S. 49 - 55.
- Weiler, N. et al. (2003): Hochschulpolitik als Arbeitsmarktpolitik. Vorschläge zu einer beschäftigungsorientierten Hochschul- und Studienreform. In: Bensel, N. et al. (Hrsg.): Hochschulen, Studienreform und Arbeitsmärkte. Voraussetzungen erfolgreicher Beschäftigungs- und Hochschulpolitik. Bielefeld, S. 33-72
- Wex, P. (2005): Bachelor und Master. Die Grundlagen des neuen Studiensystems in Deutschland. Ein Handbuch. Berlin: Duncker&Humblot
- Wex, P. (2007): Aktuelle Rechtsfragen zum Bologna-Prozess. Teil 2. Einzelne Rechtsfragen, namentlich zur Zulassung, K 2.7. In: Berendt, Bet al. (Hrsg.): Neues Handbuch Hochschullehre: Lehren und Lernen effizient gestalten. Teil K 2.7, Entwicklung von Rahmenbedingungen und Studiensystemen. Berlin: Raabe

- Wiarda, J.-M. (2007a): Die fiese Formel. Wie eine alte Verordnung die Hochschulen zum Stillstand verurteilt. In: Die ZEIT vom 20.09.2007, S. 85 f.
- Wiarda, J.-M. (2007b): Von Bologna nach London: Der lange Weg einer guten Idee. In: HRK (Hrsg.): Fit für die Welt. Die deutschen Hochschulen auf dem Weg zum Europäischen Hochschulraum. HRK: Bonn, S. 6-7
- WR (2006): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Berlin: Wissenschaftsrat.  
URL: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf> (Zugriff am 8.01.2008)
- Witte, J./ von Stuckgrad, T. (2007): Kapazitätsplanung in gestuften Studienstrukturen. Vergleichende Analyse des Vorgehens in 16 Bundesländern. CHE- Arbeitspapier Nr. 89. Gütersloh: CHE.  
URL: [http://www.che.de/downloads/Kapazitaetsplanung\\_in\\_gestuften\\_Studienstrukturen\\_AP89.pdf](http://www.che.de/downloads/Kapazitaetsplanung_in_gestuften_Studienstrukturen_AP89.pdf) (Zugriff am 13.10.2007)
- Zechlin, L. (2007): Strategische Hochschulentwicklung. Überlegungen zu einer Typologie. In: Kreckel, R./Pasternack, P. (Hrsg.): 10 Jahre HoF. Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung, 1/2007. Wittenberg: HoF, S. 115-131
- ZVS (2003): Verordnung über die Kapazitätsermittlung, die Curricularnormwerte und die Festsetzung von Zulassungszahlen (KapVO), Stand 2003/2004.  
URL: <http://www.zvs.de/Service/Download/KapVO.pdf> (Zugriff am 30.11.2007)

## **B. Verwendete Dokumente der Länder und Universitäten nach Bundesländern**

### **Baden-Württemberg**

Bewerbungsstatistik: Bewerbungsstatistik Wintersemester 2006/2007.

URL: <https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Bewerberstatistik.pdf>  
(Zugriff am 10.12.2007)

Hochschule 2012: Hochschule 2012. Hochschulkongress der Landesregierung Baden-Württemberg, 23.02.2006. Dokumentation.

URL: [http://www.mwk.baden-wuerttemberg.de/uploads/tx\\_ttproducts/datasheet/Dokumentation\\_Hochschule\\_2012.pdf](http://www.mwk.baden-wuerttemberg.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Dokumentation_Hochschule_2012.pdf) (Zugriff am 10.11.2007)

Homepage der Universität Hohenheim: URL: <http://www.uni-hohenheim> (Zugriff am 3.01.2008)

Landtag BW 2005: Landtag von Baden-Württemberg Drucksache 13 / 4150, 13. Wahlperiode 16.03.2005, Antrag der Abg. Werner Pfisterer u. a., CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

URL: [http://www.landtag-bw.de/wp13/drucksachen/4000/13\\_4150\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/wp13/drucksachen/4000/13_4150_d.pdf)  
(Zugriff am 1.11.2007)

LHG: Gesetz über die Hochschulen und Berufsakademien in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG). In: Gesetzblatt Baden-Württemberg vom 5.01.2005,

URL: [http://www.mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/gesetze/2\\_Hochschul\\_Gesetzblatt010105.pdf](http://www.mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/gesetze/2_Hochschul_Gesetzblatt010105.pdf) (Zugriff am 1.11.2007)

Solidarpakt II: Solidarpakt II. Vereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit den Hochschulen und Berufsakademien des Landes Baden-Württemberg vom 2.03.2007.

URL: [http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/hochschulen/Solidarpakt\\_II.pdf](http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/hochschulen/Solidarpakt_II.pdf) (Zugriff am 1.11.2007)

Studierendenstatistik: Studierendenstatistik Wintersemester 2006/2007.

URL: [https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/stat\\_ws0607\\_01.pdf](https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/stat_ws0607_01.pdf)  
(Zugriff am 10.12.2007)

Studieninfo BW: Studieninformation Baden-Württemberg.

URL: [http://www.studieninfo-bw.de/studieren\\_in\\_bw/einfuehrungbachelormast/bachelormaster/](http://www.studieninfo-bw.de/studieren_in_bw/einfuehrungbachelormast/bachelormaster/) (Zugriff am 1.11.2007)

Zulassungsordnung Winfo: Zulassungsordnung der Universitäten Hohenheim und Stuttgart für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik vom 1.10.2004.

URL: [https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Zulassungsordnung\\_Winfo\\_Master\\_02.pdf](https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Zulassungsordnung_Winfo_Master_02.pdf) (Zugriff am 10.12.2007)

## Bayern

BayHZG: Gesetz über die Hochschulzulassung in Bayern (Bayerisches Hochschulzulassungsgesetz - BayHZG) vom 9.05.2007.

URL: <http://www.fh-neu-ulm.de/d/hochschule/pdf/Hochschulzulassungsgesetz.pdf> (Zugriff am 1.11.2007)

BHSchG: Bayerisches Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23.05.2006.

URL: [http://www.servicestelle.bayern.de/bayern\\_recht/recht\\_db.html?http://by.juris.de/by/gesamt/HSchulG\\_BY\\_2006.htm#HSchulG\\_BY\\_2006\\_rahmen](http://www.servicestelle.bayern.de/bayern_recht/recht_db.html?http://by.juris.de/by/gesamt/HSchulG_BY_2006.htm#HSchulG_BY_2006_rahmen) (Zugriff am 1.11.2007)

## Berlin

BerlHG: Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG) in der Fassung des Zwölften Änderungsgesetzes vom 12. Juli 2007.

URL: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/senwfk/pdf-dateien/recht/berliner\\_hochschulgesetz.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/senwfk/pdf-dateien/recht/berliner_hochschulgesetz.pdf) (Zugriff am 1.12.2007)

BerlHZG: Gesetz über die Zulassung zu den Hochschulen des Landes Berlin in zulassungsbeschränkten Studiengängen (Berliner Hochschulzulassungsgesetz - BerlHZG) in der Fassung vom 18.06.2005, zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes zu dem Vertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 18.05.2007.

URL: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wissenschaft/recht/gesetze\\_und\\_verordnungen/berlhzg.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wissenschaft/recht/gesetze_und_verordnungen/berlhzg.pdf) (Zugriff am 1.12.2007)

Homepage der FU Berlin: URL: <http://www.fu-berlin> (Zugriff am 6.01.2008)

Leistungsbericht 2005: Leistungsberichte der Berliner Hochschulen zum Jahr 2005 einschließlich Mittelbemessung (ohne Medizin).

URL: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/senwfk/pdf-dateien/hochschulpolitik/leistungsbericht\\_2005\\_nachjourfixe\\_incl\\_anlagen.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/senwfk/pdf-dateien/hochschulpolitik/leistungsbericht_2005_nachjourfixe_incl_anlagen.pdf) (Zugriff am 1.12.2007)

Leistungsbericht 2006: Leistungsberichte der Berliner Hochschulen zum Jahr 2006 einschließlich Mittelbemessung (ohne Medizin).

URL: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wissenschaft/hochschulpolitik/leistungsberichte/leistungsbericht\\_2006.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wissenschaft/hochschulpolitik/leistungsberichte/leistungsbericht_2006.pdf) (Zugriff am 1.12.2007)

Prüfungsordnung PoWi: Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Politikwissenschaft. In: Amtsblatt der Freien Universität Berlin 46/2007 vom 16.08.2007.

URL: <http://www.fu-berlin.de/service/zuvdocs/amtsblatt/2007/ab462007.pdf> (Zugriff am 5.01.2008)

Satzung Inf: Satzung zur Regelung der Vergabe von Studienplätzen für den Masterstudiengang Informatik des Fachbereichs Mathematik und Informatik der Freien Universität Berlin. In: Amtsblatt der Freien Universität Berlin 47/2007 vom 17.08.2007.

URL: <http://www.fu-berlin.de/service/zuvdocs/amtsblatt/2007/ab472007.pdf> (Zugriff am 10.01.2008)

Studienordnung Inf: Studienordnung für den Masterstudiengang Informatik am Fachbereich Mathematik und Informatik der Freien Universität Berlin. In: Amtsblatt der Freien Universität Berlin vom 28.04.2003.

URL: <http://www.fu-berlin.de/studium/docs/texte/informatik-66.pdf> (Zugriff am 10.01.2008)

Studienordnung PoWi: Studienordnung für den Masterstudiengang Politikwissenschaft. In: Amtsblatt der Freien Universität Berlin 46/2007 vom 16.08.2007.

URL: <http://www.fu-berlin.de/service/zuvdocs/amtsblatt/2007/ab462007.pdf> (Zugriff am 5.01.2008)

Zulassungsordnung FU: Zulassungsordnung der Freien Universität Berlin für das Wintersemester 2006/07.

URL: <http://www.fu-berlin.de/service/zuvdocs/amtsblatt/2006/ab432006.pdf> (Zugriff am 10.01.2008)

## **Brandenburg**

Homepage der Uni Potsdam: URL: <http://www.uni-potsdam.de> (Zugriff am 6.01.2008)

HSPV: Verordnung über die Gestaltung von Prüfungsordnungen zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit von Studium, Prüfungen und Abschlüssen (Hochschulprüfungsverordnung - HSPV) vom 07.06.2007.

URL: [http://www.landesrecht.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land\\_bb\\_bravors\\_01.c.43393.de](http://www.landesrecht.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.43393.de) (Zugriff am 1.11.2007)

Ordnung Inf: Studienordnung für den Bachelorstudiengang und den Masterstudiengang Informatik an der Universität Potsdam vom 15.06.1999.

URL: <http://www.uni-potsdam.de/u/ambek/ambe1000.htm#n2> (Zugriff am 3.01.2008)

Ordnung PoWi: Ordnung für das Masterstudium Politikwissenschaft an der Universität Potsdam vom 22.03.2006.

URL: <http://www.uni-potsdam.de/ambek/ambek2006/9/Seite2.pdf> (Zugriff am 3.01.2008)

Rahmenordnung BAMA: Rahmenordnung für das Bachelor- und Masterstudium an der Universität Potsdam vom 16.03.2006.

URL: [http://www.uni-potsdam.de/ambek/ambek2006/3/BAMA\\_Rahmenordnung.pdf](http://www.uni-potsdam.de/ambek/ambek2006/3/BAMA_Rahmenordnung.pdf) (Zugriff am 3.01.2008)

Statistik I: Studienplätze und Bewerberquoten (1. Fachsemester), WS 2006/07, zur Verfügung gestellt von E-Mail-Auskunft D (vgl. C)

Statistik II: Studierende, Studienanfänger und Neuimmatrikulierte nach 1. Fach – nach Studiengang, Geschlecht und Staatsangehörigkeit – WS 2007/08, zur Verfügung gestellt von E-Mail-Auskunft D (vgl. C)

Statistik III: Absolventen (1. Fach) nach Prüfungsjahren, zur Verfügung gestellt von E-Mail-Auskunft D (vgl. C)

Wanka (2004): Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Leitfaden für die Einrichtung von Bachelor- und Masterstudiengängen und die Umstellung der Diplom- und Magisterstudiengänge auf die gestufte Studienstruktur sowie für die Akkreditierung.

URL: <http://www.uni-potsdam.de/studienreform/Leitfaden%20Einrichtung%20BAMA-Studiengaenge.pdf> (Zugriff am 1.11.2007)

## **Bremen**

BHG: Bremisches Hochschulgesetzes vom 9.05.2007. In: Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen vom 25.05.2007.

URL: <http://www.forschungsfoerderung.uni-bremen.de/info/doc/bremhg.pdf> (Zugriff am 10.11.2007)

Dörhage (2007): Schreiben von Dr. Walter Dörhage vom 14.2.2007, zur Verfügung gestellt von E-Mail-Auskunft 4 (vgl. C)

Richtschnur Uni Bremen: Richtschnur zur Gestaltung von Masterstudiengängen. Vorläufiger Beschluss des AS vom 25.10.2006.

<http://www.lehre-studium.uni-bremen.de/pdf/Richtschnur.pdf> (Zugriff am 2.02.2008)

Wissenschaftsplan (2007): Wissenschaftsplan 2010: Bremen und Bremerhaven - Neufassung 2007 vom 23.02.2007.

URL: <http://www2.bildung.bremen.de/sfb/wissen/wissenschaftsplan.pdf> (Zugriff am 5.01.2007)

## **Hamburg**

Homepage der Universität Hamburg: URL: <http://www.uni-hamburg.de> (Zugriff am 3.01.2008)

HmbHG: Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18.07.2001.

URL: [http://hh.juris.de/hh/gesamt/HSchulG\\_HA.htm](http://hh.juris.de/hh/gesamt/HSchulG_HA.htm) (Zugriff am 10.11.2007)

- HZG: Gesetz über die Zulassung zum Hochschulstudium in Hamburg (Hochschulzulassungsgesetz - HZG) vom 28.12.2004.  
URL: [http://hh.juris.de/hh/gesamt/HSchulZulG\\_HA.htm](http://hh.juris.de/hh/gesamt/HSchulZulG_HA.htm) (Zugriff am 10.11.2007)
- Kommissionsempfehlungen: Kurzfassung der Kommissionsempfehlungen zur Hochschulreform Hamburgs 2003.  
URL: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2003/januar/30/kommissionsbericht-hochschulen-lang,property=source.pdf> (Zugriff am 15.11.2007)
- Satzung Auswahl: Satzung über Auswahlverfahren und -kriterien für die Studiengänge der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg vom 15.06.2006.  
URL: [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Studium/Master/M.A.Pol.-Satzung\\_Auswahlverfahren\\_\(ENDGUELTIGE\\_FASSUNG\).pdf](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Studium/Master/M.A.Pol.-Satzung_Auswahlverfahren_(ENDGUELTIGE_FASSUNG).pdf) (Zugriff am 10.01.2008)
- Satzung Zugang Inf: Satzung über besondere Zugangsvoraussetzungen für die Studiengänge der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften vom 16.1..2005.  
URL: <http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/vp-1/3/33/ZugangFak6.pdf> (Zugriff am 10.01.2008)
- Satzung Zugang PoWi: Satzung über besondere Zugangsvoraussetzungen für die Studiengänge der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg vom 9.03.2006.  
URL: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Studium/Master/bewerbung.html> (Zugriff am 10.01.2008)
- UniZS: Satzung der Universität Hamburg über die Zulassung zum Studium (Universitäts Zulassungssatzung – UniZS) vom 16.06.2005.  
URL: <http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/vp-1/3/33/ZulassungsS.pdf> (Zugriff am 10.01.2008)
- Zulassungsverordnung: Verordnung über Zulassungszahlen für die Universität Hamburg für das Wintersemester 2007/2008 vom 6. August 2007. In: Universität Hamburg: Kapazitätsbericht 2007/2008. Planung und Controlling. Endfassung. Stand: 09/2007, S. 249-257.  
URL: [http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/pr/1/11/kapber\\_07\\_08.pdf](http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/pr/1/11/kapber_07_08.pdf) (Zugriff am 10.01.2008)

## Hessen

HSG: Hessisches Hochschulgesetz (HSG) in der Fassung vom 5.11.2007.

URL: [http://www.hmwk.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMWK\\_15/HMWK\\_Internet/med/ce9/ce950eaa-e467-4611-1010-43bf5aa60dfa,22222222-2222-2222-2222-222222222222.pdf](http://www.hmwk.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMWK_15/HMWK_Internet/med/ce9/ce950eaa-e467-4611-1010-43bf5aa60dfa,22222222-2222-2222-2222-222222222222.pdf) (Zugriff am 1.11.2007)

Zielvereinbarungen: Zielvereinbarungen der hessischen Hochschulen.

URL: [http://www.hmwk.hessen.de/irj/HMWK\\_Internet?cid=cfc17f51b4f7b9fa0d746c2c7944909](http://www.hmwk.hessen.de/irj/HMWK_Internet?cid=cfc17f51b4f7b9fa0d746c2c7944909) (Zugriff am 1.11.2007)

## Mecklenburg-Vorpommern

LHG: Gesetz über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz – LHG M-V) vom 5.07.2002.

[http://www.kultus-mv.de/\\_sites/bibo/gesetze/lhg2002.pdf](http://www.kultus-mv.de/_sites/bibo/gesetze/lhg2002.pdf) (Zugriff am 10.11.2007)

## Niedersachsen

Bologna Erlass I: Eckwerte für die Einführung von Bachelor-/Master(BAMA)-Studiengängen, Schreiben des Wissenschaftsministeriums vom 18.05.2004, zur Verfügung gestellt von E-Mail-Auskunft 7 (vgl. C)

Bologna Erlass II: Eckwerte für die Einführung von Bachelor-/Master (BAMA)-Studiengängen, Schreiben des Wissenschaftsministeriums vom 25.07.2005, zur Verfügung gestellt von E-Mail-Auskunft 7 (vgl. C)

Bologna Erlass III: Eckwerte für die Einführung von Bachelor-/Master (BAMA)-Studiengängen, Schreiben des Wissenschaftsministeriums vom 14.09.2006, zur Verfügung gestellt von E-Mail-Auskunft 7 (vgl. C)

NHG: Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) in der Fassung vom 26.02.2007.

URL: [www.schule.de/22219/nhg.htm](http://www.schule.de/22219/nhg.htm) (Zugriff am 15.11.2007)

Musterordnungen: Ordnung über den Zugang und die Zulassung für den konsekutiven Masterstudiengang A.

URL: [http://www.mwk.niedersachsen.de/master/C23658627\\_N1117144\\_L20\\_D0\\_I731](http://www.mwk.niedersachsen.de/master/C23658627_N1117144_L20_D0_I731) (Zugriff am 21.11.2007)



## **Nordrhein-Westfalen**

HFG: Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) vom 31.10.2006.

URL: <http://sgv.im.nrw.de/gv/frei/2006/Ausg30/AGV30-1.pdf> (Zugriff am 10.11.2007)

## **Rheinland-Pfalz**

HochSchG: Hochschulgesetz (HochSchG) vom 21.07.2003.

URL: [http://www.mbwjk.rlp.de/fileadmin/Dateien/Downloads/Wissenschaft/HochSchG\\_5\\_8\\_03.pdf](http://www.mbwjk.rlp.de/fileadmin/Dateien/Downloads/Wissenschaft/HochSchG_5_8_03.pdf) (Zugriff am 10.11.2007)

## **Saarland**

BMRPO: Rahmenprüfungsordnung der Universität des Saarlandes für Bachelor- und Masterstudiengänge (BMRPO) vom 15.12.2004. In: Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes vom 14.04.2005.

URL: <http://www.uni-saarland.de/mediadb/organisation/Verwaltung/Referate/Ref2/Fundstellenverzeichnis/Ausbildung/DB05-074.pdf> (Zugriff am 3.03.2008)

Homepage der Universität des Saarlandes: URL: <http://www.uni-saarland.de> (Zugriff am 11.12.2007)

Studienordnung WInf: Studienordnung für die Studiengänge Wirtschaftsinformatik Bachelor of Information Systems (BA) und Master of Information Systems (MA) vom 23.05.2002. In: Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes vom 11.10.2002.

URL: <http://www.uni-saarland.de/mediadb/organisation/Verwaltung/Referate/Ref2/Fundstellenverzeichnis/Ausbildung/DB02-341.pdf> (Zugriff am 3.01.2008)

UG: Gesetz Nr. 1556 über die Universität des Saarlandes (Universitätsgesetz – UG) vom 23.06.2004. In: Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes vom 16.09.2004.

URL: <http://www.uni-saarland.de/mediadb/organisation/Verwaltung/Referate/Ref2/Fundstellenverzeichnis/ug/DB04-476.pdf> (Zugriff am 3.01.2008)

Gesamtdruck WInf: Universität des Saarlandes. Gesamtdruck. Wirtschaftsinformatik Bachelor.

URL: <http://www.uni-saarland.de/de/studium/studienangebot/wirtschaftsinformatik/gesamtdruck/> (Zugriff am 2.02.2008)

Ziel- und Leistungsvereinbarungen II: Ziel- und Leistungsvereinbarung II zwischen der Universität des Saarlandes und dem Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Zeitraum 2008 – 2010.

URL:<http://www.uni-saarland.de/mediadb/organisation/prasidium/ziel-leistvb-II.pdf> (Zugriff am 3.01.2008)

### **Sachsen-Anhalt**

HSG LSA: Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 5.05.2004,  
<http://www.mk-intern.bildung-lsa.de/Wissenschaft/ge-hsg.pdf> (Zugriff am 12.11.2008)

### **Schleswig Holstein**

HSchG SH: Gesetz über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (Hochschulgesetz - HSchG SH) vom 28.02.2007.  
URL: [http://sh.juris.de/sh/gesamt/HSchulG\\_SH\\_2007.htm#HSchulG\\_SH\\_2007\\_rahmen](http://sh.juris.de/sh/gesamt/HSchulG_SH_2007.htm#HSchulG_SH_2007_rahmen) (Zugriff am 15.11.2007)

### **Thüringen**

ThürHG: Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) vom 21.12.2006.  
URL: <http://www.thueringen.de/de/tkm/wissenschaft/thhsg/inhalt/content.html> (Zugriff am 1.11.2007)

## **C. Auskünfte und Informationen von Ministerien und Universitäten nach Bundesländern (anonymisiert)**

### **Baden-Württemberg**

E-Mail-Auskunft 1 (19.11.2007)

E-Mail-Auskunft A (11.12.2007)

E-Mail-Auskunft B (17.12.2007)

E-Mail-Auskunft C (18.12.2007)

### **Bayern**

E-Mail-Auskunft 2 (29.11.2007)

### **Berlin**

E-Mail-Auskunft 3 (29.11.2007)

### **Brandenburg**

E-Mail-Auskunft D (23.01.2008)

postalische Auskunft (23.11.2007)

### **Bremen**

E-Mail-Auskunft 4 (22.11.2007)

### **Hamburg**

E-Mail-Auskunft 5 (16.11.2007)

### **Hessen**

E-Mail-Auskunft 6 (19.11. 2007)

### **Niedersachsen**

E-Mail-Auskunft 7 (20.11.2007)

**Nordrhein-Westfalen**

E-Mail-Auskunft 8 (14.11.2007)

**Rheinland-Pfalz**

E-Mail-Auskunft 9 (27.11.2007)

**Saarland**

E-Mail-Auskunft 10 (7.12.2007)

telefonische Auskunft (14.12.2007)

## **Anlage: Leitfaden für die Dokumentenanalyse und E-Mail-Anfragen**

### Leitfaden für die Ministerien

- Gibt es landespolitische Vorgaben und Regelungen für den Übergang in den Masterstudiengang?
- In welchen Dokumenten befinden sich Hinweise darauf?
- Welche Quoten wurden festgelegt?
- Wie werden die Quoten begründet?
- Wovon sind die Quoten abhängig?

### Leitfaden für die Universitäten

- Werden der Universität landespolitische Vorgaben zu Übergangsquoten gemacht?
- Wo sind diese Vorgaben verankert?
- Gibt es in den Zielvereinbarungen Hinweise auf die Übergänge?
- Wie geht die Universität mit den Vorgaben um?
- Gibt es an der Universität eine flächendeckende Quote?
- Welche Quoten wurden festgelegt?
- Wie werden die Quoten begründet?
- Wovon sind die Quoten abhängig?
- Gibt es Unterschiede in den Fachbereichen?
- Wie wird die Zahl der Masterstudienplätze berechnet?
- Wie viele Studierende gibt es derzeit im Bachelor- bzw. Masterstudiengang?
- Wie viele Absolventen gab es im letzten Prüfungsjahr?

## **Ehrenwörtliche Versicherung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Berlin, 27.02.2008

Viola Herrmann